PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH!

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621/752015 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 40 000 – Redaktion: Sandhofer Str. 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621/752014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621/752012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Nr. 1890905, oder: PSchA Karlsruhe Nr. 95837-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, den 8. Juni 1976, fertiggestellt.

10. Juni 1976 Jg. 4 Nr. 23 50 Pfennig

Gesetze für die Sicherheit der Bourgeoisie

Weitere Gesetze zur „Inneren Sicherheit" sollen vor den Wahlen durchgezogen werden

Mit großem Eifer arbeiten die bürgerlichen Parteien, Regierung, Parlament und Bundesrat an einer Reihe weiterer reaktionärer Gesetzeswerke, welche sie noch vor den Bundestagswahlen unter Dach und Fach bringen wollen. Nach der bereits erfolgten Verschärfung von Strafgesetz und Strafprozeßordnung, der Verabschiedung des Maulkorbparagraphen 130 a/88 a, der Verabschiedung des neugefaßten § 218 und nachdem der Verteidigerausschluß bereits zu geltendem Gesetz geworden ist, stehen Donnerstag dieser Woche neue Gesetze für die „innere Sicherheit" der Bourgeoisie im Bundestag zur Verabschiedung an. Jetzt wurde die Befassung im Bundestag kurzfristig verschoben, weil sich CDU und SPD nicht einigen konnten, wem das größere Verdienst bei der Bekämpfung der Verfassungsfeinde zukommen soll.

Die wichtigsten Bestimmungen dieser zur Verabschiedung stehenden Gesetzeswerke sind:

– Die Einführung eines neuen Strafparagraphen 129 a, der den neuen Straf-
– Die Einführung eines neuen Strafparagraphen 129 a, der den neuen Straf-
tatbestand der „terroristischen Vereinigung" schafft.

– Aufhebung aller Einschränkungen zur Verhängung von Untersuchungshaft; Fluchtgefahr oder Verdunkelungsgefahr muß nicht mehr nachgewiesen werden; es genügt der Verdacht, Mitglied oder Sypathisant einer „terroristischen Vereinigung" zu sein (§ 112 Abs. 3 Strafprozeßordnung).

– Anzeigepflicht für jedermann, wo er Straftaten nach dem neuen Strafparagraphen 129 a vermutet. Gibt er sich nicht für das Spitzel- und Denunziantentum her, so kann er selbst, weil des Sympathisantentums verdächtig, auf bloßen Verdacht hin in Untersuchungshaft gesteckt werden (§ 138 Strafgesetzbuch).

– Überwachung des gesamten schriftlichen Verkehrs zwischen Verteidiger und Mandant (§§ 148 und 148 a der Strafprozeßordnung).

– Erweiterung des Verteidigerausschlußgesetzes: Wer als Rechtsanwalt ein Mitglied einer „terroristischen Vereinigung" verteidigt, kann von der Verteidigung anderer inhaftierter Mitglieder auch in jedem anderen Verfahren ausgeschlossen werden, auch wenn dieses Verfahren an einem ganz anderen Ort oder Jahre danach stattfindet (§ 138 a Strafprozeßordnung).

Hauptzweck dieses reaktionären Gesetzespakets ist es, mit dem neugeschaffenen Straftatbestand der „terroristischen Vereinigung" den staatlichen Gewaltapparat gegen jedweden Zusammenschluß der Massen, befreit von allen rechtlichen Fesseln, einsetzen zu können: willkürliche Verhängung der Untersuchungshaft, Ausschluß von Verteidigern und Überwachung von Verteidigerpost, gesetzlich verordnetes Denunziantentum.

Die Bourgeoisie rüstet mit diesen neuen reaktionären Gesetzen auf gegen den Neuaufschwung der demokratischen und revolutionären Massenbewegung.e Das kann man den Worten des SPD-Abgeordneten Sperlin entnehmen, der bezüglich des neuen Straftatbestandes der „terroristischen Vereinigung" herausließ, was für die bürgerliche Klasse und ihren Staat eine „terroristische Vereinigung" ist. „Daß
gerliche Klasse und ihren Staat eine „terroristische Vereinigung" ist. „Daß
demnächst auch Demonstranten, die gegen Tariferhöhungen im Nahverkehr protestieren, als Terroristen verfolgt werden könnten" (Der Spiegel, 9. Juni), meldete er als Bedenken gegen den neuen Strafparagraphen 129 a an. Seine „Bedenken", die er in der Absicht äußert, der SPD ein Feigenblatt zu verschaffen, treffen aber genau den Zweck dieser Gesetzes, was er mit seinen „Bedenken" gerade verhüllen möchte.

Das hat auch die Justiz bereits zum besten gegeben. In Iserlohn hat sie die presserechtlich Verantwortliche des Komitees gegen den § 218 wegen Zugehörigkeit zu einer „kriminellen Vereinigung", was unter den jetzigen Strafparagraphen 129 fällt, vor die Staatsschutzkammer gestellt, kurz darauf aber diesen Anklagepunkt wieder fallen lassen. Es sei ein „Versehen" gewesen, hat der Staatsschutzrichter festgestellt und damit „aus Versehen" deutlich gemacht, wozu die Justiz den neuen Strafparagraphen 129 a braucht.



In Wiesbaden demonstrierten am 3. Juni 3 000 Lehrer gegen die geplante Verlängerung der Arbeitszeit und gegen befristete Zweidrittel-Angestelltenverträge. Sie forderten die Einstellung aller Lehrer. Die Demonstration wurde bestimmt von der Forderung nach Streik. **(Seite 7)** / Weg mit dem Notensystem! **(Seite 4)** / Die Kapitalisten betreiben die Dequalifizierung der Arbeitskraft **(Seite 8)**

Imperialistischer Flottenaufmarsch im Mittelmeer

Imperialistischer Flottenaufmarsch im Mittelmeer

/ Einmarsch Syriens im Libanon

Solidarität mit der PLO!

Am Mittwoch, den 9. Juni, tritt die Außenministerkonferenz der arabischen Staaten zusammen. Sie ist auf Initiative der PLO, der Befreiungsfront des palästinensischen Volkes, einberufen worden aufgrund des Einmarsches der syrischen Truppen im Libanon. Diesen hat der syrische Außenminister Khaddam damit begründet: „Unser Ziel ist die Wiederherstellung des Friedens und der Ordnung im Libanon. Das ist unser einziges Ziel" (Le Monde, 4. Juni). Er hat zugleich den Rückzug der syrischen Truppen nach Erreichung dieses Ziels angekündigt. Zweck der Konferenz soll sein, eine Regelung herbeizuführen, die verhindert, daß die Widersprüche zwischen den arabischen Staaten sich weiter verschärfen, daß es zu einem offenen Krieg zwischen den libanesischen Massen, den Palästinensern einerseits, der syrischen Armee andererseits im Libanon kommt. Sie ist zugleich der Versuch, den Konflikt im Libanon innerhalb der arabischen Staaten zu lösen, und kann so dazu dienen, daß der imperialistischen Einmischung ein Riegel vorgeschoben wird. Dienstag, den 8. Juni, hat auch die syrische Regierung der Einberufung dieser Konferenz zugestimmt.

Die Auseinandersetzung im Libanon hat sich durch den breit angelegten Einmarsch der syrischen Truppen im Libanon, der gewaltsamen Räumung von Stützpunkten der Palästinenser und libanesischen Milizen weiter verschärft. Dies schadet aber der Sache aller arabischen Völker und Staaten, die im Kampf gegen Imperialismus und Zionismus stehen, und dient nur den Imperialisten, verschafft dem Zionistenstaat Israel eine weitere Atempause. Die imperialistischen Mächte nutzen diese Widersprüche innerhalb der arabischen Welt aus, um ihre Einmischung zu intensivieren und diese ihre Einmischung im Namen der „Beilegung des Konflikts" und der „Wiederherstellung des Friedens" zu verkaufen.

Flottenaufmarsch im Mittelmeer

Tatsächlich geht es ihnen um die Herrschaft über die Völker der arabischen Nation, über die großen Rohstoffreichtümer. Sie haben inzwischen das östliche Mittelmeer zu einem Tummelplatz ihrer Flotten gemacht, die wie Haie vor der libanesischen Küste kreuzen. Yassir Arafat, Vorsitzender der PLO, hat am 3. Juni erklärt, daß „Einheiten der französischen Kriegsmarine bereit seien, sich mit denen der 6. amerikanischen Flotte zu verbinden, die sich gegenwärtig in den Territorialgewässern des Libanon befinden". (Le Monde, 3. Juni) Die große libanesische Tageszeitung „Al Nahar" berichtete am gleichen Tag, daß die Phalangisten ab 3. Juni für drei Tage den Hafen von Jounieh für den Verkehr geschlossen hätten, und fragt, ob dies nicht ein Vorspiel für eine Landung sei. Die sozialimperialistische Macht hat nachgezogen. Die „Eskadra" wurde von 55 auf 70 Schiffseinheiten verstärkt. An Bord eines Raketenkreuzers befindet sich der Generalstabschef Kulikow zwecks „Inspektionsreise". Die Supermächte haben so das östliche Mittelmeer durch ihren Flottenaufmarsch zur Drehscheibe gemacht, von der aus sie Druck auf den Libanon ausüben können. Frankreich ist mit von der Partie. Der französische Imperialismus, ehemals Kolonialmacht im Nahen Osten, will wieder eine selbständige Rolle spielen.

Fortsetzung Seite 3

Zwei ganz verschiedene Besuche aus Südafrika

Man kann es schon verstehen, wenn sich ein Mann wie Helmut Schmidt als großer Regisseur in Sachen Weltpolitik vorkommt und wenn die westdeutschen Monopolkapitalisten die BRD als Nabel der Welt betrachten. Am Samstag kamen die Zeitungen mit der Meldung heraus: „Vorster und Kissinger treffen sich in der Bundesrepublik." Herr und Hund treffen sich in der BRD, und da sollen die Schmidt und Genscher nicht zufrieden sein, daß sie das Treffen „an einem aus Sicherheitsgründen nicht genannten Ort in Norddeutschland" arrangieren dürfen? Hinter den USA sind die westdeutschen Imperialisten die größten Investoren in der Rassistenrepublik Südafrika. Hinter den USA profitieren sie am meisten aus der zügellosen Ausbeutung der schwarzen Arbeitskraft, die von den Rassisten in völliger Rechtlosigkeit niedergehalten wird. 5 Milliarden haben westdeutsche Kapitalisten bereits in Südafrika investiert. Bestimmt haben sich diese Summen bereits vervielfacht. Es gibt wenige Länder in der Welt, wo das Kapital solch großartige Profitraten erzielt wie in Südafrika, wo es die Rassisten und Imperialisten schlimmer treiben als die Sklavenhalter. Dafür steht Vorster. Deshalb wird er von Schmidt und Genscher gern gesehen. Wenn auch an geheim gehaltenem Ort.

Das Problem der Imperialisten ist: Die schwarze Arbeitskraft steht auf und kämpft um ihre Rechte, und das schwarze Volk geht daran, das Kolonialjoch im bewaffneten nationalen Befreiungskampf abzuwerfen.

Dabei finden sie Unterstützung auch in Westdeutschland und Westberlin.

Über diesen Kampf berichtet eine Delegation schwarzer Studenten, die gegenwärtig an verschiedenen westdeutschen Universitäten auf Veranstaltungen spricht. Am Donnerstag in Kiel, dann in Hannover, Osnabrück, Aachen, Köln, Bochum, München, Stuttgart, Heidelberg. Auf Einladung des KBW wird eine Delegation des ANC (African Nationalists) über den Kampf der schwarzen Arbeiter gegen das südafrikanische Rassistenregime und den nationalen Befreiungskampf des Volkes von Azania berichten. Sie wird zwischen Montag, dem 14., und Freitag, dem 18. Juni, in Westdeutschland sein und in Freiburg, Frankfurt, Münster, Bremen und einer weiteren Stadt auf Veranstaltungen sprechen.

Die kapitalistische Gesellschaft ist in zwei völlig entgegengesetzte Klassen gespalten. Die Bourgeoisie und die Arbeiterklasse. So entgegengesetzt ihre Interessen in der BRD sind, so entgegengesetzt sind ihre Interessen gegenüber den Befreiungskämpfen der Völker.

Der westdeutsche Imperialismus steht in vorderster Front im Kampf gegen die Völker. Die Arbeiterklasse und das Volk in der BRD und Westberlin haben alles Interesse daran, daß die unterdrückten Völker ihren Kampf zum Sieg führen. Das wird den Sturz der Kapitalistenklasse bedeutend erleichtern. Dann wird auch damit Schluß sein, daß sich in unserem Land die berüchtigtsten Verbrecher treffen, um ihre Pläne gegen die Völker der Welt auszuhecken. Damit diese Pläne scheitern, ist es notwendig, die Befreiungsbewegungen mit allen Mitteln zu unterstützen.

Seite 2
Der Bundeshaushalt als Kapitalversicherung
Seite 4
Weg mit dem Notensystem!
Seite 5
DGB-Prüfsteine zur Bundestagswahl
Seite 10
Zum Aufruf der VDS
Seite 11
Der französische Imperialismus ändert seine Militärstrategie
Seite 13
Die Einmischung des Sozialimperialismus in Angola
Seite 14
Nach hundertjähriger Barbarei geht für Zimbabwe die Sonne wieder auf
Seite 16
Interview mit dem Genossen T. Bonga, ANC (African Nationalists)

Eine Delegation des African National Congress (African Nationalists) mit den Genossen A.M. Makiwane und O.K. Setlhapelo wird auf Einladung des Zentralen Komitees des KBW auf fünf Veranstaltungen in der Bundesrepublik sprechen. Termine und Ort Seite 16

Personelle Unterauslastung

Personelle Unterauslastung habe „bis in die ersten Monate 1976 hinein... in den Betrieben bestanden. Während sich hier langsam eine Wendung zum Besseren abzeichne, sei die Auslastung der Sachanlagen nach wie vor unzureichend.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Juni) Was die nordrhein-westfälische Landesvereinigung der industriellen Arbeitgeberverbände mit „langsam eine Wende zum Besseren“ frohlockend feststellt, heißt für die Arbeiter scharfe Steigerung der Ausbeutung. Zum Beispiel für die Arbeiter von Opel Bochum bedeutet das: Die bisher höchste Produktion überhaupt im Frühjahr 1973 wurde in diesem Jahr um 17 Prozent übertroffen mit 7 Prozent Arbeitern weniger. Jeder Arbeiter hat 25,8 Prozent mehr produziert.

Erhöhung der Branntwein- und Tabaksteuer

Am Freitag letzter Woche wurde im Bundesrat die beschlossene Mehrwertsteuererhöhung von 11 auf 13 Prozent mit den Stimmen der CDU/CSU-regierten Länder abgelehnt. Dagegen wurde kein Einspruch erhoben gegen die Erhöhung der Branntwein- und Tabaksteuer um 20 Prozent und 18 Prozent. Das wird dem Staat 1,3 Milliarden Steuereinnahmen verschaffen. Ein Päckchen Tabak wird um 40 Pfennig teurer. Die herrschende Klasse, die aus den Früchten der Ausbeutung ein Luxusleben führt, bereichert sich auch noch an den bescheidenen Genußmitteln der Arbeiterklasse. Bei jeder Zigarette raucht sie mit, bei jedem Schluck ist sie dabei und preist dies Lumpenstück auch noch als moralische Tat für die Gesundheit der Werktätigen.

Milliardengeschäft mit der VR Polen: Kapitalexport gegen Kupferlieferungen

Ein Abkommen über die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit soll anläßlich des Besuches des polnischen Parteichefs Gierek in der BRD abgeschlossen werden. Zwei Verträge, die darunter fallen, stehen jetzt kurz vor dem Abschluß. Die Lieferung von Kohlenvergasungsanlagen an Polen durch die Krupp GmbH im Wert von 2,65 Milliarden DM und ein Zwölfjahresvertrag über die jährliche Lieferung von 40 000 Tonnen polnischem Kupfer in die BRD. Den Kredit für die Kohlevergasungsanlagen will ein Bankenkonsortium unter Führung der Dresdner Bank finanzieren. Einen Kredit über 300 Millionen Mark will ein Bankenkonsortium und Führer der Deutschen Bank für den schnelleren Abbau der polnischen

schluß. Die Lieferung von Kohlenvergasungsanlagen an Polen durch die Krupp GmbH im Wert von 2,65 Milliarden DM und ein Zwölfjahresvertrag über die jährliche Lieferung von 40 000 Tonnen polnischem Kupfer in die BRD. Den Kredit für die Kohlevergasungsanlagen will ein Bankenkonsortium unter Führung der Dresdner Bank finanzieren. Einen Kredit über 300 Millionen Mark will ein Bankenkonsortium und Führer der Deutschen Bank für den schnelleren Abbau der polnischen

Kupfervorkommen bereitstellen. Entsprechende Kredite für den Abbau der polnischen Steinkohlevorkommen sind im Gespräch. „Eine bedeutende Kooperationsebene mit der Bundesrepublik sehen wir in unseren beachtlichen Rohstoffvorkommen“, hat der stellvertretende Vorsitzende des polnischen Ministerrates erklärt. Das westdeutsche Finanzkapital, das vor allem an die Rohstoffvorkommen kleineren Länder herankommen will, hat da schnell zugegriffen. Für Polen, das durch diese Geschäfte seine Abhängigkeit von der sozialimperialistischen Sowjetunion lockern will, bedeutet dies nur, daß es jetzt von Krediten der westdeutschen Kapitalisten abhängiger wird. Auf 20 Milliarden Mark werden bereits die polnischen Schulden gegenüber den kapitalistischen Ländern des Westens geschätzt. (Nach: Handelsblatt, 4. Juni, und Spiegel, 7. Juni)

5-Milliarden-Dollar-Kredit an die Bank von England

„Großbritannien erhält von den in der ‚Zehner-Gruppe‘ zusammengeschlossenen größten westlichen Industrieländern ab sofort einen Beistandskredit von 5 Milliarden Dollar“, davon 2 Milliarden Dollar von den USA, 800 Millionen (2 Milliarden DM) von der BRD. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. Juni) Den Milliardenkredit wird die Bank von England – geradeso wie vor einigen Wochen Italien – zu nichts anderem als zum Ankauf der eigenen Währung auf dem Devisenmarkt benutzen, um den Kursverfall des englischen Pfundes zu stoppen. Für das britische Volk wird das teuer werden. „Über die Kreditbedingungen schweigt sich das amerikanische Schatzamt bisher aus“, schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“.

Am 22. Juni muß Genosse Hildebrandt freigelassen werden!

Am 22. Juni hat Genosse Hildebrandt eine einjährige Gefängnisstrafe abgesessen. Er muß dann freigelassen werden. Genosse Hildebrandt sitzt im Gefängnis wegen seiner Beteiligung an der Demonstration gegen die imperialistische Entwicklungskonferenz unter Vorsitz von McNamara 1970 in Heidelberg.

Insbesondere ging diese Demonstration gegen das Cabora-Bassa-Projekt, weshalb sie Cabora-Bassa-Demonstration genannt wird. Der portugiesische Kolonialismus wollte mit dem Bau des Staudamms zugleich eine Million weiße Siedler als Schutzwall gegen den Befreiungskampf der südafrikanischen Völker ansiedeln. Die Geschichte hat in wenigen Jahren gezeigt, daß die Demonstration für eine gerechte Sache war. Mozambique ist befreit und der portugiesische Kolonialismus geschlagen.

Dem Genossen Hildebrandt war jegliche Verkürzung der Haftzeit auf Bewährung abgelehnt worden. Üblich ist eine Zweidrittel-Bewährung. Die Staatsanwaltschaft Heidelberg hatte gegen Bewährung Einspruch erhoben, weil ein weiteres noch nicht rechtskräftiges Urteil gegen den Genossen Hildebrandt besteht wegen seiner Beteiligung an der Besetzung des Rektorats der Universität Heidelberg. Das Oberlandesgericht hat dem Einspruch der Staatsanwaltschaft entsprochen mit der Begründung, daß der Genosse Hildebrandt Revolutionär ist. Gegen das Urteil im Rektoratsprozeß ist Revision eingelegt. Die Justiz kann die Revision verwerfen vor dem 22. Juni, um die Gefängnishaft für den Genossen Hildebrandt um weitere sechs Monate auszudehnen. Zu diesem Zweck hat sie die vorgeschriebene Zusammenlegung der Strafen im Urteil des Rektoratsprozesses nicht vorgenommen, was einer der Gründe ist, die die Verteidigung des Genossen Hildebrandt in ihrem Revisionsantrag geltend macht. Wird das Urteil jedoch durch Ablehnung der Revision rechtskräftig, dann muß eine Gerichtsverhandlung mit dem Zweck der Gesamtstrafenbildung stattfinden, was jedoch nicht mehr vor dem Haftentlassungstermin am 22. Juni zustandekommen kann. Es muß Strafaufschub gewährt werden, wenn die Revision abgelehnt wird, bis die Gesamtstrafe entschieden ist.

Genosse Hildebrandt muß also am 22. Juni aus der Haft entlassen werden. Der bürgerliche Staat hat sich Gesetze für den Strafvollzug geschaffen, die ihm jede Möglichkeit der Willkür offen lassen. Gegen den Genossen Hildebrandt hat er diesen Willkürrahmen voll ausgeschöpft bis hin zu dem Versuch, ihm die bürgerlichen Ehrenrechte abzusprechen, um seine Wahlkampfkandidatur für den KBW zu verhindern. Dieser Versuch schlug fehl. Der Versuch, ihn weitere sechs Monate gefangen zu halten, muß nun ebenfalls fehlschlagen.

Weg mit dem niedersächsischen Verfassungsschutzgesetz!

In der Sitzungsperiode des niedersächsischen Landtages vom 23. bis 25. Juni soll nun endgültig das niedersächsische Verfassungsschutzgesetz in zweiter und dritter Lesung verabschiedet werden.

Nachdem um dieses Gesetz eine breite Auseinandersetzung eingetreten ist, versuchte die SPD mit Veränderungsvorschlägen die Gegner des Gesetzes, die sich bis tief in die eigenen Reihen hineinziehen, auf das parlamentarische Rechtssystem zu ziehen. Was sind das für Veränderungsvorschläge?

„Kernstück ist der parlamentarische Kontrollausschuß, der den Verfassungsschutz ‚kontrollieren‘ soll, wenn er seine Spitzeltätigkeit ausdehnt. Das ist allerdings sehr durchsichtig: Dieselben Herren, die im Landtag die verstärkte Bespitzelung des Volkes beschließen, sollen den Verfassungsschutz ‚kontrollieren‘. Weiter will die SPD die Änderung, daß Amtshilfe für den Verfassungsschutz von öffentlichen Behörden nur dann geleistet werden muß, wenn eine ‚Bedrohung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vorliegt und Gewalt droht‘.“ (Aus: Aktionseinheits-Flugblatt Hannover)

Für die Bourgeoisie ist aber jede selbständige politische Regung in der Arbeiterklasse und den Volksmassen eine „Bedrohung“, denn die Kämpfe der Arbeiterklasse und der Volksmassen sind gegen den bürgerlichen Staat gerichtet, dies konnte deutlich bei den Auseinandersetzungen um das Schulwesen gesehen werden, wo der Staat den Lehrern unter anderem mit dem Beamtengesetz gedroht hat.

Diese Meinung teilen alle Parteien im niedersächsischen Landtag, deshalb sind sie auch nicht abgeneigt, den Änderungsvorschlägen der SPD zuzustimmen: „CDU und FDP sind aber dazu bereit, die anderen SPD-Vorschläge zu akzeptieren. Sie zielen darauf ab, das Recht zur Weitergabe von Verfassungserkenntnissen und die Pflicht zur Information des Verfassungsschutzes einzuschränken.“ (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 29. Mai)

In Osnabrück will die SPD mit dieser Politik noch einen Blumentopf vom Volk bekommen, denn sie lädt zu einer Podiumsdiskussion ein und stellt sich als links hin, weil sie dieses und jenes für zu „weit“ hält. Mit der Überschrift „Wer schützt uns vor dem Verfassungsschutz?“ will sie die Menschen dafür gewinnen, daß der Verfassungsschutz ausgebaut wird.

In diesen politischen Auseinandersetzungen wird immer deutlicher, in welcher Weise der bürgerliche Staat die Arbeiterklasse und die Volksmassen in ihrem Leben bespitzeln und schikanieren will und auf Grundlage der staatlichen Rechtsordnung und auf Grundlage der Verfassung Unterdrükkungsgesetze beschließt.

Die Fronten in der Auseinandersetzung werden trotz der Manöver der Sozialdemokraten klarer zwischen der Bourgeoisie auf der einen Seite und der Arbeiterklasse und den Volksmassen auf der anderen.

Es gibt fast keine größere Stadt mehr, in der keine Aktionseinheit gebildet oder angestrebt wird.

In Hannover hat sich eine Aktionseinheit gebildet, die aus dreizehn Organisationen und Körperschaften besteht, u.a. der AStA der Technischen Universität (Juso), Berufsschule V, Komitee gegen den § 218 sowie der KBW. Weiterhin haben sich in Hannover die Vertrauensleute beim Personalamt und beim Landkreis Hannover gegen das Gesetz ausgesprochen. Die Konferenz Niedersächsischer Studentenschaften hat sich gegen das Gesetz ausgesprochen.

Auf einer CDU-Mitgliederversammlung in Braunschweig waren 90 Kollegen gekommen und diskutierten über das niedersächsische Verfassungsschutzgesetz. Der Referent, der Regierungsdirektor Safir vom Verfassungsschutz, sollte auf Einladung des Vorstandes sprechen. Mehrheitlich gegen die Stimmen des Vorstandes beschlossen die Kollegen, daß der Verfassungsschützer nach seiner Ansprache den Saal verlassen muß.

Selbst in kleinen Orten werden in den Gewerkschaften oder Körperschaften Beschlüsse gegen das niedersächsische Verfassungsschutzgesetz gefaßt, z.B. in Meppen und Nienburg, um nur zwei Beispiele zu nennen.

In den Auseinandersetzungen in Niedersachsen wird deutlich, daß neue Teile der Volksmassen in den Kampf gegen das niedersächsische Verfassungsschutzgesetz einbezogen werden, die sich richten gegen den bürgerlichen Staat. – (j.d.)

freiheitlichen demokratischen Grundordnung vorliegt und Gewalt droht‘.“ (Aus: Aktionseinheits-Flugblatt Hannover)
Für die Bourgeoisie ist aber jede selbständige politische Regung in der Arbeiterklasse und den Volksmassen eine „Bedrohung“, denn die Kämpfe der Arbeiterklasse und der Volksmassen sind gegen den bürgerlichen Staat gerichtet, dies konnte deutlich bei den Auseinandersetzungen um das Schul-
die Arbeiterklasse und die Volksmassen in ihrem Leben bespitzeln und schikanieren will und auf Grundlage der staatlichen Rechtsordnung und auf Grundlage der Verfassung Unterdrükkungsgesetze beschließt.
Die Fronten in der Auseinandersetzung werden trotz der Manöver der Sozialdemokraten klarer zwischen der Bourgeoisie auf der einen Seite und der Arbeiterklasse und den Volksmassen auf der anderen.
den Gewerkschaften oder Körperschaften Beschlüsse gegen das niedersächsische Verfassungsschutzgesetz gefaßt, z.B. in Meppen und Nienburg, um nur zwei Beispiele zu nennen.
In den Auseinandersetzungen in Niedersachsen wird deutlich, daß neue Teile der Volksmassen in den Kampf gegen das niedersächsische Verfassungsschutzgesetz einbezogen werden, die sich richten gegen den bürgerlichen Staat. – (j.d.)

Der Bundeshaushalt dient insgesamt als Kapitalversicherung

Im Bundeshaushaltsgesetz wird die Bundesregierung ermächtigt, Bürgschaften für das Finanzkapital in Höhe von 143 Mrd. DM zu gewähren, das ist mehr als die geplanten Steuereinnahmen und entspricht fast dem gesamten Haushaltsvolumen von 164 Mrd. DM.

Über die Hälfte dieser Bürgschaften werden für den Außenhandel und den Kapitalexport gewährt, nämlich 75 Mrd. DM. 39,3 Mrd. DM werden für Investitionsvorhaben in der Bundesrepublik, 8,1 Mrd. für internationale Entwicklungsbanken, 2,7 Mrd. für Vorratbildung der Ernährungswirtschaft gewährt, das sind die Hauptposten. Der ganze Haushalt der Bundesrepublik dient also als großer Versicherungsfonds für die Unternehmungen der westdeutschen Kapitalistenklasse, insbesondere der großen Banken und der Industrie- und Handelsmonopole. Weit mehr als die Hälfte dieser Garantien fällt auf die Absicherung der imperialistischen Expansion des Finanzkapitals auf dem Weltmarkt, der Absicherung der Warenexporte, der Absicherung von Kapitalanlagen in anderen Ländern und der Bildung von Abhängigkeiten und der Ausplünderung über Kredite.

Die Versicherung des Handelskrieges, des Kampfes um Rohstoffquellen und um Anteile an der Ausplünderung und Ausbeutung der Völker über den Bundeshaushalt bedeutet erstens daß Verluste, die einzelnen Kapitalisten entstehen, durch Steuergelder ausgeglichen werden, zweitens daß das Finanzkapital insgesamt über seine staatlich organisierte politische und militärische Macht dafür sorgt, daß die ökonomische Expansion durchgesetzt wird, und wo durch erlittene Niederlagen oder Ruinierung der „Partner“ Verluste entstehen, diese durch die imperialistische Staatsmacht wieder reingeholt werden. Dafür verbürgt sich die Bundesregierung mit den gesamten aus den Lohnabhängigen herausgepreßten Steuergeldern.

Die Versicherungsgründe sind letzten Endes nichts anderes als der Katalog der Einmischungsgründe des BRD-Imperialismus in die Angelegenheiten anderer Länder. (Siehe Kommunismus und Klassenkampf, Arbeitshefte Nr. 2: „Rohstoffpolitik und Kriegsvorbereitung“)

Im Finanzbericht 1976 (Seite 212) heißt es: „Der Bund deckt auf Antrag nahezu alle mit Ausfuhrgeschäften verbundenen, im Ausland liegenden Risiken, nämlich das politische Risiko (Ausfall der Ausfuhrforderung infolge Krieg, Revolution, Transferschwierigkeiten usw.), das wirtschaftliche ... und das Fabrikationsrisiko.“ Weiter heißt es: „Während sich die wirtschaftlichen Schadensfälle in Grenzen halten, sind die Auszahlungen auf politische Schadensfälle und Umschuldungen bedeutend. Die Nettoleistungen ... von 1950 bis zum 30.6.75 belaufen sich auf 1 740,3 Mio DM ... ein Verlustanteil von 2,5 %. Der Verlustanteil wäre jedoch höher ausgefallen, wenn nicht die ... bundesverbürgten Finanzkredite ... eingesetzt worden wären.“ Gibt es nämlich Zahlungsschwierigkeiten, so kommen die Banken mit Krediten, für die sie wiederum Zinsen kassieren, und für diese Kredite wird wiederum die Bürgschaft vom Bund übernommen. Insgesamt aber ist bei den Bürgschaften für den Außenwirtschaftsverkehr, Waren- und Kapitalexport, Kredite, bisher kein Verlust aufgetreten, weil die „Schadensfälle“ zum größten Teil wieder eingetrieben werden, indem im Verlustfalle den Ländern Kredite aufgezwungen wurden, also die Abhängigkeit und imperialistische Ausplünderung nur verstärkt wurde. Anders bei den Bürgschaften für Risiken bei Inlandsgeschäften. Da heißt es z.B. bei Bürgschaften zur Förderung der Berliner Wirtschaft: „Schäden sind bisher in Höhe von 2,3 Mio DM eingetreten. Mit Rückflüssen ist nicht zu rechnen!“ Das sind die Abschreibungsschwindel, die so über den Bundeshaushalt gedeckt werden. Oder bei „Bürgschaften zur Förderung der Gewerblichen Wirtschaft“. „Schäden sind bisher in Höhe von 45 Mio DM eingetreten. In geringem Umfang ist mit Rückflüssen zu rechnen.“ Oder für den Steinkohlenbergbau: „Schäden sind bisher in Höhe von 43,96 Mio DM eingetreten; mit Rückflüssen ist nicht zu rechnen.“ Das ist die Subventionierung der Kohlebarone, die sich bei der Bildung der Ruhrkohle AG aus Steuermitteln gesundstoßen konnten.

Die Versicherung praktisch sämtlicher Auslandsaktivitäten des westdeutschen Finanzkapitals und eines nicht geringen Teils von Inlandsunternehmen durch die gesamten Haushaltsmittel des Bundes zeigt, daß der Staat der Staat des Finanzkapitals ist, der Haushalt als die zentrale Kasse der Finanzbourgeoisie funktioniert und die Regierung als ihr geschäftsführender Ausschuß für die imperialistische Ausbeutung bürgt mit der imperialistischen Staatsmacht. Der Imperialismus ist staatsmonopolistischer Kapitalismus. – (bb)

Sowjetunion – Israel: Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen angestrebt

Eine sowjetische Freundschaftsdelegation hielt sich im Mai zu einem offiziellen Besuch in Israel auf und führte am 12.5. Gespräche mit Mitgliedern der Knesseth, dem Parlament des Zionistenstaates, über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen. Dabei erklärte die Delegation, die sozialimperialistische Supermacht sei an einer Wiederaufnahme der Beziehungen interessiert. Jedoch mache sie das abhängig von der Entwicklung der israelischen Haltung im Nahostkonflikt. Das Zionisten-Kolonialregime wird gegen den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes sowohl vom US-Imperialismus wie vom Sozialimperialismus unterstützt. Die einen liefern die Waffen und die anderen die Menschen, die mit diesen Waffen Krieg gegen das palästinensische und die übrigen arabischen Völker führen. (Nach einer Meldung im israelischen Rundfunk)

KZ-Kommandant freigesprochen

Der Kommandant des KZ-Lagers Trauniki und SS-Hauptsturmführer Karl Streibel sowie fünf weitere SS-Unterführer sind am vergangenen Donnerstag vom Hamburger Schwurgericht freigesprochen worden. Das KZ Trauniki lag im polnischen „Generalgouvernement“, in dem mehr als eine Million Juden und Polen umgebracht worden sind. In dem dreieinhalb Jahre dauernden

KZ-Kommandant freigesprochen
Der Kommandant des KZ-Lagers Trauniki und SS-Hauptsturmführer Karl Streibel sowie fünf weitere SS-Unterführer sind am vergangenen Donnerstag vom Hamburger Schwurgericht freigesprochen worden. Das KZ Trauniki lag im polnischen „Generalgouvernement“, in dem mehr als eine Million Juden und Polen umgebracht worden sind. In dem dreieinhalb Jahre dauernden

Prozeß waren Beweise vorgelegt worden, daß die Angeklagten an Massenmorden in den Vernichtungslagern Treblinka, Sobibor und Belzec sowie bei Ghetto-Räumungen in Lublin und Warschau beteiligt waren. Das Gericht erklärte in der Urteilsbegründung, daß dem KZ-Kommandanten und seinen Gehilfen keine „Tatbeteiligung oder das ‚positive Wissen‘ um die ihnen zur Last gelegten nationalsozialistischen Greueltaten nachzuweisen“ sei. (Nach Frankfurter Rundschau, 4.6.)

Der „Irrtum“ Brandts

„Bundeskanzler Schmidt und der SPD-Vorsitzende Willy Brandt haben sich eindeutig vom sogenannten Radikalenerlaß distanziert. Brandt, der den Erlaß 1972 zusammen mit den Ministerpräsidenten unterschrieben hatte, erklärte wörtlich: ‚Ich habe mich damals geirrt.‘“ (Frankfurter Rundschau vom 4.6.)

Im Punkt 8 der am 21. Mai vom Bundeskabinett gebilligten „Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue“ heißt es: „Es wird sichergestellt, daß den anfrageberechtigten Stellen nur solche (gerichtsverwertbaren oder vorhaltbare) Tatsachen mitgeteilt werden, die Zweifel an der Verfassungstreue eines Bewerbers begründen können.“ Das heißt ins Deutsche übersetzt: Der Verfassungsschutz observiert alle Bewerber für den öffentlichen Dienst, teilt aber auf Anfrage der Behörde nur die Beobachtungen mit, die Zweifel an der Verfassungstreue bekunden. Damit kein Irrtum aufkommt über den „Irrtum“ Brandts: Nichts anderes beinhaltet der Radikalenerlaß als diese „Grundsätze“: Säuberung des öffentlichen Dienstes und systematische Bespitzelung durch den Verfassungsschutz.

Imperialistischer Flottenaufmarsch im Mittelmeer / Einmarsch Syriens im Libanon

Solidarität mit der PLO!

Fortsetzung von Seite 1

Da eine direkte Invasion einigermaßen schwierig und aussichtslos ist, dient dieser Aufmarsch dazu, den bürgerlichen Kräften im Libanon, auf die die Imperialisten setzen, Rückendeckung zu geben, sich als Schutzmacht einer der Seiten im Bürgerkrieg hinzustellen und in der innerimperialistischen Konkurrenz Schritt zu halten. Der USA-Imperialismus wie auch Frankreich sind feste Stützen der reaktionären christlichen Bourgeoisie, die sie mit Waffenlieferungen befähigen, weiter im Kampf auszuhalten. Die Absicht des USA-Imperialismus wie auch der Phalangisten war, als sie vor 14 Monaten den Bürgerkrieg anzettelten, den Teil des palästinensischen Volkes, der vom Libanon aus den Kampf gegen den Zionistenstaat fortsetzte, zu verjagen und zu liquidieren. Heute haben ihre Schützlinge dieses Ziel nicht nur nicht erreicht, sondern das Gegenteil: Die Herrschaft der Reaktionäre ist auf ein schmales Gebiet am Mittelmeer eingegrenzt. Es umfaßt etwa 18 Prozent des Staatsterritoriums, birgt die Hälfte der christlichen Bevölkerung und ist ökonomisch aus eigener Kraft nicht lebensfähig. Die Existenz dieser Kompradorenbourgeoisie reicht aber für die Imperialisten vollkommen aus, um den Bürgerkrieg im Gang zu halten und ihre Absicht, die Errungenschaften der libanesischen Massen wieder zu vernichten, weiter zu betreiben.

Der Kampf um die Rechte der arabischen Massen und die bürgerliche Führung

Worin bestehen diese Errungenschaften? Im anderthalbjährigen Bürgerkrieg der libanesischen Arbeiter, Bauern, Soldaten und Fischer haben diese das Recht des palästinensischen Volkes verteidigt, vom Libanon aus den Kampf gegen den Zionistenstaat zu führen. Sie haben der christlichen Reaktion, die das Land aussaugt und den Staatsapparat zur Bereicherung nutzt, schwere Schläge versetzt, unter denen ihre Armee zerbrochen wurde. Sie haben dadurch Bedingungen geschaffen, daß der Libanon in Zukunft Bestandteil der Kampffront aller arabischen Staaten gegen Imperialismus und Zionismus wird und nicht wie in der Vergangenheit ein Stützpunkt des Imperialismus.

Diese Errungenschaften sind jedoch nicht gesichert. Sie wurden unter – oder trotz – der Führung von bürgerlichen Kräften wie dem Großgrundbesitzer Dschumblatt erkämpft, die die Massenbewegung nutzen wollen, um selber die Macht im Staat zu erlangen. Diesen geht es nicht um einen antiimperialistischen, der arabischen Sache verpflichteten Staat Libanon. Jetzt, angesichts des syrischen Einmarsches, ist Dschumblatt selber einer der aktivsten, der die imperialistischen Mächte ins Land holen will und ihnen so das Mitspracherecht über die weitere Entwicklung im Libanon verschafft. Gegen den Einmarsch der syrischen Truppen hat er von Frankreich diplomatische und politische Unterstützung verlangt. Bekanntlich hatte der französische Imperialismus bereits angedroht, seine Truppen in den Libanon zu entsenden. Diese imperialistische Androhung, die sich direkt gegen die Souveränität des Libanon richtet, beschönigt jetzt Dschumblatt: Er habe sich überzeugt, daß dieser Vorschlag „überhaupt keine schlechten Absichten verfolgt" habe. Des weiteren hat er sich an die sozialimperialistische Supermacht und etliche europäische imperialistische Staaten mit der Aufforderung gewandt, Syrien unter Druck zu setzen. Solche Führer liefern den Imperialisten die Gründe frei Haus, damit sie sich offiziell als Schutz- und Kontrollmächte im Libanon wie auch in die Angelegenheiten, die ausschließlich die arabischen Völker und Staaten angehen, einschalten können. Solche Kräfte gibt es im Libanon noch mehr: Sie alle wollen aus dem Kampf gegen Imperialismus und Reaktion, den die Massen aufgenommen und geführt haben, einen Kleinkrieg zwecks persönlicher Bereicherung machen.

Die Stellungnahme der syrischen Regierung

In dieser Situation hat die syrische Regierung beschlossen, mit massivem Truppeneinmarsch im Libanon einzugreifen. Die syrische Regierung geht beim Bürgerkrieg im Libanon davon aus, daß es sich bei diesem um ein „Komplott des USA-Imperialismus und des Zionismus" handelt, welches darauf abzielt, „die Spaltung des Libanon herbeizuführen, einen Schutzmantel für das Sinai-Abkommen zu schaffen, einen Versuch, die palästinensische Widerstandsbewegung zur Beteiligung an Geschehnissen hineinzutreiben, die nichts mit ihren eigentlichen Zielen zu tun haben, indem sie veranlaßt wird, an den sektiererischen Kämpfen im Libanon teilzunehmen, welches darauf abzielt, die Arabische Republik Syrien auf einem Nebenschlachtfeld beschäftigt zu halten, das sie davon abhält, den Kampf gegen die zionistische Aggression fortzusetzen. Die Arabische Republik Syrien wird ihre Anstrengungen fortsetzen, die Einheit des Libanon zu wahren und seine Unabhängigkeit und den palästinensischen Widerstand zu befähigen, weiterzumachen. Die Arabische Republik Syrien warnt, indem sie die Fortsetzung der sektiererischen Kämpfe irgendeiner Seite als ein Beharren auf der Ausführung des geheimen Plans gegen den Libanon, sein Volk und gegen die arabische Nation und ihre Sache betrachtet, die Parteien, die auf der Fortsetzung der Kämpfe bestehen, und betrachtet sie für historisch verantwortlich für alle Auswirkungen, die entstehen mögen, insbesondere die Teilung des Libanon, was als das größte Verbrechen gegen die Arabische Nation und ihre Sache, gegen den Libanon und sein Volk angesehen wird." (Kommunique der Arabischen Republik Syrien über die blutigen Ereignisse im Libanon. Aus: Resistance, Mai 1976) Präsident Assad hat in einer Rede vor den syrischen Jugendorganisationen erklärt: „Teilung, Spaltung sind der erste Feind unserer Nation. Einheit muß immer an der Spitze unserer Hoffnungen und Ziele, die wir zu erreichen streben, stehen." (Resistance) Dieser Kampf um die Einheit der Nation, den Zusammenschluß der arabischen Staaten, ist der politische Ausdruck davon, daß die nationale Bourgeoisie der Staaten der Dritten Welt die Einheit des Landes und der Nation benötigt, um die Produktivkräfte unter ihrem Kommando und Interesse zu entwickeln und das Land aufzubauen wie auch den imperialistischen Bestrebungen, Uneinigkeit zu schüren, um sich einmischen und erpressen zu können, entgegenzutreten. So ist es für die syrische nationale Bourgeoisie nach wie vor schmerzlich, daß der französische Kolonialismus den Libanon abgetrennt hat. Syrien hat damit vier wichtige Seehäfen und in Beirut ein internationales Zentrum des Handels, Transports und der Finanzen verloren. Gegenwärtig verfolgt die syrische Regierung eine Politik, auf der einen Seite Jordanien in eine Föderation zu ziehen, auf der anderen Seite im Libanon den Bürgerkrieg zu beenden, um so einen starken arabischen Block unter ihrer Führung zu schaffen. Dieser würde aufgrund wachsender wirtschaftlicher Selbständigkeit die politische Selbständigkeit gegenüber dem Imperialismus erhöhen. Gegenüber den libanesischen Volksmassen und der palästinensischen Befreiungsorganisation läuft dieser Plan aber auf schlichten Expansionismus und blanke Reaktion hinaus. In Verfolgung dieses Plans setzt die syrische Republik jetzt ihre Armee als Interventionsinstrument im Libanon ein.

Der gerechte Standpunkt der PLO

Der Befreiungskampf des palästinensischen Volkes hat seit dem Oktoberkrieg große Fortschritte gemacht. Diesen Befreiungskampf unterstützt Syrien begrenzt aufgrund des Drucks der eigenen Volksmassen und um ein Faustpfand gegenüber dem Imperialismus und dem Zionistenstaat in der Hand zu haben. Es will ihn zu einem Instrument seiner bürgerlich-nationalen Interessen machen. Dazu dient die Al Saika, eine der Befreiungsorganisationen des palästinensischen Volkes, die in der PLO zusammengeschlossen sind, die in diesen Tagen dazu übergegangen ist, auf andere palästinensische Organisationen das Feuer zu eröffnen, um den Einmarsch der syrischen Armee zu unterstützen. So zielt dieser Einmarsch auch darauf ab, die gewonnene Selbständigkeit der PLO zurückzuwerfen.

Die Führung der PLO hat, um dieser Politik entgegenzutreten und einen direkten Krieg zwischen der syrischen Armee und dem palästinensischen Volk zu verhindern, seit vergangener Woche auf die Einberufung der Außenministerkonferenz der arabischen Staaten gedrängt. Gegenüber der imperialistischen Einmischung und angesichts der Verschärfung der Widersprüche innerhalb des arabischen Lagers hat PLO-Vorsitzender Yassir Arafat am 3. Juni erklärt: „Das Komplott, das gegen das libanesische Volk angezettelt wurde, ist nichts als das Glied einer Kette von israelisch-imperialistischen Komplotten gegen das palästinensische Volk, das darauf abzielt, den Kampf in der Region auszuweiten, um ihn in einen arabischen Bürgerkrieg umzuwandeln." (Le Monde) Gegenüber der syrischen Intervention hat Abu Iyad, stellvertretender Vorsitzender der PLO, nach einer Zusammenfassung der PLO-Nachrichtenagentur WAFA erklärt: „Die Al Fatah und die anderen Gruppen des palästinensischen Widerstands können nicht zögern vor der Entscheidung, die man ihnen aufzuzwingen versucht: die fortschrittliche nationale Bewegung oder die syrischen Truppen zu bekämpfen. Der palästinensische Widerstand will nicht erleben, daß ihn die syrische Regierung zwingt zu wählen, weil er sich an der Seite des syrischen Volkes und der syrischen Armee befindet, aber gleichzeitig zur libanesischen nationalen Bewegung gehört, die ihr Blut geopfert hat, um die Anwesenheit der Palästinenser im Libanon zu schützen." (Le Monde, 5. Juni) Weiter erklärt WAFA: „Die syrische Armee hat gedroht, die palästinensischen Stellungen zu zerstören, wenn die palästinensischen Kräfte nicht gehorchen. Der palästinensische Widerstand hat dem syrischen Ultimatum geantwortet, indem er erklärt hat, daß er seine Positionen nicht räumen wird, es sei denn im Fall einer politischen Lösung der libanesischen Krise, und daß der in seinen Positionen bleiben wird, bis diese Lösung gefunden ist." – (hjh)



Der von der Phalange in Abrede mit Israel und dem US-Imperialismus angezettelte Bürgerkrieg im Libanon hat der Herrschaft der reichen Christen nichts genützt. Die arabischen Massen haben ihnen große Niederlagen bereitet. Die zweite Karte zeigt das Rückzugsgebiet der Christenherrschaft.

SYRIEN
Mittelmeer
Tripolis
Zghorta
Baalbek
Jounié
BEIRUT
Zahlé
SYRIEN
Saida (Sidon)
DAMASKUS
Litani
Sur (Tyrus)
Christliches Reduit
0 25 50 km
ISRAEL
KH

Vor den Wahlen in Italien:

Provokationen der Faschisten

Die letzte faschistische Provokation geschah am 28. Mai in Sezze Romano in der Provinz Latina. Obwohl die „Veranstaltung" der Faschisten erst im letzten Augenblick bekannt wurde, versammelten sich sehr viele Menschen, um ihre antifaschistische Einstellung zu bekunden. Als die Massen die Lügen und die Provokationen des faschistischen Abgeordneten Saccucci mit Pfiffen und Protestrufen und dem Gesang von „Bandiera rossa" beantworteten, zog dieser seine Pistole und feuerte einige Schüsse ab. Um den bewaffneten Banden die Flucht zu erleichtern, ging die Polizei schließlich gegen die Antifaschisten vor, die sich von den Provokationen nicht hatten einschüchtern lassen. Auf der Flucht aus dem Dorf feuerten die Faschisten etwa 60 Schüsse aus ihrem Auto ab. Dabei wurde der einundzwanzigjährige Luidi di Rosa (Mitglied des kommunistischen Jugendverbandes von Sezze) und der einundzwanzigjährige Antonio Spirito (Mitglied von Lotta Continua) verletzt.

Die Komplizenschaft zwischen bürgerlichem Staat, Democrazia Cristiana und Faschisten wird nicht nur am Verhalten der Polizei, sondern auch noch anhand weiterer Tatsachen deutlich. Der Faschist Saccucci, der unter anderem der Beteiligung am gescheiterten Staatsstreich vom Dezember 1970 beschuldigt wird, kann aufgrund der Unterstützung seiner Freunde von der Democrazia Cristiana nach wie vor sein Unwesen treiben. Die Aufhebung der parlamentarischen Immunität – Voraussetzung, um gegen Saccucci gerichtlich vorgehen zu können – wurde nämlich im Parlament mit Hilfe der Democrazia Cristiana verhindert: Über 100 Abgeordnete der Democrazia Cristiana stimmten im Mai 1975 mit den Faschisten und anderen Reaktionären gegen die Aufhebung der Immunität. Diese parlamentarische Immunität ermöglichte es jetzt Saccucci, zu „verschwinden". Nun, da er offensichtlich entkommen ist, wird das Parlament zusammentreten, um Saccucci die parlamentarische Immunität zu entziehen!

Die Provokation von Sezze entstammt nicht nur einigen faschistischen Hitzköpfen, sondern ist offensichtlich vom italienischen Geheimdienst SID mit vorbereitet worden. Während des „Auftritts" der Faschisten in Sezze war nämlich ein höherer Beamter des SID anwesend. Aufgrund von Zeugenaussagen hat er zusammen mit seinem Freund Saccucci die faschistische Bande angeleitet. Er selbst und das Verteidigungsministerium behaupten natürlich, daß er nur aus „privaten" Gründen in Sezze gewesen sei. Trotzdem ist dieser Beamte des SID nun verhaftet worden; seine Verhaftung soll die Verantwortung des Staatsapparates in den Hintergrund rücken.

Nur die Revisionisten der KPI glauben, mit Appellen an die „Pflichten" der Polizei, die „antifaschistische" Tradition der Armee oder unter Berufung auf die Verfassung, also mit Hilfe eben dieses Staatsapparates und seiner Gesetze, die faschistischen Provokationen unterbinden zu können.

Denn der KPI geht es gerade um die Erhaltung und Festigung dieses Staatsapparates. Die KPI fordert in ihrem Wahlprogramm unter anderem eine Reduzierung der bürokratischen Tätigkeiten für die Polizei, damit mehr Polizisten „zur Verhinderung und Bekämpfung der gewöhnlichen und politischen Kriminalität" eingesetzt werden können! Die „Restrukturierung der Ordnungskräfte" soll natürlich in Verbindung mit einer „Demokratisierung" des Polizeiapparates erfolgen.

Jeder, der entschlossen gegen die Faschisten kämpft, sich nicht mit geschwollenen Reden und antifaschistischen Bekenntnissen zufriedengibt und die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates propagiert, wird von den Führern der KPI als „Provokateur" oder „Abenteurer" bezeichnet und auf die gleiche Stufe mit den Faschisten gesetzt.

Das italienische Volk hat sich durch diese neuerlichen Provokationen der Faschisten und ihrer Hintermänner nicht einschüchtern lassen. Im ganzen Lande fanden Protestkundgebungen statt, worauf der Innenminister den Präfekten das Verbot der MSI-Wahlveranstaltungen für zwei Tage empfahl.

In Sezze wurde von den Antifaschisten der Sitz des MSI „geschlossen" – das Inventar wurde auf die Straße geschleppt und verbrannt. – (t., Bozen)

Für die Einheitsschule unter der Kontrolle des Volkes!

Weg mit dem Notensystem!

Schon 1973 begingen in der Bundesrepublik 517 Kinder in schulpflichtigem Alter Selbstmord (amtliche Statistik nach Stern Nr. 24). Neuere Zahlen liegen nicht vor. Aber jeden Tag kann man von neuen Selbstmorden von Jugendlichen, meist wegen schlechten Noten und Sitzenbleiben, lesen. Nachdem die Bourgeoisie und ihre Presse seit Jahren eine wachsende Bewegung von Schülern, Eltern und Lehrern gegen die sich laufend verschlechternden Schul- und Ausbildungsverhältnisse weitgehend verschwiegen hat und verschweigt, muß sie jetzt die Opfer melden.

Auch darin liegt Methode. Schuld soll sein, daß den Kindern **zuviel** Ausbildung zugemutet werde. Tatsache ist aber, daß von den Schülern mehr verlangt, ihnen aber weniger beigebracht wird. Über das Notensystem wird eine immer rigidere Auslese betrieben und das Recht auf Ausbildung immer weiter eingeschränkt.

Die Widersprüche in allen Bereichen der Ausbildung werden gegenwärtig durch die Krise mit Schärfe hervorgetrieben – und zwar von zwei Seiten:
1. durch den kapitalistischen Staatsapparat, der das Schulwesen in der Hand hat, die Mittel kürzt und die Reglementierung verschärft;
2. über die Lage auf dem Arbeitsmarkt, wo das Angebot an Arbeitskraft aller Qualifikationen die Nachfrage des Kapitals übertrifft. Die Folge davon: Die von den Kapitalisten „freigesetzte" Arbeitskraft drückt auf die neue ausgebildete, die höher qualifizierte auf die minderqualifizierte Arbeitskraft.

Diese verschärfte Konkurrenz der Lohnarbeit wirkt direkt in den Ausbildungsbereich. Ein Hauptschulabschluß genügt oft nicht mehr für eine Lehrstelle, die Realschulabgänger konkurrieren mit den Hauptschulabgängern um die knapper gewordenen Lehrstellen und die Abiturienten konkurrieren mit den Realschülern um die Fachschulplätze usw. Die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt wird also im Ausbildungsbereich fortgesetzt. Dies geschieht über die staatliche Schulgewalt, die nicht nach dem Bedürfnis nach Ausbildung, sondern nach der Nachfrage der Kapitalistenklasse verfährt.

Im Schulentwicklungsplan I des Landes Baden-Württemberg (Seite 102) liest sich das so: 25 % der Schüler kommen aufs Gymnasium, von denen 50 % bis zum Abitur kommen sollen, also die Hälfte von 25 % – ergibt 12,5 %. Weitere 25 % kommen auf die Realschulen, von denen 80 % den Realschulabschluß erreichen sollen, ergibt 20 %. Von den 50/%, die auf der Volksschule geblieben sind, wurden schon in den ersten Schuljahren 4,5 % auf die Sonderschulen rausgesiebt. Von denen, die auf der Volksschule bleiben, erhielten 1972 nur 62 % den Hauptschulabschluß (Bildung in Zahlen, S. 84). Das kapitalistische Schulsystem ist also ein System des Verschleißes und der Auslese der menschlichen Fähigkeiten, das gerade Gegenteil ihrer allseitigen Ausbildung und Entwicklung. Die kapitalistische Schulpolitik ist im wesentlichen die Durchsetzung der Gesetze des kapitalistischen Arbeitsmarktes in der Ausbildung – Ausbildung zur Lohnarbeit. Dies geschieht aber nicht als unmittelbar ökonomisches Zwangsgesetz, sondern durch staatlichen Zwang über die staatliche Schulgewalt. Die Schulen sind selbst Staatseinrichtungen, nicht Volksschulen, obwohl sie zum Teil so heißen, sondern Schulen, die die Kapitalistenklasse durch ihre Staatsgewalt führt. Mit der Auflösung des starren Dreiklassenschulsystems funktioniert das kapitalistische Schulsystem als durchgängiges Auslesesystem. Das ist der Segen, den die Bildungsreform gebracht hat. Ausgelesen wird eine relativ kleine Schicht, die zu lohnabhängigen, aber besonders prämiierten Funktionären des Kapitals und der kapitalistischen Staatsmacht ausgebildet werden. Die Masse wird in diesem Schulsystem zu Lohnarbeitern ausgebildet, indem sie in den unteren Rängen des Ausbildungssystems hängen bleibt bzw. abgeschüttelt wird. Dies geschieht nicht nach der Leistung, sondern durch Zwang. Das Hauptmittel der schulischen Zwangsgewalt ist das Notensystem.

Mit dem Notensystem wird für jeden einzelnen entschieden über den Fortgang seiner Ausbildung und schließlich über seine Konkurrenzposition bei Eintritt auf den Arbeitsmarkt. Dadurch, daß dies für jeden einzelnen so ist und die Benotung als das objektive Ergebnis einer individuellen Leistung ausgegeben wird, erscheint es so, als entschiede die Ausbildung und individuelle Leistung über die gesellschaftliche Stellung des einzelnen. Je mehr Arbeiterkinder eine bessere Ausbildung erreichen, je mehr könne die gesellschaftliche Stellung der Arbeiterklasse gehoben werden. Das ist die Hauptlüge des Reformismus, die Ideologie der sogenannten Bildungsreform. Diese Lüge platzt spätestens bei Eintritt auf den Arbeitsmarkt. Da über das Notensystem die Auslese aber schon während der Ausbildung erfolgt, erscheint das Los der einfachen Lohnarbeit gegenüber den reformistischen Sprüchen – wie „jeder hat eine Chance" – als Ergebnis des einzelnen Versagens.

Es besteht aber ein schroffer Gegensatz zwischen dem Notensystem als Mittel der Auslese und der Ausbildung selbst.. Wird zum Beispiel eine Prüfung so angelegt, daß 20 % durchfallen, so bedeutet das ja nichts anderes, als daß die Ausbildung so erfolgt, daß von vornherein 20 % den Unterricht nicht verstehen, nicht ausgebildet werden. Je schärfer die Auslese, desto schroffer tritt dieser Widerspruch hervor. Nicht Ausbildung, sondern Prüfung wird zum Hauptberuf des Lehrers.

In den letzten Jahren ist das Noten- und Prüfungssystem als Mittel der Auslese ständig erweitert und verfeinert worden. Das beginnt schon bei der Aufnahme in die Grundschule, wo die Kinder einem Aufnahmetest unterworfen werden. Einteilung in A- und B-Züge werden zunehmend schon in der 1. Klasse eingeführt. Die Prüfung und Benotung hat hier nichts mehr mit der Ausbildung zu tun, die ja noch gar nicht begonnen hat. Sie dient hier dazu, von vorneherein festzulegen, daß ein Teil der Kinder weniger Ausbildung erhält und schlechtere Noten erhält, nämlich B-Noten. In den Fächern, die sowohl die Schüler aus den A-Kursen als auch die Schüler aus den B-Kursen unterrichtet werden, wird der gleiche Stoff verlangt und die gleiche Benotungspraxis angewandt – mit dem Unterschied, daß bei dem einen A, bei dem andern B vor der Note steht. Weiterführende Schulen nehmen keine B-Schüler auf, denn bei denen gilt die Faustregel: Eine B-Kurs Vier ist gleich einer A-Kurs Fünf. Entsprechend weiter auf dem Arbeitsmarkt, z.B. folgende Anzeige aus dem „Mannheimer Morgen" vom 15. Dezember 1975: „Ausbildungsplätze als Kraftfahrzeugmechaniker zum Herbst 1975 frei. Wir erwarten Bewerbungen mit Hauptschulabschluß, A-Kurse, mind. Note 3."

Bei jeder einzelnen Prüfung ist eine bestimmte Notenverteilung und damit Durchfallquote vorgeschrieben. Das ist ganz unabhängig von den Leistungen der Klasse insgesamt, unabhängig davon, was der Lehrer im Unterricht beibringt.

Über das Notensystem wird auf den Ausbildungsinhalt eingewirkt. Der Lehrer bekommt Vorschriften, welche Antworten er wie zu benoten hat. Das macht sich insbesondere in den Gesellschaftswissenschaften geltend. Was richtig ist, wird durch die Benotung bestimmt. Das Klasseninteresse der Bourgeoisie wird so im Ausbildungsinhalt durchgesetzt sowie bei der quantitativen Auslese. Das beginnt bei den Einschulungstests.

Beispiel einer Testfrage:
Was ist eine Wohnung?
Antwort: Die braucht man, man kann ja nicht auf der Straße leben. – Null Punkte.
Antwort: Eine Wohnung ist ein Haus. – Zwei Pluspunkte.

Das Notensystem ist das Hauptmittel der Disziplinierung der Schüler. Aufsässigkeit oder eine andere Meinung werden als mangelhafte Leistung benotet. In den meisten Bundesländern ist inzwischen auch die Betragensnote als besondere Note abgeschafft, dafür aber in die Beurteilung der Fachleistung eingebaut. Das Notensystem soll so die Ohnmacht der Schüler gegenüber der staatlichen Schulgewalt erzeugen.

Fördert das Notensystem schon an sich die Konkurrenz zwischen den Schülern, so erzwingt es diese Konkurrenz, wenn es als Mittel der Auslese immer schärfer angewandt wird. Setzt das Notensystem das Verbot der gegenseitigen Hilfe der Schüler voraus, so wird dies Verbot durch die verschärfte Auslese von selbst erzwungen. Schon gehen Witze durch die bürgerliche Presse über Schüler, die ihren Nebenmann erschlagen haben, weil er abschreiben wollte.

Der Widerspruch zwischen Notensystem und Ausbildung macht sich geltend in Widersprüchen zwischen Eltern, Schülern und Lehrern. Er gründet aber auf dem Widerspruch zwischen den Volksmassen und dem kapitalistischen Staatsapparat. Eine breite Bewegung von Eltern, Lehrern und Schülern gegen die immer schlechter werdenden Ausbildungsbedingungen und für das Recht auf Ausbildung ist entstanden. Das staatliche kapitalistische Schulwesen ist aber das gerade Gegenteil zum Recht auf Ausbildung. Die staatliche Schulgewalt nimmt der Masse der Lohnabhängigen das Recht auf eine Ausbildung, die sie befähigt, die gesellschaftliche Produktion zu beherrschen. Das Notensystem ist der Knüppel der staatlichen Schulgewalt. Er muß zerbrochen werden. – (bb)

Methoden zum Drücken der Noten

In Bremen am Gymnasium Kleine Helle war eine dreizehnte Klasse „zu gut" in Mathematik. Der Referendar, der die Klasse unterrichtete, sagte, nachdem die zweite Klassenarbeit mit Durchschnitt 3 ausgefallen war: Es tut mir leid, aber die Arbeiten müssen jetzt schwieriger werden, da ich sonst von der Schulleitung Druck bekomme.

In meinem Physik-Kurs gab es einen ähnlichen Fall. Die erste Klassenarbeit fiel auch mit Durchschnitt 3 aus, was „zu gut" war. Jeder, der im Unterricht aufgepaßt hatte und den wichtigsten Stoff für die Arbeit wiederholt hatte, konnte ein Drei schaffen.

Bei der zweiten Klassenarbeit bekamen wir dann schon die Rechnung aufgetischt. Es wurde Stoff abgefragt, der teilweise nur nebenbei im Unterricht erwähnt worden war. Auf solche Überfälle nicht vorbereitet, bekamen von 26 Schülern zehn eine Fünf oder Sechs. Doch der Stoff, der in der dritten Arbeit verlangt wurde, war nicht einmal im Unterricht behandelt worden. Das war zuviel.

Auf Druck der Klasse mußte die Arbeit neu korrigiert, zurückgegeben und wiederholt werden.

Ab diesem Zeitpunkt ließen wir uns nichts mehr gefallen und setzten gemeinsam durch, daß Unterrichtsstoff, der nebenbei erwähnt wurde und nicht im Buch nachzulesen war, für die gesamte Klasse abgezogen wird.

Drei Wochen vor der Abitursarbeit erzwangen wir die Wiederholung des wichtigsten Stoffs, anstatt uns mit weiterem Unsinn zu überfüttern.

Mit den Noten werden die Schüler gedrückt

Westberlin. Den Lehrern wird in ihrer Ausbildung beigebracht, daß die Notenverteilung – falls nicht schon im Voraus festgesetzt wird: bei so und soviel Fehlern gibt es die und die Noten – der „Gaußschen Normalverteilung" gleichen soll. Gaußsche Normalverteilung, das heißt: Der Durchschnitt und die größte Häufigkeit liegen bei 3,5; es gibt ebensoviele Sechsen wie Einsen, ebensoviele Fünfen wie Zweien, und die relative Häufigkeit der einzelnen Noten ist bei jedem Test dieselbe. Das verhält sich wie ein Sieb, dessen Löcher sich automatisch so auf die Verteilung der Korngröße einstellen, daß immer der gleiche Prozentsatz durchfällt.

Die Lehrer werden beim Notengeben peinlich kontrolliert. An den Gymnasien muß jeder Lehrer bei jeder Klausur den Notenspiegel, die beste, die schlechteste und eine mittlere Arbeit, dem Rektor vorlegen.

Mit den Zensuren werden die Schüler gedrückt. Der Klasse 047 an der Hans-Böckler-Oberschule wurde eine Klausur mit einem Schnitt von etwa 2 nicht anerkannt, „weil sie zu leicht war". Klausuren mit mehr als einem Drittel unter dem Strich werden manchmal gewertet – was in der Regel schon nach der Zensurenverordnung nicht sein soll – „weil das schlechte Ergebnis an der Faulheit der Klasse liegt".

Daß die Noten für das rechte Schulklima der Unsicherheit und Konkurrenz sorgen sollen, zeigt der Fall des Schülers D. an derselben Schule, der im Herbst nicht in die 12. Klasse versetzt wurde. Seine Chemie-Zensur war wegen einer Klausur, wo er ausnahmsweise wegen persönlicher Schwierigkeiten versagt hatte, zu schlecht ausgefallen. Kein Lehrer zweifelte in der Versetzungskonferenz daran, daß dieser Schüler seine Lücken mit der angebotenen Hilfe seiner Mitschüler schnell aufholen könne. Trotzdem setzte der Schulleiter durch, daß der Schüler ein Semester in allen Fächern wiederholt, „weil eine geschriebene Sechs eine Sechs ist". Er lobte die Chemielehrerin wegen ihrer Tapferkeit, die Semesternote arithmetisch aus den Einzelnoten zu berechnen. Auch der daraufhin ans Schulamt geschriebene offene Brief der Klasse und ein kurzer Streik änderte nichts mehr daran. Allerdings riet der Schulleiter bei einem weiteren ähnlichen Fall in der nächsten Versetzungskonferenz: „Bevor wir uns wieder einen Schulstreik und offene Briefe einhandeln, wollen wir den Schüler lieber versetzen." Wegen des offenen Briefes wird jetzt bei jeder Notenkonferenz ausdrücklich auf die Schweigepflicht hingewiesen, und es dürfen nur Lehrer der betreffenden Klasse anwesend sein. So etwas wird als eine ernste Angelegenheit behandelt. Ist es doch der stumme Zwang der Durchfallquote, der für die Disziplin sorgt, sich täglich dem stumpfsinnigsten Einpauken zu unterwerfen. – (k., Westberlin)

Widerstand gegen Oberstufenreform

Seit zwei Jahren gibt es in Lampertheim eine Oberstufenschule, an der die Oberstufenreform praktiziert wird.

Das elfte Schuljahr ist im Gegensatz zu anderen Oberstufen dieser Art in ein Halbjahr der Kompensationsphase und ein Halbjahr der Orientierungsphase gegliedert. Das sieht so aus, daß in der „Kompensationsphase" den Schülern, die aus fünf verschiedenen Schulen der Umgebung aus drei verschiedenen Bundesländern (Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg) kommen, gesagt wird, was sie in der Mittelstufe alles hätten lernen müssen, um in der Oberstufe mitzukommen.

Danach kommt das zweite Halbjahr, die „Orientierungsphase". Dort wird dann das Kurssystem eingeführt. Die Noten zählen hier aber noch nicht für das Abitur, sondern für die Versetzung in die Jahrgangsstufe 12/13.

Die Noten sind ersetzt durch das Punktsystem von 0 bis 15 (siehe KVZ Nr. 21 vom 27. Mai, „Ein gewaltsames Siebe- und Verschleißverfahren").

Um von der elften Klasse in 12/13 versetzt zu werden, braucht man in fünf Fächern, den zwei Leistungskursen und in drei weiteren, von der Schulbürokratie festgelegten Grundkursen, zusammen 25 Punkte. Aber damit ist noch nicht genug. Die Löcher des Siebes sind noch zu groß, weil der größte Teil der Schüler diese 25 Punkte erreicht. Deshalb ist festgelegt worden, wenn man in einem Leistungskurs unter 5 Punkte hat, muß man sich einen neuen wählen.

Doch damit ist immer noch nicht genug, denn es muß ein Fach sein, in dem man mindestens 7 Punkte erreicht hatte, was nach dem alten Notensystem einer Drei entspricht. Wenn man jetzt aber glaubt, die bürgerliche Schulbürokratie würde sich mit dem bisher genannten Siebverfahren schon abfinden, der hat sich getäuscht.

Das Sieb wird nochmal enger geschraubt. Einer der Leistungskurse muß nämlich eine Naturwissenschaft oder eine Fremdsprache sein.

Im letzten Jahr sind aus den genannten Gründen „nur" zwei Schüler nicht in die Jahrgangsstufe 12/13 versetzt worden. Die Schulbürokratie hat daraufhin alle Hebel in Bewegung gesetzt, daß dies nicht noch einmal vorkommt. So werden in diesem Jahr weit mehr nicht versetzt werden, weil der Druck rapide verstärkt worden ist. Unmengen von Erlassen, in denen die Verstärkung des Leistungsdrucks festgelegt ist, sind in diesem Jahr herausgekommen. Bevor die Oberstufenreform an allen Schulen eingeführt wird, muß man sie erproben. Wo Lücken im Siebverfahren sind, müssen sie noch schnell geschlossen werden.

In unserer Schule gibt es nur noch ein Gesprächsthema, die Notengebung und was wir dagegen machen können.

Die Lehrer der einzelnen Fachbereiche halten Konferenzen ab, in denen sie austüfteln, wie sie am besten aussortieren können. Die Bewertungsschlüssel werden festgelegt. Nicht nur in mündlich und schriftlich. Nein, noch viel sorgfältiger. Mündlich wird noch einmal aufgeteilt in: inhaltliche Förderung des Unterrichts, quantitative und qualitative Beteiligung am Unterricht u.v.m.

An unserer Schule entwickeln sich verschiedene Formen des Widerstandes. Eine Form ist zum Beispiel, daß Schüler eines Kurses vor der Notenbesprechung bereden, wer „gefährdet" sein könnte und wie man diesen Schülern gemeinsam helfen könnte. Das sieht dann so aus, daß in der Notenbesprechung der Lehrer gezwungen wird, den „gefährdeten" Schüler eine Note bzw. Punktzahl zu geben, die ihn nicht mehr gefährdet.

In Kursen wie Sport, Kunst und Musik haben die Schüler teilweise Einheitsnoten durchgesetzt. Es sind zwar noch nicht in allen Kursen Erfolge erzielt worden, doch immer mehr Schüler erkennen, daß man durch den gemeinsamen Widerstand und gemeinsamen Kampf etwas erreichen kann. Die Erfolge aus einzelnen Kursen zeigen dies. – (d., Lampertheim)

Lehrer schlagen nicht mehr – sie müssen Zensuren verteilen!

Wir Lehrer sind behördlich angewiesen, Zensuren zu geben. Wir sind angewiesen, die Mitarbeit *überwiegend* in der Zeugniszensur zu berücksichtigen. Drei Dreien in den Arbeiten und eine Fünf im Mündlichen sind eine Fünf. Die Lehrer halten sich in der Regel nicht daran, weil es vollkommen verrückt ist, einem stillen mittelmäßigen Schüler eine Fünf zu verpassen. Das weiß die Behörde. Das ist einkalkuliert: Der Lehrer soll die mündliche Zensur als *Machtmittel* in der Hand haben, mit dem er Disziplin und Mitarbeit erpressen kann, ohne als offener Unterdrücker dastehen zu müssen. Die Unterdrückung erfolgt anonymer. Der Unterdrücker kann sich als Werkzeug fremder Mächte ausgeben. Mehr noch: Unter Berufung auf den Parlamentarismus kann er das Volk selbst verantwortlich machen. „Eure Eltern wählen die Volksvertreter, die die Richtlinien ausarbeiten."

Ich habe vor kurzem einen älteren Lehrer kennengelernt, der die Schüler nicht unterdrücken wollte und „zu gute" Noten austeilte. Einige „besorgte" Kollegen baten daraufhin den Schulleiter, diese „Praxis der Leistungsmessung" zu überprüfen.

Ich habe es erlebt, daß eine Klasse jeden Tag in einer Woche eine Arbeit schreiben mußte. Und das ist keine Seltenheit. Wenn der Klausuren- und Zensurenhammer zuschlägt, spielen sich geradezu Exzesse ab. Eifersüchteleien, Neid, Enttäuschung, Wut, Resignation, Überheblichkeit bei den einen, Unterwürfigkeit bei den anderen. Die körperliche Züchtigung hat einem ausgeklügelten seelischen Folterinstrument Platz gemacht.

Mit der Zensur als Ausleseinstrument soll der „geheime Lehrplan" durchgesetzt werden: Versagermentalität und Karrierismus. Der spätere Lohnsklave soll lernen, daß er sich sein Schicksal aufgrund seiner Dummheit selbst zuzuschreiben hat, der spätere Funktionär der Bourgeoisie soll seine Position seiner „Leistungsfähigkeit" zuschreiben und Dünkel mästen.

Das Interessanteste wird langweilig, das Langweiligste erhält durch den Unterricht den gleichen Rang wie wirklich Wichtiges. Die Zensur macht schließlich alles gleich. Wir messen vor allem die Anpassung.

Ich selbst habe vor allem in höheren Klassen und Kursen die Erfahrung gemacht, daß sich Schüler dauernd melden, ohne wirklich überlegt zu haben, nur um ihre Aktivität und Leistungsbereitschaft zu demonstrieren. Und in der anderen Richtung nehmen Fälle zu, wo Schüler aus Angst vor Fehlern sprachgestört sind, sie stottern und kriegen kein vernünftiges Wort raus, wenn der Lehrer sie drannimmt. Eine solche Schülerin schrieb tatsächlich gute bis sehr gute Arbeiten – an der Tafel versagte sie völlig. Die Lehrer, die sich auf die Seite des Volkes stellen wollen, müssen sich gegen das Zensurenwesen stellen. – (p., Hamburg)

DGB-Prüfsteine zur Bundestagswahl

Der DGB-Bundesausschuß hat letzte Woche seine Prüfsteine zur Bundestagswahl der Öffentlichkeit übergeben. Nach diesen Prüfsteinen sollen die Gewerkschaftsmitglieder die kandidierenden Parteien überprüfen und der Partei ihre Stimme geben, die laut Wahlprogramm am ehesten die Gewähr bietet, daß sie die Forderungen in den Prüfsteinen erfüllt. Nach Presseberichten (der DGB-Bundesvorstand hat die Prüfsteine selbst noch nicht veröffentlicht) liegen die Schwerpunkte der Prüfsteine auf der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung und der vollen paritätischen Mitbestimmung, darüberhinaus ist die Gleichberechtigung der Frau und die internationale Friedenssicherung und das System der sozialen Sicherung von entscheidender Bedeutung.

Die Zentralisation des Kapitals wird gefördert

Zum Zwecke der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung verlangt der DGB-Vorstand gezielte Arbeitsbeschaffungsprogramme und gezielte Vergabe öffentlicher Aufträge, gegen allgemeine Steuererleichterungen für Unternehmen spricht sich der DGB aus. Danach soll also nicht nach dem Gießkannenprinzip subventioniert werden, sondern nur bei ausgewählten Betrieben sollen die Profite aufgebessert werden. Wie das nun funktioniert, ist klar, die größten Konzerne erhalten bei öffentlichen Aufträgen den Zuschlag. Was der DGB fordert, sind also direkte staatliche Maßnahmen zwecks Zentralisation des Kapitals in immer weniger Händen. Nur das kann die Folge der Forderung sein, die der DGB in seinem *Prüfstein Nr. 1* erhebt. Da nützt es auch garnichts, wenn auf der Veranstaltung des DGB in Reckling-
nützt es auch garnichts, wenn auf der Veranstaltung des DGB in Reckling-
hausen kurz vor der Übergabe der Prüfsteine der Vorsitzende Heinz O. Vetter das Wort gegen Konzentration und Zentralisation führt. Dementsprechend zitiert das „Handelsblatt" die entsprechenden Prüfsteine auch freudig und unterschlägt die „UZ" (Zeitung der DKP) diesen Passus. Konzentration des Kapitals in wenige Hände, das ist kein Mittel, die Arbeitslosigkeit, Ausdruck der kapitalistischen Krise, zu bekämpfen. Zentralisation des Kapitals, das treibt die Krise schärfer und auf höherer Stufenleiter hervor und keineswegs wird dadurch die Krise beseitigt.

Der *2. Prüfstein* behandelt die berufliche Ausbildung. Hier begrüßt der DGB den Vorschlag der Bundesregierung auf Umlage auf die Kapitalisten und steuerfreie Zuschüsse durch Vergabe aus einem Berufsbildungsfonds an die Kapitalisten. Auch diese Forderung beschleunigt die Zentralisation des Kapitals, mittels der Zuschüsse, die nur Betriebe erhalten mit „qualifizierter Ausbildung", also Großbetriebe (siehe KVZ Nr. 22, S. 9). Hatte der DGB in seinem Aktionsprogramm von 1972 noch die Forderung von 12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei Tagen, so ist diese einfache, klare und wichtige Forderung im Kampf der Arbeiterjugend um das Recht auf Ausbildung verschwunden zugunsten von Zuschüssen an die großen Kapitalisten.

Der *dritte Prüfstein* fordert die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer. Hervorgehoben wird von der Presse insbesonders, daß der DGB die Beseitigung der Versicherungspflichtgrenze fordert, „um den Versicherungsschutz auszudehnen und das Solidaritätsprinzip zu verwirklichen". Die „UZ" schreibt, dieser Prüfstein würde aufbauen auf dem Aktionsprogramm von 1972. Interessant ist hierbei der Wandel der DGB-Forderungen, wie der Zahn der Zeit daran genagt hat. Die Grundsatzforderungen von 1949 legen fest: „einen Neuaufbau der Sozialversicherung, die als eigene Angelegenheit der Versicherten unter deren Selbstverwaltung zu stellen ist; die Arbeitslosenversicherungen und die Arbeitsvermittlung, die einer zu errichtenden Anstalt in Selbstverwaltung zu übertragen sind".

„Selbstverwaltung durch die Versicherten" – gestrichen

Davon kann man im Aktionsprogramm von 1972, wo diese Forderungen ja keineswegs erfüllt sind, nur noch eine Ahnung finden: „Jeder Arbeitnehmer hat Anspruch auf den Schutz der Sozialversicherung." Die Selbstverwaltung ist ganz gestrichen. In den Prüfsteinen 1976 ist nichts mehr geblieben.

Der *Prüfstein Nr. 4* lautet: „Volle Gleichberechtigung der Frau". Der § 218 und seine Abschaffung tauchen in den Prüfsteinen nicht auf. Auch unter dem Prüfstein 4 nicht. Man hat sich im DGB-Vorstand mit diesem Polizeigesetz ausgesöhnt.

Der *Prüfstein Nr. 5* wird von der „UZ" als „wirksame Kontrolle wirtschaftlicher Macht" bezeichnet, vom „Mannheimer Morgen" als „Kontrolle wirtschaftlicher Macht" und vom „Handelsblatt" als „wirksame Mißbrauchsaufsicht marktbeherrschender Unternehmen". Verschiedenste Interpretationen sind bei diesem Prüfstein also möglich. Das „Handelsblatt", das sicherlich ein Interesse daran hat, die Kapitalisten korrekt zu informieren, wird dem Inhalt am nächsten gekommen sein. Dieser Prüfstein bedeutet nichts anderes, als was das existierende Kartellamt erfüllt: die Konkurrenzbedingungen der westdeutschen Großkapitale zu fördern gegenüber den ausländischen Konzernen, wie es sich deutlich gezeigt hat am versuchten Verkauf von Fichtel & Sachs an einen englischen Konzern, den es verbot.

Im *Prüfstein 6* wird dann die paritätische Mitbestimmung gefordert und das verabschiedete Mitbestimmungsgesetz als unzureichend abgelehnt. Nachdem in den Prüfsteinen zuvor Forderungen aufgestellt wurden, die die Zentralisation des Kapitals durch staatliche Maßnahmen fördern sollen, fordert der Vorstand des DGB dafür eine entsprechende Teilhabe an der Macht.

Im *Prüfstein 7* wird sodann gefordert, die „Benachteiligung der Arbeitnehmer bei der Vermögensbildung zu beseitigen". Das ist großartig. An einer Hand abzählbare Prozent der Bevölkerung besitzen fast das gesamte produktive Vermögen, also die Produktionsmittel, die Maschinen und Fabriken, und vermehren so ständig durch die Aneignung fremder Arbeit ihr Vermögen. Vermögen hat die Arbeiterklasse nicht gebildet, sie hat es produziert, aber für die Besitzenden und Ausbeutenden. Eine Beseitigung der Benachteiligung ist deshalb schlichtweg unmöglich, eine Benachteiligung kann nicht beseitigt werden, weil es kein Vermögen auf seiten der Arbeiterklasse gibt. Nur durch die Beseitigung des privaten Eigentums und damit der nicht schaffenden, aber anschaffenden Klasse kann das produktive Vermögen vergesellschaftet werden, und damit hört es auf, Vermögen zu sein, und ist nur ausschließlich Produktionsmittel, welches zum Nutzen aller bedient wird.

Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates

Nachdem in *Prüfstein 9* festgehalten wird, daß der (wie auch immer geartete) „Ausbau der Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechte" verlangt wird, wird übergegangen zum öffentlichen Dienst. Einträchtig mit Maihofer, dem obersten öffentlichen Dienstherrn, wird „für eine Steigerung der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Dienste" eingetreten. Das ist in zweierlei Hinsicht vielsagend. Steigerung der Leistungsfähigkeit, das sagt Maihofer auch und meint damit stärkere Auspressung der Arbeitskraft und kapitalistische Rationalisierung. Steigerung der Leistungsfähigkeit wird aber auch gesagt, wenn der Ausbau des Unterdrückungsapparates gemeint ist, also Polizei, Justiz, Gefängnisse, Armee oder Ausbau der Polizeifunktionen in Gestalt der Sozialarbeiter, Fürsorger usw. Was anderes kann darunter nicht verstanden werden, und der DGB-Vorstand macht zu einem Prüfstein der Bundestagswahlen, welche Partei die verschärfte Auspressung der Arbeitskraft in den öffentlichen Diensten und dem Ausbau der Unterdrückungsapparate am besten garantiert.

Zum Schluß dieser Prüfsteine wird die „internationale Friedenssicherung" gefordert. Der Imperialismus Westdeutschlands soll damit gerechtfertigt werden. Dazu ein Zitat aus der DGB-Zeitung „Welt der Arbeit": „In Italien ist Kritik an der BRD schon zu einer Art nationaler Selbstbestätigung geworden." Und weiter: „Es war eher ein Schock darüber, daß dieser deutsche Staat nicht mehr bereit ist, nur zu zahlen und im übrigen zu schweigen." Wen kann die Reaktion aus dem Ausland wundern, wenn sich der Kanzler aufschwingt, in den Angelegenheiten fremder Staaten rumzufuhrwerken und für die weitere Machtausdehnung der westdeutschen Imperialisten auf die verstärkte Ausbeutung der Arbeiterklasse in anderen Ländern drängt; wenn die westdeutsche Bourgeoisie heftig damit befaßt ist, ganze Staaten aufzukaufen. Für den DGB ist das Friedenssicherung, und wenn diese anderen Staaten nicht mehr so wollen wie die westdeutsche Bourgeoisie, dann wird mit anderen Mitteln der Frieden gesichert. Der DGB-Vorstand ist fest gewillt, diesen Weg mitzugehen.

Diese Prüfsteine des DGB sind keine, an denen die Arbeiterklasse die kandidierenden Parteien messen kann. Es sind Prüfsteine, an denen die Politik des DGB-Vorstandes gemessen werden kann. Diese Prüfung kann nur mit „ungenügend" abgeschlossen werden. – (db)

VW Wolfsburg: Qualitätskontrolle in der Endmontage

VW Wolfsburg: Qualitätskontrolle in der Endmontage

Aufpasser am Band

Wolfsburg. „Wir machen weiter so", verkündet der VW-Vorstand im Werk Wolfsburg durch riesige Plakate. Weitermachen will er mit der im VW-Werk angewandten Qualitätskontrolle, die bereits Springers „Bild"-Zeitung zu Lobpreisungen verzückt hat.

Qualitätskontrolle bedeutet, daß sämtliche produzierten Autos durch die Inspektion bewertet werden. In diesen Bewertungen führen mangelhaft ausgeführte Arbeitsgänge zum Abfallen der Qualitätsnorm. In den Hallen werden an großen Tafeln die jeweiligen Schichtdurchschnitte und Tagesdurchschnitte in der Qualität ausgestellt. Vor diesen Tafeln stehen Fahrzeuge des jeweiligen Typs mit Pfeilen versehen, die auf die am häufigsten auftretenden Mängel hinzeigen.

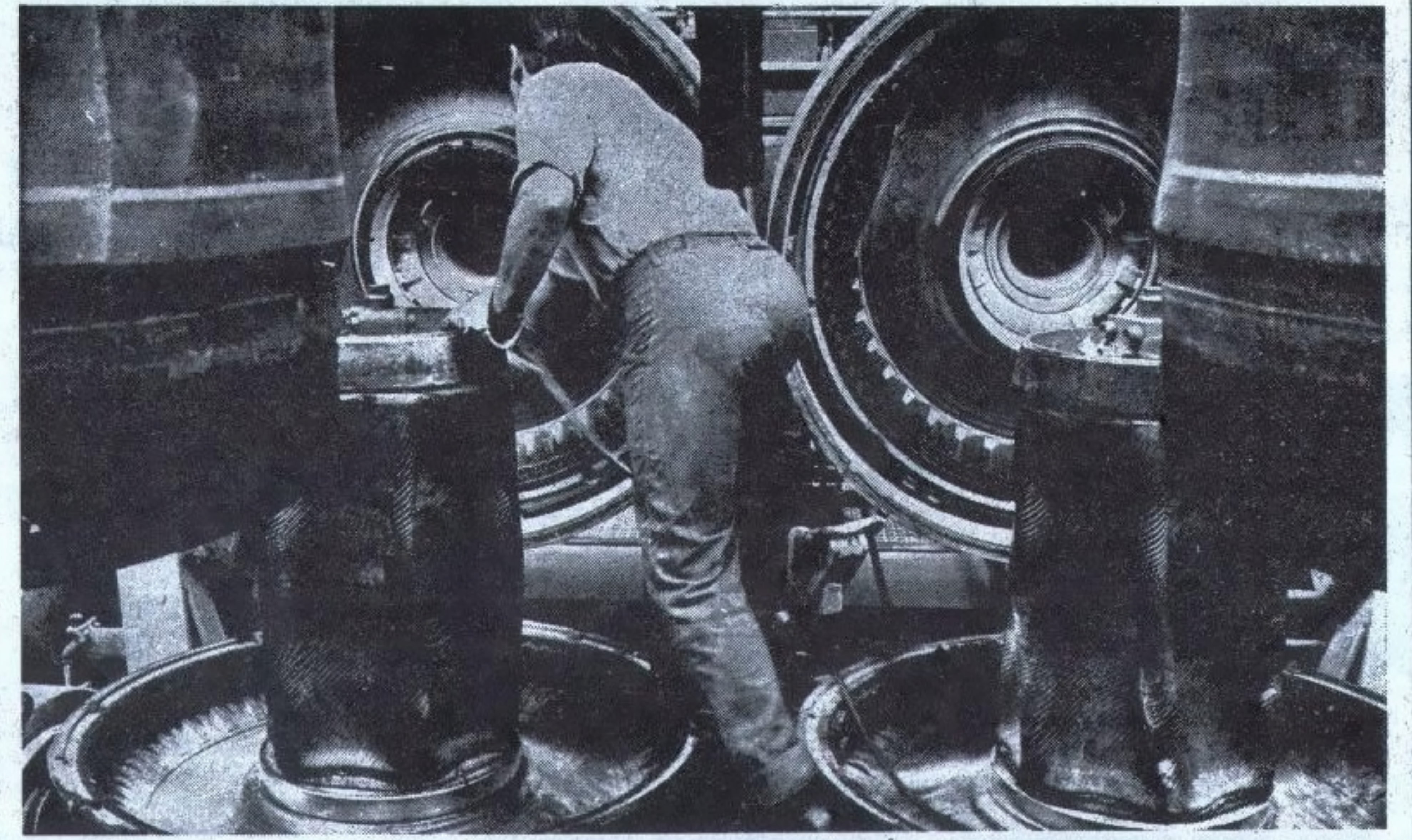
Ohne Zweifel ist es so, daß die Qualität der Fahrzeuge beim Kauf eine Rolle spielt. Wer kauft schon gern einen als „Klapperkiste" verschrienen Wagen?

Das Auto jedoch stabiler, sicherer, verschleißfester zu produzieren, das ist nicht Sinn und Zweck des über die gesamte Endmontage gespannten Netzes der Qualitätskontrolle. Der schnelle Verschleiß der Autos wird von den Kapitalisten geplant und konstruiert. Mit der Qualitätskontrolle verfolgt der VW-Vorstand ein anderes Ziel: Bei uns am Passat-Band wurden Anfang des Jahres die Arbeitsgänge für jeden erweitert. Die Arbeitsleistung ist gesteigert worden. Jeder muß mehr tun. Zwangsläufig können die Arbeiter die Arbeitsgänge nicht mehr mit der notwendigen Sorgfalt ausführen; die Qualität fällt. Mängel beim Einbau der Einzelteile in die Karosse werden durch das Netz der Qualitätskontrolle erfaßt. Bei beständig auftretenden Mängeln erscheint der Vorarbeiter oder Meister, um auf größere Sorgfalt zu drängen. Da sich durch seine Worte nichts an der erhöhten Arbeitshetze ändert und die Arbeiten in gleicher Weise ausgeführt werden, kommt es nicht selten vor, daß man die halbe Schicht einen persönlichen Aufpasser abgestellt bekommt.

Das ist das eine. Das andere ist, daß beständig die Materialqualität sich verschlechtert. Schlechteres Material ist billiger – der Profit steigt. Ist z.B. das Fenstergummi oder die Scheibenfassung für den Passat zu wenig glyzeriniert, so kostet es einfach mehr Kraft, sie einzubauen. Man kommt nicht mehr mit der Bandgeschwindigkeit mit, was dann zwangsläufig auf die Sorgfalt geht. Es dauert nicht lange, bis der ständig wiederkehrende Mangel von der Qualitätskontrolle erfaßt ist und der Vorarbeiter neben einem steht. Die Arbeiten müssen unter Aufsicht bis zu Ende ausgeführt werden. Treibt man dabei mit dem laufenden Band ab, wird es angehalten. Allein auf sich gestellt hat der Arbeiter hier keine Chance mehr.

Das systematische Erfassen von schlechten Verarbeitungen und die Vergleiche zwischen den Schichten setzt das Antreiberpack gezielt ein, um beständig die Arbeitsleistung zu steigern und die Autos mit möglichst wenig Nacharbeit von den Bändern zu holen. Je geringer die Nacharbeit an den Autos, je kleiner auch die Abteilung der Nachreparatur, die der Endmontage angeschlossen ist. Diese Abteilung ist verkleinert worden. Vor einiger Zeit wurden Arbeiter aus der Nacharbeit direkt ans Band gesteckt.

„Wir machen weiter", ruft der Vorstand den Arbeitern zu. Die Genauigkeit der Arbeit soll erzwungen werden, nachdem der Arbeitsbereich ausgeweitet und die Anstrengung vergrößert worden ist, weil die Kapitalisten gleichzeitig das Material verschlechtern. – (VW-Zelle Wolfsburg)



Für die Kautschukindustrie Niedersachsens fordert die IG Chemie 8 Prozent, mindestens 95 DM, für die Arbeiter mindestens 55 Pfennig. Bis Lohngruppe V bedeuten die 95 DM mehr als die Prozentforderungen. Die Vertrauensleute bei Conti Hannover hatten 100 DM mindestens gefordert. Der Tarifvertrag läuft Ende Juni aus. Bild: Reifenproduktion in einem Conti-Werk.

Meldungen

Bruchsal. Alle 300 Arbeiter des Werkzeugbaus im **Siemens-Werk** haben am 2. Juni nach der Frühstückspause die **Arbeit niedergelegt**, als bekannt wurde, daß der Werkzeugbau zum Juli stillgelegt werden soll. Innerhalb des letzten halben Jahres waren schon 100 Arbeitsplätze abgebaut worden. Erst nachdem der verantwortliche Direktor für den gesamten Werkzeugbau der Siemens AG, Seliger aus München, die Zusage machte, daß der Werkzeugbau nicht stillgelegt wird, gingen die Arbeiter wieder an die Arbeit. Vor einigen Tagen wurde bekannt, daß zusätzlich zu den 700 Entlassungen bis Ende 1977 die Kapitalisten die Entlassung weiterer 1 200 Arbeiter und Angestellten planen. Hartnäckig hält sich das Gerücht, daß das ganze Werk (jetzt 4 400 Beschäftigte) geschlossen werden soll.

Bad Schönborn/Bruchsal. Alle 40 Dreher der Firma Johannes Fuchs KG legten am 2. Juni die Arbeit für eine Stunde nieder gegen eine Akkordkürzung um 50 Prozent. Nach dem Streik wurde die **Kürzung zurückgenommen.**

Heidelberg. Bei der Firma Mecano-Bundy/Mecano-Simmons haben am 1. Juni 70 Arbeiter der Produktion kurzfristig die Arbeit niedergelegt. Die Geschäftsleitung hatte ihnen die 40-Minuten-Erholpause gestrichen. Die 70, etwa 10 Prozent der Belegschaft, waren willkürlich herausgegriffen worden. Als die Sache bekannt wurde, zogen sie geschlossen zum Betriebsratsbüro und verlangten vom Betriebsratsvorsitzenden sofortige Verhandlungen mit der Geschäftsleitung über die **bedingungslose Zurücknahme der Streichung**. Bis heute wurde ununterbrochen verhandelt.

Hamburg. Letzten Donnerstag traten die Arbeiter der Elektrolyse in den **Hamburger Aluminiumwerken**, ehemals Reynolds, in den Streik. In der Nachtschicht schlossen sich die Gießereiarbeiter an. Die Forderungen: Erstens Abschaffung ungerechtfertigter Lohnunterschiede; zweitens eine Ausgleichszahlung ab Januar in Höhe des Metallabschlusses (die Aluminiumwerke sind gegen den Willen der Arbeiter vom Metall- in den Chemieverband übergetreten); drittens Bezahlung der Streik-
vom Metall- in den Chemieverband übergetreten); drittens Bezahlung der Streik-
zeit, keine Maßregelungen. Inzwischen wird wieder gearbeitet. Aufgrund des Streiks traten die Kapitalisten in Verhandlungen mit der IG Metall.

Kiel. 5.5 % mehr Lohn rückwirkend ab 1. Februar bekommen die Arbeiter in der schleswig-holsteinischen Heizungs-und Lüftungsindustrie. Darauf einigten sich die Kapitalisten und die IG Metall am 8.6. nach einer Woche Streik. Während des Streiks wurden entschieden Streikbruchversuche abgewehrt. Lehrlinge wurden überzeugt, sich nicht für Streikbrecherarbeiten mißbrauchen zu lassen. Die Vertrauensleutekörperleiter aller Kieler Metallgroßbetriebe schickten Solidaritätsadressen. Ebenfalls die IG Druck.

Die Chemiekapitalisten haben in Baden-Württemberg der IG Chemie angeboten, die Tariferhöhungen von 5.85 Prozent, mindestens 85 DM der bisherigen Abschlüsse ohne Verhandlungen zu übernehmen. Das wurde von der IG Chemie abgelehnt.

Der Betriebsrat des Bremer Vulkan hat bei der Ausländerpolizei schriftlichen Protest eingelegt gegen die Unterdrükkung von zwei ausländischen Arbeitern. Einem türkischen Arbeiter wurde die Aufenthaltsgenehmigung mit der Eintragung in den Paß verlängert: „Nur auf dem Bremer Vulkan als E-Schweißer in der Nachtschicht." Einem anderen ausländischen Arbeiter verweigerte die Ausländerpolizei die Zusammenführung seiner Familie. Beide Vorfälle stießen im Betrieb auf große Empörung. Aufgrund des Protestes mußte die Zusammenführung der Familie und die Streichung der Paßeintragung zugesagt werden.

Hamburg. Am 7.5.1976 wurde bei Heidenreich & Harbeck der Sozialplan gegen die Stimmen der Belegschaftsvertreter verabschiedet. Die Hauptformel (Alter mal Betriebszugehörigkeit mal 20) wurde zwar durchgesetzt, aber die sogenannten Nebenforderung wie Höchstgrenze der Zahlung, Sozialleistungen usw. wurden nicht berücksichtigt. Der Plan ist insgesamt das beste Mittel, die Belegschaft bis zum Schluß schonungslos auszupressen. 180 von rund 1 000 Beschäftigten sollen in die spätere Service GmbH übernommen werden. Die 180 wissen, daß schlechtere Arbeitsbedingungen und schlechtere Arbeitsverträge kommen werden. Außerdem sind es hauptsächlich die Kollegen, die aus dem Plan die Höchstsumme von 21 000,– bekommen hätten. Man wird sie also bis zur Rentenfähigkeit behalten oder eben dann aus der Service GmbH entlassen, wenn sie keine Ansprüche aus dem Sozialplan mehr erheben können.

München. Auf der Mitgliederversammlung des Ortsvereins München der IG Druck und Papier am 1.6.76 wurde ein Brief an die Staatsanwaltschaft in Tübingen verabschiedet, in dem gegen den Polizeieinsatz gegen Rottenburger Drucker protestiert wird sowie gegen deren erkennungsdienstliche Behandlung und gegen die erstatteten Strafanzeigen. Gefordert wird die Rücknahme der Anzeigen und die Vernichtung der Unterlagen. Die Versammlung beschloß ebenso eine Resolution gegen den Polizeieinsatz an der Münchener Universität

Siemens München:

IG-Metall-Ortsverwaltung plant den Ausschluß von 26 Vertrauensleuten

München. 26 Vertrauensleuten von Siemens Hoffmannstraße hat die IGM Ortsverwaltung versucht ein Ausschlußverfahren anzuhängen. Die Vertrauensleute hatten sich gegen den Plan der Ortsverwaltung gestellt, die Bereichsvertrauenskörper aufzulösen. Diese Bereichsvertrauenskörper waren bei Siemens als wirksames Mittel bei der Entfaltung einer klassenbewußten Gewerkschaftspolitik genutzt worden.

•

Die Siemens-Kapitalisten haben ihren Umsatz 1975 um 1,5 Milliarden steigern können (von 17 Milliarden auf 18,5 Milliarden). Bei Siemens Hoffmannstraße arbeiten 20100 Angestellte und 5600 Arbeiter im Bereich Datentechnik und Nachrichtentechnik. 8,5 % sind gewerkschaftlich organisiert.

Die Verschärfung der Ausbeutung sieht bei den Angestellten und Arbeitern von Siemens Hoffmannstraße so aus:

– Die Leistungszulage ist für mindestens 1200 Angestellte um 50 % und mehr gekürzt worden.
– Durch Umbesetzungen im Betrieb ist eine Reihe von Angestellten und Arbeitern in niedrigere Lohngruppen eingestuft worden.
– Die Terminpläne für die Fertigstellung von Einzelarbeiten werden gekürzt, was dazu führt, daß in der gleichen Zeit von weniger Kollegen (2,5 % Personalabbau ist in den nächsten zwei Jahren geplant) mehr gearbeitet wird.
– 5 Werksbuslinien sind gestrichen worden, das Fahrgeld für die anderen Linien wurde erhöht. Der Fahrgeldzuschuß für neue Kollegen wird gestrichen.
– Über die Krankheiten der Beschäftigten wird genau Buch geführt. Die Bespitzelung geht so weit, daß die Geschäftsleitung genau die Art der Krankheit wissen will, um zu entscheiden, ob wirklich ein ernster Grund zum Fehlen vorgelegen hat.

Gegen dieses Vorgehen der Siemens-Kapitalisten hat sich in der Hoffmannstraße der Widerstand entwickelt, was sich ausdrückte in einer selbständigeren Arbeit der Vertrauensleute im Betrieb. In der Hoffmannstraße gibt es 200 Vertrauensleute. Aufgegliedert sind sie in acht Bereichsvertrauenskörper (BVK). Die Organisationsform der BVK ist nötig, um überhaupt mit den Lohnabhängigen in direktem Kontakt zu stehen und ihre Interessen zu vertreten.

Im November letzten Jahres wurde in einem Arbeitskreis von Vertrauensleuten ein Flugblatt zum Thema „Kündigungen" erarbeitet. Dargestellt wurde die rechtliche Situation bei Kündigungen, wie man sich wehren und was der Betriebsrat machen kann. Nachdem das Flugblatt in den BVK diskutiert und von der zentralen Vertrauenskörperleitung genehmigt wurde, ging es an die Ortsverwaltung. Die Ortsverwaltung war mit dem Absatz, in dem dargestellt wird, daß die Kapitalisten die Angst vor Kündigungen und Kurzarbeit ausnutzen, um die Arbeitshetze zu steigern, nicht einverstanden, er wurde gestrichen. Das Erscheinen des Flugblatts wurde um mehr als drei Monate hinausgezögert, dann aber doch verteilt.

Zur Tarifrunde wurde ein Flugblattentwurf erstellt mit der Zwischenüberschrift „Der Verzicht auf Lohnerhöhungen ist kein Mittel zur Sicherung der Arbeitsplätze". Die Mehrheit der Vertrauensleute drängte darauf, zur Tarifrunde 150 DM aufzustellen. Dagegen traten die Sozialdemokraten auf und propagierten eine 8 %-Forderung. Es ist ihnen dann noch einmal gelungen, eine Mischforderung von 50 DM und 5 % durchzusetzen.

Die selbständige Arbeit der Bereichsvertrauenskörper war der Ortsverwaltung ein Dorn im Auge. Am 17.1.1976 berief die Ortsverwaltung eine Arbeitstagung ein, zu der sie Betriebsrat, zentrale Vertrauenskörperleitung und Bereichsvertrauenskörperleitung von Siemens Hofmannstraße einlud. Thema: „Auflösung der BVK!" In der Begründung, die die Ortsverwaltung auf der Tagung gab, war von „Überaktivität" der BVK die Rede. Damit kam die Ortsverwaltung aber nicht durch. Die Vertrauensleute waren auf die Tagung gekommen mit dem Auftrag, die Auflösung der BVK zu verhindern, da dies ein entscheidender Schlag gegen die gewerkschaftlichen Vertretungsorgane sei. Das Ergebnis der Tagung war: Die Bereichsvertrauenskörper bleiben!

Aber so schnell läßt sich die Gewerkschaftsführung nicht das Heft aus der Hand nehmen. Anfang Februar traf ein Schreiben der Ortsverwaltung beim Vertrauenskörper ein, in dem sie ihren Beschluß bekanntgab, keine BVK-Leitungen mehr zuzulassen.

Dagegen haben sich die meisten Vertrauensleute gewehrt, indem sie auf der zentralen Vertrauenskörpersitzung Ende März den Antrag einbrachten, daß die BVK-Leitungen bestehen bleiben. Diesen Antrag haben 26 Vertrauensleute unterschrieben; er wurde auf der Sitzung mit 32 gegen 24 Stimmen verabschiedet. Aus Angst, auch in Zukunft überstimmt zu werden und ihren Einfluß zu verlieren, haben die Sozialdemokraten in der Gewerkschaft versucht, den 26 namentlich bekannten Vertrauensleuten, die den Antrag eingebracht haben, ein Gewerkschaftsausschlußverfahren anzuhängen. Dafür haben sie sogar angefangen, Unterschriften zu sammeln. Viel Erfolg haben sie dabei nicht gehabt. Nachdem klar war, daß der Widerstand gegen die Ausschlußanträge vorhanden war, mußte die Unterschriftensammlung dann wieder fallen gelassen werden. Eine Stellungnahme der Ortsverwaltung zu den geplanten Ausschlußanträgen liegt bis jetzt noch nicht vor. Die Bereichsvertrauenskörper werden weiter an einer kämpferischen Gewerkschaftspolitik festhalten und versuchen, den gewerkschaftlichen Organisierungsgrad in der Hoffmannstraße zu erweitern. Dazu sind jetzt monatliche Mitgliederversammlungen eingerichtet worden. – (Siemens Zelle des KBW)

tigten wird genau Buch geführt. Die Bespitzelung geht so weit, daß die Geschäftsleitung genau die Art der Krankheit wissen will, um zu entscheiden, ob wirklich ein ernster Grund zum Fehlen vorgelegen hat.
Gegen dieses Vorgehen der Siemens-Kapitalisten hat sich in der
verwaltung ein Dorn im Auge. Am 17.1.1976 berief die Ortsverwaltung eine Arbeitstagung ein, zu der sie Betriebsrat, zentrale Vertrauenskörperleitung und Bereichsvertrauenskörperleitung von Siemens Hofmannstraße einlud. Thema: „Auflösung der BVK!" In der Begründung, die die Ortsverwal-
Bereichsvertrauenskörper werden weiter an einer kämpferischen Gewerkschaftspolitik festhalten und versuchen, den gewerkschaftlichen Organisierungsgrad in der Hoffmannstraße zu erweitern. Dazu sind jetzt monatliche Mitgliederversammlungen eingerichtet worden. – (Siemens Zelle des KBW)

Telefonarbeiterinnen bei Siemens. Im Geschäftsjahr 1974/75 ist der Weltumsatz des Siemens-Konzerns im Bereich der Nachrichtentechnik um 6 Prozent auf 4,6 Milliarden DM gestiegen. In der Bundesrepublik wurde die Belegschaft um 14 000 abgebaut. 1976 soll die Produktion um 15 Prozent gesteigert werden. Neueinstellungen sind nicht vorgesehen. Der Geschäftsbericht faßt die Pläne der Siemens-Kapitalisten zusammen: „Im Ausland weiter auf Erfolgskurs." In der letzten Woche streikten 300 Arbeiter des Siemens-Werkes Bruchsal gegen Entlassungen. (Meldung Seite 5.)

IG Chemie Hessen fordert:
Die Arbeitszeitordnung ändern!
Auf der hessischen Bezirksdelegiertenkonferenz der IG Chemie wurde ein Antrag gegen die Arbeitszeitordnung aus dem Jahre 1938 verabschiedet.
Antrag:
Angenommen auf der 12. ordentlichen Bezirksdelegiertenkonferenz der IG

IG Chemie Hessen fordert:

Die Arbeitszeitordnung ändern!

Auf der hessischen Bezirksdelegiertenkonferenz der IG Chemie wurde ein Antrag gegen die Arbeitszeitordnung aus dem Jahre 1938 verabschiedet. Über diesen Antrag gab es eine rege Diskussion, weil die hauptamtlichen Funktionäre des Bezirksvorstandes vertraten, daß dieser Antrag abzulehnen sei, denn es sei falsch, den Gesetzgeber zum Nachziehen aufzufordern. „Wie soll die Gewerkschaft da tariffähig bleiben?" Es wurde damit argumentiert, daß dann die Nichtmitglieder noch weniger Einsicht zeigen würden, in die Gewerkschaft einzutreten. Dem wurde entgegengehalten, daß der Kampf der Arbeiterbewegung um die Verkürzung der Arbeitszeit schon immer ein Kampf um die gesetzliche Regelung gewesen sei. Als Beweis dafür, daß es den Arbeitern um die gesetzliche Regelung von Schutzmaßnahmen gegenüber den Kapitalisten ankommen muß, wurde das Lohnfortzahlungsgesetz genannt, wo darum gekämpft wurde, daß es von einer tariflichen Regelung zu einer gesetzlichen Regelung wird.

Ein weiterer Antrag zur 35-Stunden-Woche, von der Verwaltungsstelle Darmstadt gestellt, wurde angenommen und an den Gewerkschaftstag der IG Chemie im September 1976 weitergeleitet.

Antrag:

Angenommen auf der 12. ordentlichen Bezirksdelegiertenkonferenz der IG Chemie–Papier–Keramik am 22. Mai in Eschborn:

„Der Hauptvorstand und der DGB-Bundesvorstand werden gebeten, weiterhin bei der Bundesregierung vorstellig zu werden und zu fordern, daß die Arbeitszeitordnung aus dem Jahre 1938 aufgehoben und durch eine den heutigen Verhältnissen angepaßte Regelung ersetzt wird. Insbesondere wäre erforderlich, in eine solche Regelung die 40-Stunden-Woche / 5-Tage-Woche aufzunehmen und die zum Teil überholten Ausnahmeregelungen zu ändern bzw. zu streichen.

Begründung:

Es ist schon lange an der Zeit, die AZO abzulösen, da durch Tarifverträge und betriebliche Vereinbarungen die Wirklichkeit anders aussieht. Oftmals ist die AZO dennoch ein Hindernis zur Einführung der 5-Tage-Woche in einzelnen Bereichen. Eine Änderung ist auch für Arbeitsbereiche wünschenswert, wo Tarifverträge die 40-Stunden- / 5-Tage-Woche noch nicht garantieren.

Vertrauenskörperleitung Conti / Verwaltungsstelle Korbach"

Chemiewerk Neoplastik Braunschweig

Bezahlung unter Tarif

Braunschweig. Die Kapitalisten der kleineren Chemiebetriebe stehen in hartem Konkurrenzkampf. Sie wollen nicht zu kurz kommen bei der in der Chemieindustrie für 1976 insgesamt erwarteten Gewinnsteigerung von 35 %. Indem die Kapitalisten den Arbeitern ein gemeinsames Interesse vorspiegeln – „Wenn wir pleite gehen bzw. geschluckt werden, dann ist das auch von Nachteil für euch" – verschärfen sie die Ausbeutung mittels Lohndrückerei und Verschärfung der Arbeitshetze, wie es der Kapitalist Worbs betreibt, der unter anderem das Chemiewerk Neoplastik in Braunschweig sein privates Eigentum nennt. Sein Eigentum nennt er auch die Werke in Salzgitter Thiede, Bielefeld, Mannheim und Berlin.

Hergestellt werden im Werk Braunschweig von den zirka 100 Arbeitern und Arbeiterinnen in Wechselschicht alle Arten von Plastiktüten, -säcken, -planen und -folien sowie Schallplattenhüllen.

Bezahlung unter Tarif

Liegen schon in Niedersachsen die Löhne in der Chemischen Industrie unter den allgemeinen Industrielöhnen, so verstand es Worbs bisher, Teile der Belegschaft noch unter Chemietarif zu bezahlen.

Niedersachsen (Bruttowochenverdienste)

	Männer	Frauen	gesamt
Industrie allgemein	445,00	307,00	421,00
Chemische Industrie	419,00	319,00	392,00
Neoplastik Braunschweig	–	235,60	–

(Quelle für die Angaben über Niedersachsen: Statistisches Bundesamt, Arbeitnehmerverdienste in Industrie und Handel, Arbeiterverdienste Oktober 1975)

Beträgt z.B. der durchschnittliche Bruttowochenverdienst der Frauen in der Chemischen Industrie in Niedersachsen 319 DM, so liegt er bei Neoplastik 85 DM niedriger, nämlich bei 235,60 DM.

Möglich ist diese verschärfte Ausbeutung durch das „freivertragliche Verhältnis" zwischen Kapitalist und Arbeitern. Bereits seit mehr als zwei Jahren weigert sich der Kapitalist, den Chemietarifvertrag anzuerkennen, die Löhne nach Chemietarifvertrag zu zahlen und sie tariflich abzusichern.

Natürlich gibt Worbs nicht direkt zu, daß er die Arbeiterinnen mit 5,89 DM brutto Stundenlohn eindeutig unter Tarif bezahlt – nach Chemietarif betragen die Tariflöhne selbst in Lohngruppe I 6,08 DM bis 18 Jahre und 7,15 DM ab 18 Jahren!

In den Aushängen im Betrieb ist zu lesen: Jeder wird nach Tarif bezahlt und erhält sogar noch innerbetriebliche Zulagen von 37 Pfennig bis 2,36 DM. Wie ist das nun möglich, wird sich jeder fragen? Möglich wird das, weil der Kapitalist Worbs für sich festgelegt hat: Mein Betrieb ist ja gar kein reiner Chemiebetrieb, nur die Abteilungen Blasraum, Regeneration. Versand, Fuhrpark und Werkstatt sind chemische Abteilungen. Druckerei, Konfektion und Teldec – in denen die meisten Arbeiter arbeiten und dabei hauptsächlich Frauen – haben mehr mit Pappe zu tun, sie werden nach „Papptarif" bezahlt. „Großzügig" zahlt er diesen Arbeiterinnen dann eine innerbetriebliche Zulage auf den Tariflohn von 5,36 DM (Lohngruppe 5), so daß sie 5,89 brutto erhalten, 1,26 DM weniger als nach Chemietarif.

Natürlich sind alle Abteilungen chemische Abteilungen, schließlich haben sich die Plastikfolien in der Druckerei und Verarbeitung nicht auf einmal in Pappe verwandelt, und den Tarif in der Pappeindustrie auf die Pappkartons zu beziehen, in die die Plastikprodukte verpackt werden, kann nur einem Kapitalistenhirn entspringen. Schmackhaft gemacht werden sollen die Hungerlöhne den Kolleginnen dann dadurch, daß sie ja auch nicht im Akkord zu arbeiten brauchten.

Natürlich aber muß im Rhythmus, wie die Maschinen die Produkte auswerfen, gearbeitet werden, das wird schon im Einstellungsgespräch betont. Und wo das Tempo nicht von der Maschine bestimmt ist, wie z.B. beim Wikkeln der Vielzweckplanen, sondern von der Schnelligkeit der Arbeiterinnen abhängt, wird dann eine Prämie ausgesetzt, um das Ergebnis von mindestens 1200 Planen am Tag zu erreichen. Noch vor einem Jahr wurde die Prämie für 1000 Planen am Tag bezahlt, was jetzt das Minimum ist, das täglich geschafft werden muß. Ebenso wurden alle anderen Maschinen durchweg schneller gestellt, wozu extra ein neuer Meister eingestellt wurde.

Auch sonst werden inzwischen viele Maschinen, die ehemals noch von zwei Arbeiterinnen bedient wurden, jetzt nur noch von einer bedient. Um das, was die einzelnen Arbeiterinnen schaffen, auch genau überprüfen zu können, müssen zu Schichtwechsel Arbeitszettel ausgefüllt werden, auf denen die Anzahl der verpackten Tüten, die Laufzeit der Maschine und die Begründung für die Zeit ihres Stillstandes vermerkt werden müssen. Stellt sich so heraus, daß eine Arbeiterin das Soll nicht schafft, muß sie um ihren Arbeitsplatz bangen.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist sehr niedrig. Erschwert wird ein Zusammenschluß der Belegschaft dadurch, daß der Stamm sehr klein ist, nur zirka 20 bis 30 Prozent der Belegschaft sind über zwei Jahre da. Diese hohe Fluktuation liegt daran, daß einmal sofort von seiten der Kollegen gekündigt wird, wenn sie bessere Arbeitsbedingungen in anderen Betrieben finden, daß andererseits von seiten des Kapitalisten immer dann in der zweimonatigen Probezeit den Kollegen gekündigt wird, wenn sie sich weigern, Überstunden zu machen. Gerade die Arbeiter in der Teldec werden häufig zu Überstunden gezwungen, manchmal macht ein Arbeiter zwei Schichten hintereinander, also 16 Stunden.

Aber nicht alles lassen sich die Arbeiterinnen gefallen. So ist es Worbs bis heute noch nicht gelungen, durchzusetzen, daß alle Maschinen in laufendem Zustand beim Schichtwechsel übergeben werden. Und als eine Spätschicht geschlossen am nächsten Tag Frühschicht machen sollte, kamen alle Kolleginnen geschlossen eine Stunde später, die Worbs dann auch bezahlen mußte. – (h., Braunschweig)

Die Zahl der Arbeitslosen hat noch zugenommen

Die **Zahl der Arbeitslosen** habe im Mai 1976 „erheblich" abgenommen, tönt der Präsident der „Bundesanstalt für Arbeit" Stingl im Fernsehen.

•

Die Arbeitsämter zählten 953000 Arbeitslose, 140200 weniger als Ende April. Für die Lohnabhängigen ist der Druck des Arbeitslosenheeres auf ihre Existenzbedingungen in Wirklichkeit keinen Deut geringer geworden. Die amtliche Statistik verschleiert das tatsächliche Ausmaß der Arbeitslosigkeit. Jüngst hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit dafür selbst Belege geliefert. Nach Schätzungen des Instituts hat sich bei der ausländischen Wohnbevölkerung seit 1974 trotz Abschiebung von mehreren hunderttausend ausländischen Arbeitern eine **„stille Arbeitsmarktreserve" von 180000 Ausländern „im erwerbsfähigen Alter"** gebildet. Hauptsächlich sind das Jugendliche, die weder als Erwerbstätige, noch als Arbeitslose gemeldet sind. Das Institut nimmt in seiner eher vorsichtigen Schätzung an, daß diese „stille Arbeitsmarktreserve" 1974 etwa 20000 und 1975 schon 100000 betrug. Das Arbeitsamt gibt an, daß gegenüber dem Maimonat des Vorjahres die Zahl der Arbeitslosen um 64200 zurückgegangen ist. Allein wenn man das Anwachsen der „stillen Reserve" von Ausländern innerhalb des letzten Jahres hinzuzählt, also 80000, zeigt sich, daß die Arbeitslosigkeit in Wirklichkeit sogar noch angestiegen ist. Dabei bleibt noch ganz außer Betracht, daß auch viele deutsche Schulabgänger und viele Frauen, die die Suche nach einem Arbeitsplatz vorerst aufgegeben haben, zu „stillen Reserven" gezählt werden müssen. (Sozialpolitische Umschau, 7. Mai 1976)

Politische Entlassung Universität Oldenburg:

Mehrheit der Studenten und des Lehrkörpers gegen Entlassung

Oldenburg. Wie in der letzten KVZ gemeldet, hat der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst den Genossen W.Müller, Mitglied des Zentralen Komitees des KBW und Sekretär der Ortsleitung Bremen, aus seiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Assistent im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Oldenburg fristlos und mit sofortiger Wirkung entlassen.

Schon im Herbst 1975 war ein Entlassungsverfahren gegen den Genossen Müller eingeleitet worden wegen Wahlkandidatur für den KBW zum Bremer Senat. Aufgrund des Widerstands der Studentenschaft, der Mehrheit der Lehrenden und des Verwaltungspersonals mußte der Rektor das Verfahren wieder einstellen. (Die KVZ berichtete darüber.)

In diesem Frühjahr wurde das Verfahren von dem Minister, jetzt CDU, erneut aufgenommen: „Zur Überprüfung der Entscheidung des Rektors" wurde W.Müller zu einer erneuten Anhörung Anfang Mai ins Ministerium nach Hannover beordert. In einem offenen Brief schrieb der Genosse dazu unter anderem:

„Schmerzlich muß es für Sie auch sein, daß die große Mehrheit der Universitätsangehörigen gegen das Entlassungsverfahren ist und auch große Teile der Professorenschaft, die durch Ihre Hochschulgesetze zu Polizeiaufsehern an der Hochschule gemacht werden sollen ... Sie wollen mich aus dem Hochschuldienst entfernen, weil ich für die soziale Revolution des Proletariats in Westdeutschland eintrete. Das ist verboten zu vertreten. Aber meinen Sie etwa, Sie könnten den Gang der gesellschaftlichen Entwicklung bestimmen und das verhindern?"

In der Begründung der Entlassung wird der Unterdrückungscharakter des bürgerlichen Staatsapparates deutlich: *„Sie haben die Prinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung verneint:* ***Achtung vor Menschenrechten,*** vor allem das Recht auf freie Entfaltung, insofern als Sie eine Herrschaft aller über alle und damit den totalen Staat bzw. den totalitären Staat erstreben." Wenn die Bourgeoisie die Herrschaft der Arbeiterklasse über ihre alten Ausbeuter und Unterdrücker als „totalitär" angreift, kommt zum Vorschein, was die Bourgeoisie unter freier Entfaltung versteht: die „Entfaltung" weniger, der Kapitalherren, auf Kosten der übergroßen Mehrheit.

Weiter wird Müller vorgeworfen, er trete ein für: *„**Volkssouveränität**, insofern als Sie Voraussetzungen zur Bildung eines allgemeinen Willens durch besondere Organe (Artikel 20 Grundgesetz) nicht zulassen, sondern das ‚Volk' entscheiden lassen wollen."* Gut wird hier deutlich, daß das Volk, der angebliche Souverän, in der bürgerlichen Demokratie durch besondere Organe von der politischen Macht ausgeschlossen ist.

Eine Studentenvollversammlung, zwei Tage nach der Entlassung, protestierte in einer Entschließung gegen die Entlassung von W.Müller und gegen acht Berufsverbote gegen Absolventen der Hochschule und forderte die Rücknahme der Entlassung. Müller wurde aufgefordert, seine Lehrveranstaltungen weiterhin abzuhalten. In der letzten Woche sind die Lehrveranstaltungen weitergeführt worden, obwohl der Minister angewiesen hat, daß die „weitere Betätigung als Beamter an der Universität zu verhindern" ist.

In der kommenden Woche finden Aktionstage mit einer Fahrraddemonstration nach Hannover statt, wo gegen die Landesregierung wegen der Austrocknung der Universität Oldenburg demonstriert und auch die Forderung nach Rücknahme der Entlassung und nach freier politischer Betätigung erhoben wird. – (w.)

Wiesbaden. Die Parolen mit der Forderung nach Urabstimmung und Streik bestimmten die GEW-Demonstration von 3 000 Lehrern. Die Lehrer der Gesamtschule Mörfelden-Walldorf trugen die auf der letzten Personalversammlung beschlossene Forderung: „Gesamtschule Mörfelden-Walldorf ist streikbereit!"

GEW-Demonstration Hessen:

Forderungen nach Streik bestimmten die Demonstration

Wiesbaden. Am vergangenen Donnerstag demonstrierten etwa 3 000 Lehrer und Lehrerstudenten in Wiesbaden gegen die zum 1. August geplante Arbeitszeitverlängerung durch Streichung von 20 000 sogenannten Entlastungsstunden und gegen die Manöver der Landesregierung, die Lehrerarbeitslosigkeit durch befristete Zweidrittel-Angestelltenverträge zu verschleiern und die Lehrerschaft damit weiter zu spalten.

5 000 Kolleginnen und Kollegen nahmen an der Schlußkundgebung in der Rhein-Main-Halle teil.

Aufgerufen zu dieser Protestaktion hatte der GEW-Landesverband Hessen. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung, die lange Zeit versucht hatte, diese Zusammenfassung des Protests der hessischen Lehrer wegzudrücken, setzte nun – durch den massiven Druck der Mitglieder zu dieser Maßnahme gezwungen – in der organisatorischen und inhaltlichen Vorbereitung von Demonstration und Kundgebung alles daran, die ganze Aktion auf einen Appell an die SPD und die Koalitionsfraktionen herunterzubringen, die sich doch an ihre Reformversprechen und die *„partnerschaftliche Zusammenarbeit der verantwortlichen Politiker des Landes Hessen mit der GEW"* aus früheren Zeiten erinnern und die Lehrer nicht länger verprellen sollten (vgl. „GEW-Wandzeitung gegen bildungs- und gewerkschaftspolitische Abstinenz verantwortlicher Politiker"). Als einzige Kampfmaßnahme drohte der Landesvorstand in diesem Aufruf nach wie vor den Reformboykott der Lehrer an.

Daß die in Wiesbaden versammelten Lehrer mit all dem nicht viel im Sinn hatten, zeigt der Verlauf von Demonstration und Kundgebung:

Transparente mit den Forderungen: Keine Arbeitszeitverlängerung! Keine Zweidrittelstellen! Urabstimmung und Streik! bestimmten das Bild der Demonstration. Die Aufschrift „Gesamtschule Mörfelden-Walldorf streikbereit" drückte die Stimmung unter den Kollegen an dieser Schule aus. Sprechchöre wie „Der Staat verlangt jetzt Mehrarbeit – unsre Antwort ist der Streik" oder – bezogen auf die Zweidrittel-Zeitverträge – „Weg mit der Dreijahresfrist, weil du arbeitslos dann bist" schwollen insbesondere in der Nähe des Kultusministeriums, wo angesichts des Demonstrationszuges hastig alle Tore verrammelt wurden, immer stärker an.

Im Saal wurde der hessische GEW-Vorsitzende Ludwig lautstark empfangen: „Wir sind doch keine Mucker – wir streiken wie die Drucker!" dröhnte ihm der lautstarke Wille der Bewegung unter den Lehrern entgegen.

Der GEW-Bundesvorsitzende Frister betrieb SPD-Wahlunterstützung und empfahl den Gewerkschaftsmitgliedern in seiner Rede nichts anderes, als daß der SPD der nötige Dampf gemacht werden müsse, um sie wieder auf den richtigen Kurs zu bringen. Die Mehrheit der Kundgebungsteilnehmer unterbrach die Frister-Rede immer häufiger mit dem Ruf nach Streik und Abstimmung einer vom Kreisverband Offenbach Stadt vorgeschlagenen Resolution, die die Gewerkschaftsführung auffordert: „Wenn der Dienstherr diese (oben im Artikel genannten, die Red.) Forderungen nicht erfüllt, muß im neuen Schuljahr der Streik vorbereitet werden!"

Nur mit dem Eingeständnis: „Ich bin überzeugt, daß 95 Prozent der hier Versammelten für Streik sind. Sorgen Sie dafür, daß an den Schulen ein solches Urabstimmungsergebnis erreicht wird" und durch Abdrehen der Mikrofone gelang es dem Gewerkschaftsvorstand, eine zwar nicht satzungsrechtlich, aber doch politisch verpflichtende Abstimmung zu verhindern. – (c., Frankfurt)

GEW-Kundgebung in Baden-Württemberg am 21. Juni

Vertrauenslehrerversammlung wendet sich gegen Teilzeitverträge

Stuttgart. Ein Tagesordnungspunkt der Vertrauenslehrerversammlung der GEW am 25. Mai war die katastrophale Situation der Teilzeitlehrer: 1 600 PH-Abgänger wurden mit 13 Wochenstunden für neun Wochen eingestellt. 2 000 DM brutto bekommen sie für diese Zeit, ohne Sozial- und Arbeitslosenversicherung, da sie eine Stunde unter dem halben Deputat liegen. Sie erhalten keine Ausbildung, haben aber dafür „Gelegenheit, sich zu bewähren". In den Sommerferien sind sie arbeitslos und im Unklaren, ob und wie sie wieder eingestellt werden.

Eine Resolution wurde mit sehr großer Mehrheit der etwa 60 Anwesenden beschlossen, in der die Forderungen unterstützt werden:

„Volle Beschäftigung! Keine Teilzeitverträge! Einstellung aller ausgebildeten Lehrer! Arbeitslosengeld für alle arbeitslosen Lehrer bis zur endgültigen Einstellung!

Wir, die Vertrauenslehrerversammlung der GEW, fordern alle Kollegen auf, die Nebenlehrer zu unterstützen, indem sie sich solidarisch erklären mit den vorhandenen und geäußerten Protesten und durch ihre Teilnahme an der Kundgebung der GEW und Demonstration im Juni in Stuttgart gegen die Lehrerarbeitslosigkeit eintreten."

Universitätsklinik Göttingen:

Gegen die 6-Tage-Woche

Göttingen. Auf der Hämodialyse-Station der Medizinischen Klinik wurde Ende des letzten Jahres, noch während des Streiks der Sitzwachen gegen ihre 25-prozentige Lohnkürzung, die Sechstagewoche für das Personal eingeführt. Was heißt das?

Bislang wurden die Patienten an vier Tagen zur Dialyse bestellt. Von 6 bis 22.15 Uhr versorgten sechs Schwestern und an drei Tagen in der Woche je zwei Sitzwachen sieben bis acht Patienten in zwei Schichten pro Tag. Dialysieren heißt, daß der Patient sechs bis acht Stunden an eine Maschine, eine künstliche Niere angeschlossen wird. Stündlich muß eine Schwester Blutdruck, Puls und Gewicht messen und ständig Patient und Maschine überwachen. Nach der Dialyse wird die künstliche Niere abgebaut, gereinigt und für den nächsten Patienten vorbereitet, das Bett geputzt und neu bezogen. Die Schreibarbeiten wie Blutwerte eintragen, Kurven zeichnen, Formulare ausfüllen usw. und die Laborgänge müssen irgendwann dazwischen erledigt werden. Mittwochs arbeiteten die Kollegen durchschnittlich sechs Stunden. In dieser Zeit wurden die künstlichen Nieren gründlich geprüft, gereinigt, repariert und Vorbereitungen für den nächsten Tag getroffen.

Nach der neuen Regelung wird jetzt an sechs Tagen dialysiert. Dadurch ist es möglich, vier Dialysen durchschnittlich mehr durchzuführen. Der Tag, an dem die Funktionsfähigkeit der Maschinen geprüft wurde, fällt weg. Sie werden jetzt unmittelbar nach bzw. zwischen zwei Dialysen gesäubert.

Diese Neuregelung bedeutet also nichts anderes, als daß bei gleichbleibendem Personal (die Sitzwachen entfallen weitgehend; zwei Kollegen sind neu eingestellt worden) durch die Ausdehnung der Arbeitswoche auf Samstag mehr Arbeit aus der Belegschaft herausgeholt wird. Vier Dialysen zusätzlich bedeutet: Die Arbeit von 32 Stunden reine Dialyse plus Reinigung der Maschinen, Putzen und Beziehen der Betten muß mit gemacht werden.

Am 6. Mai erhielt eine Krankenschwester ihre Kündigung mit der Begründung „Störung des Betriebsfriedens" und „Funktionstüchtigkeit der Station beeinträchtigt". Wie kam es zur Entlassung?

Auf dieser Station wurden heftige Auseinandersetzungen um die Lohnkürzung bei den Sitzwachen und die Einführung der Sechstagewoche geführt. Die Stationsschwester vertrat: Um die Patientenversorgung während des Streiks nicht zu reduzieren, müßten wir durch eine neue Arbeitszeitregelung ohne die Sitzwachen die Arbeit schaffen. Nur vorübergehend, bis der Streik vorbei sei. Der Streik ist vorbei, die Sechstagewoche nicht. Das Personal wehrte sich sowohl gegen die Lohnkürzung bei den Sitzwachen und die Einführung der Sechstagewoche. Die Krankenschwester stellte klar, daß die Patientenversorgung nur vorgeschoben wird, damit der Dienstherr Lohnkosten sparen kann.

Die Stationsschwester („entweder Sie oder ich") beantragte zusammen mit drei Kollegen die Versetzung der Krankenschwester. Der Dienstherr griff diesen Wunsch sofort auf, beorderte die vier Unterzeichner des Briefes einzeln zur Verwaltung und ließ ein genaues Bespitzelungsprotokoll erstellen. Sie mußten die Fragen: Wie hat sich die Schwester zur Sechstagewoche, zum Streik verhalten? Hat sie das übrige Personal aufgehetzt? beantworten. Der Dienstherr sprach daraufhin die Kündigung aus.

Auf der Stationsversammlung am 10. Mai sprach sich die Belegschaft in einer Resolution (bei drei Gegenstimmen) gegen die Kündigung aus. Es wurde herausgearbeitet, daß mit dieser Kündigung der Dienstherr eine Disziplinierung und Einschüchterung verfolgt gegen die gesamte Belegschaft, wenn sie sich gegen Mehrarbeit und Arbeitshetze zur Wehr setzt.

Zwei Tage nach Verabschiedung der Resolution wurde die gekündigte Krankenschwester kurzerhand und ohne Begründung auf eine Außenstation der Medizinischen Klinik versetzt – bis zu ihrer Entlassung. Eine weitere Rebellion soll verhindert werden. So ist es zumindest der Wunsch der Oberschwester. Der ÖTV-Vertrauensleutekörper der Medizinischen Klinik hat sich in einem Flugblatt gegen die Entlassung ausgesprochen und den Kampf gegen Lohnabbau und Mehrarbeit unterstützt. – (Zelle Uniklinik Göttingen)

Berichtigung

In der KVZ Nr. 22 ist auf der Seite 7 ein Artikel zu der Demonstration in Düsseldorf abgedruckt unter der Überschrift: GEW-Demonstration. Diese Überschrift ist falsch. Die Demonstration wurde von der nordrhein-westfälischen Landeskonferenz der Referendare aller Schultypen organisiert und von der GEW unterstützt.

630 Millionen DM Gewinne 1975 bei der Bundespost

Post: Bis 1979 Abbau von 50 000 Arbeitsplätzen

Am 1. Juni hat die Deutsche Bundespost ihren Geschäftsbericht vorgelegt, wonach ein Gewinn von 630 Millionen DM erzielt wurde. Postminister Gscheidle erklärte, entscheidend seien die Rationalisierungen gewesen: *„Die Post habe schon 1974 ohne Personalvermehrung die Arbeitszeitverkürzung von 42 auf 40 Stunden verkraften können. Im letzten Jahr sei es mit neuen Personalbemessungsverfahren sogar möglich geworden, über 3 200 Arbeitskräfte einzusparen. In diesem Jahr will die Post weitere 10 000 Arbeitskräfte freisetzen. Insgesamt beschäftige die Post noch immer etwa 50 000 Arbeitnehmer zuviel."* (nach Frankfurter Allgemeine Zeitung)

An zwei Beispielen soll erläutert werden, wie die Postverwaltung die kapitalistische Rationalisierung, die Auspressung von immer mehr Arbeit aus weniger Beschäftigten erreichen will:

Freiburg. Die Päckchenstelle in Freiburg ist bislang die Zentralstelle für Orte im Umkreis von etwa 50 Kilometern. D.h. die Päckchen aus den einzelnen Postämtern wurden nach Freiburg angeliefert, dort sortiert, versackt und verladen. Diese Arbeit wird von rund 50 Beschäftigten im Schichtbetrieb gemacht, ein Teil sind Vollzeitarbeiter, ein Teil festbeschäftigte Teilzeitkräfte und schließlich Teilzeitkräfte mit befristeten Arbeitsverträgen. Geplant ist, diese Arbeit von Freiburg nach Karlsruhe zu verlagern. Diese Maßnahme wird schleichend vorbereitet und durchgeführt. Zunächst werden die Verträge der zeitweise beschäftigten Teilkräfte nicht verlängert und keine neuen mehr eingestellt.

Durch Zentralisierung bestimmter Funktionen, wie der Päckchenversackung, werden Arbeitskräfte abgebaut. Bei der Zentralisierung wird der Fluß der angelieferten Päckchen kontinuierlicher, weil aus mehr Städten angeliefert wird. Und damit wird der Arbeitsablauf kontinuierlicher und mehr Arbeit kann aus dem einzelnen Arbeiter geholt werden.

Das Hauptmittel der Rationalisierungen ist die Intensivierung der Arbeit. Das wird am Beispiel des Fernmeldebereichs deutlich. Im Baubezirk Freiburg sieht das so aus: Die Bauleistungen, das Verlegen von Kabeln und Anschlüssen hat zugenommen. (Im Geschäftsbericht wird für die ganze BRD eine Zunahme von 4,1 % angegeben, was größer ist als die Zunahme im Vorjahr.) Von der Oberpostdirektion sind nun „Kopfzahlen" für die Baubezirke in den einzelnen Städten festgelegt worden, in Freiburg von 189, mehr Fernmeldehandwerker dürfen nicht beschäftigt werden. Das sind die im Geschäftsbericht erwähnten „neuen Personalbemessungsverfahren". Das hat zur Folge, daß Lehrlinge, die ausgelernt haben, und zum Teil auch schon länger Beschäftigte versetzt werden in andere Bezirke oder als Briefträger arbeiten müssen. Jetzt ist ein Einstellungsverbot von Studenten ausgesprochen und stattdessen nehmen wegrationalisierte Fernmelder die Urlaubsvertretung für die Briefträger wahr. Außerdem werden nahezu keine neuen Lehrlinge mehr ausgebildet. Waren es in Freiburg von vier Jahren noch etwa 100 Lehrlinge, die eingestellt wurden, so sind es heute noch 32, wobei 16 von ihnen von vornherein erklärt wurde, daß sie nach der Lehre nicht eingestellt werden. Für die pensionierten Kollegen rückt also kein Ersatz nach. Im Geschäftsbericht heißt das: *„Bis 1979 soll der Personalüberhang* (von 50 000!) *vornehmlich über den natürlichen Abbau* (Pensionierungen) *bewältigt werden."* Eine schöne Bewältigung ist das. Heißt es doch eine enorme Steigerung des Arbeitstempos für die Fernmeldehandwerker. – (Postzelle Freiburg)

Ausbildung bei Daimler-Benz

Die Kapitalisten betreiben die Dequalifizierung der Arbeitskraft

Mannheim. Als im Dezember 1972 der Stufenplan für die Ausbildung von Elektrikern per Ausbildungsverordnung verabschiedet wurde, ging es den Kapitalisten um den ersten Versuch, in einem Berufsbereich nur noch eine kleine Schicht qualifizierter Facharbeiter auszubilden, die meisten Lehrlinge aber zu einer Art qualifizierter Hilfsarbeiter in nur noch 2 Jahren Ausbildungszeit heranzuzüchten.

In allen anderen Metallberufen sollte die Stufenausbildung folgen.

Aufgrund der ständig fortschreitenden Automation des Produktionsprozesses haben die Kapitalisten einen viel geringeren Bedarf an voll ausgebildeten Drehern, Werkzeugmachern, Maschinenschlossern usw.

Dagegen brauchen die Kapitalisten die Masse der Arbeiter als Bedienungsleute von Transferstraßen und Maschinen aller Art mit vollautomatischem oder halbautomatischem Arbeitsablauf (z.B. Drehautomaten). So z.B. in der V-Motoren-Produktion (Bau 111), mit der erst seit etwa 1970 bei Daimler-Benz Mannheim begonnen wurde und in der die modernsten Transferstraßen und Maschinen verwendet werden.

Auch gerade im letzten Jahr, als es die Investitionszulage der Bundesregierung gab, haben sich die Benz-Kapitalisten neue Transferstraßen, Dreh- und Schleifautomaten für die Reihenmotorenproduktion angeschafft. Die Tätigkeiten eines Bedienungsmannes an solch einem Arbeitsplatz beschränken sich meist auf Material einzulegen, den Ablauf der Maschine auf Störungen hin zu überwachen und am Ende die fertigen Maße zu kontrollieren. Zu dieser Arbeit sind gewisse Grundkenntnisse nötig, aber keine Ausbildung von 3 Jahren.

Dagegen steigen mit zunehmender Kompliziertheit der Maschinen die Anforderungen an die Arbeiter, die zur Reparatur-Wartung gebraucht werden. Sie bilden die kleine Schicht hochqualifizierter Facharbeiter.

Die Absichten der Kapitalisten mit der Stufenausbildung wurden aber von der Arbeiterjugend erkannt und es gab eine breite Bewegung gegen die Stufenausbildung. So wollten die Benz-Kapitalisten anfangs nur die Lehrlinge in die 2. Stufe übernehmen, die die Prüfung nach der 1. Stufe mit mindestens 2,4 bestehen. Aber dadurch, daß diese Absichten der Kapitalisten auf Jugendversammlungen immer wieder aufgedeckt wurden, mußten sich die Benz-Kapitalisten auf eine Betriebsvereinbarung einlassen, in der festgelegt war, daß jeder mit bestandener Prüfung in die 2. Stufe übernommen wird. Damit war das Aussiebeverfahren für die Benz-Kapitalisten wenigstens eingeschränkt.

Die Benz-Kapitalisten griffen zu einem anderen Mittel: Lehrlinge wurden nicht in ihrem erlernten Beruf in ein Arbeitsverhältnis genommen, sondern an irgendeiner Abteilung als Maschinenarbeiter. Dazu kam 1975 ein Beschluß des Benz-Vorstandes, im „indirekten Bereich" (Angestellte, Maschinenreparatur, Werkzeugbau, Dreherei usw.) 5 % der Belegschaft abzubauen. Anfangs richtete sich der Kampf der Jugendlichen noch auf Übernahme ins Arbeitsverhältnis im erlernten Beruf. Später, als von Änderungskündigungen und Entlassungen die Rede war (seit September 1975), ging es nur noch um die Übernahme überhaupt. So werden im Werk Mannheim jetzt in den nächsten Wochen von 58 übernommenen Kollegen (6 werden nicht übernommen) ganze 2 einen Arbeitsplatz in ihrem Beruf erhalten!

Im größten Werk von Daimler-Benz in Sindelfingen müssen alle 110 Auslernenden in den Akkord.

Aber die Kapitalisten wollen natürlich weiterhin die Kosten für Ausbildung senken, d.h. die Ausbildungszeit verkürzen, vor allen Dingen aber wollen sie ein Ausbildungssystem, in dem höherer Leistungsdruck und verschärfte Konkurrenz der Lehrlinge untereinander entwickelt werden kann – wie beim Stufenplan.

Ein Dr. Gehr von Gesamtmetall hat kürzlich geäußert, daß man kein Interesse am Stufenplan mehr habe, wenn nicht gewisse Auswahlmöglichkeiten nach der 1. Stufe bestehen.

Unter diesem Licht muß man die Modellversuche der Kapitalisten mit dem sogenannten Berufsgrundbildungsjahr sehen. Führend ist da das Daimler-Benz-Modell in Gaggenau. Auch im Mannheimer Werk wird der Versuch seit 3 Jahren durchgeführt.

Bei der Einführung noch als „Berufsfindungsjahr" verkauft, nachdem sich der Lehrling entscheiden könne, welcher Beruf ihm am besten gefällt, muß man heute feststellen, daß das tatsächlich nie praktiziert wurde.

Vielmehr kann man feststellen, daß das Berufsgrundbildungsjahr eine allgemeine Grundausbildung beinhaltet, die unter einem solchen Zeitdruck vermittelt wird, daß ein ungeheurer Leistungsdruckabfall bei den Lehrlingen festzustellen ist. Neben Modellversuchen wie bei Daimler-Benz in Gaggenau und Mannheim gibt es auch einen Vorschlag der Bund-Länder-Kommission.

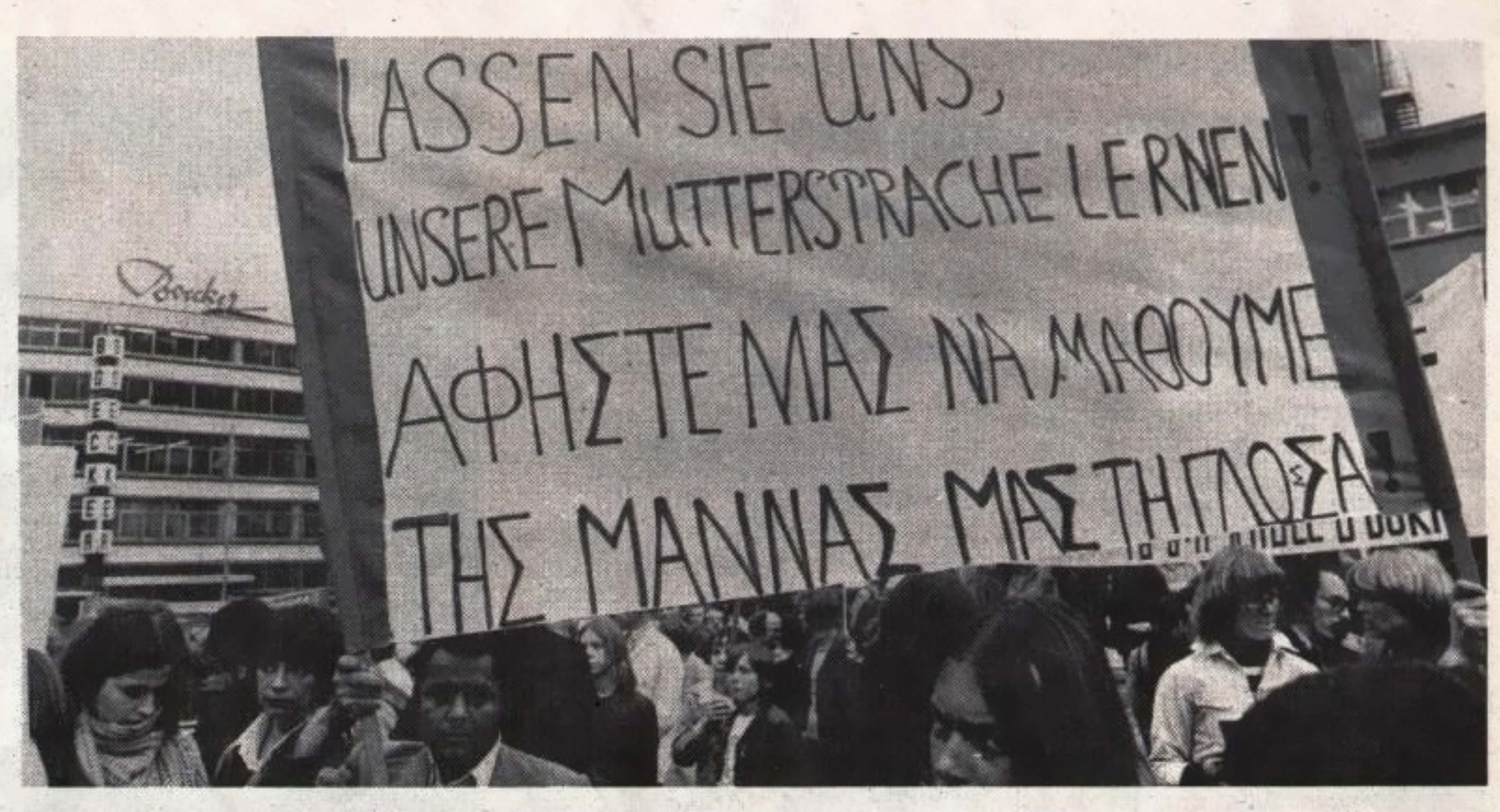
Dieser Vorschlag läuft direkt auf eine Verkürzung der Ausbildungszeit auf 2 Jahre und auf die Schaffung neuer „Berufe" hinaus. Z.B. Abschluß einer „Lehre" nach 2 Jahren in einem Beruf, der „werkzeugmaschinenorientiert" ist.

Das bedeutet, die Kapitalisten planen an Modellen, wodurch sie den auf den Widerstand der Jugendlichen gestoßenen Stufenplan umgehen wollen, indem einfach neue „Berufe" geschaffen werden sollen. – (i., Daimler-Benz Zelle Mannheim)

Benzkapitalisten wenden das neue Jugendarbeitsschutzgesetz an

Die Daimler-Benz Geschäftsführung hat beim Gewerbeaufsichtsamt beantragt, daß die Jugendlichen, die in den kommenden Wochen auslernen, Akkord und Schicht arbeiten „dürfen". Die Schichtarbeit beginnt 5.45 Uhr, die Mittelschicht geht bis abends 23 Uhr. Das Gewerbeaufsichtsamt hat den Antrag genehmigt. Möglich wurde diese Freigabe der Jugendlichen für die Profitgier des Kapitals durch § 23 des neuen Jugendarbeitsschutzgesetzes. Dort ist u.a. zu lesen, daß Jugendliche Akkord arbeiten dürfen, „soweit dies zur Erreichung ihres Ausbildungszieles erforderlich ist oder wenn sie eine Berufsausbildung für diese Beschäftigung abgeschlossen haben und ihr Schutz durch die Aufsicht eines Fachkundigen gewährleistet ist".

Der sozialdemokratische Betriebsrat und Vorsitzende der Jugendkommission, Karl Feuerstein, jüngst zum neuen Kreisvorsitzenden innerhalb der SPD aufgestiegen, meinte dazu, die Akkordarbeit für Jugendliche sei ein Fortschritt im Interesse der Jugendlichen, „weil viele sonst nicht nach ihrer Lehre oder Stufenausbildung übernommen würden".



Griechische Eltern aller Düsseldorfer Schulen und aus ganz Nordrhein-Westfalen kämpfen seit mehr als zwei Jahren für das Recht auf Ausbildung ihrer Kinder und für das Recht auf Unterrichtung ihrer Kinder in ihrer Heimatsprache. Sie wehren sich gegen eine Situation, die dazu führt, daß ihre Kinder gegenwärtig weder die deutsche noch die griechische Sprache beherrschen lernen können. An der GEW-Demonstration am 12. Mai (unser Bild) in Essen nahmen etwa 30 griechische Eltern aus Düsseldorf teil. Am letzten Mai-Wochenende führten Vertreter des Koordinierungsausschusses der griechischen Eltern in Nordrhein-Westfalen einen vierundzwanzigstündigen Hungerstreik im Gebäude der evangelischen Studentengemeinde in Bonn durch, um auf die unerträgliche Situation der griechischen Kinder aufmerksam zu machen. (Ein großer Teil muß nach einigen Jahren die BRD wieder verlassen, weil dann die Aufenthaltsgenehmigun nicht verlängert wird.) Für den 13. Juni wird eine zentrale Demonstration in Düsseldorf vorbereitet.

Jugendliche setzen sich gegen die staatliche Zwangserziehung zur Wehr

Revolte im Erziehungsheim

Frankfurt. In dem Erziehungsheim des Jugendsozialwerks in Frankfurt an der Zingelswiese haben sich die Jugendlichen gegen die Machenschaften der Heimleitung aufgelehnt, den Heimleiter zum Reißaus gebracht und gemeinsam mit sieben Sozialarbeitern, die auf ihrer Seite stehen, das Haus übernommen.

Zu der „Revolte im Erziehungsheim", wie es die Jugendlichen in ihrem Flugblatt überschrieben, kam es, nachdem die Heimleitung den Sozialarbeiter Jürgen Barth gekündigt hatte. Daß Jürgen Barth und eine Reihe von Sozialarbeitern im Haus nicht bereit waren, die Jugendlichen wie Polizisten zu bewachen und zu schikanieren, sondern versucht hatten, ihnen zu helfen, ihre miserable Lage zu verbessern, Schulabschlüsse nachzumachen, von Drogen loszukommen, ihre Arbeitskraft zu qualifizieren usw., darin sah die Heimleitung offenbar eine Gefahr für das „Erziehungsziel" der staatlichen Zwangserziehung. Heimleiter Polzer, Juso-Vorstandsmitglied mit kommunalpolitischen Ambitionen, drohte den Jugendlichen mit Rausschmissen und verkehrte mit den meisten Sozialarbeitern schließlich per schriftlicher Dienstanweisung.

Als die Kündigung bekannt wurde, machten die Jugendlichen eine Puppe, die den Heimleiter darstellen sollte, und zündeten sie an. Sie forderten die Absetzung des Heimleiters und eine kooperative Leitung des Heims durch die Jugendlichen und die Sozialarbeiter sowie die sofortige Wiedereinstellung von Jürgen Barth. Polzer und drei seiner Getreuen nahmen, als sie zur Rede gestellt wurden, sofort Reißaus. Auch der mit einem massiven Polizeiaufgebot anrückende Jugendamtsleiter Faller konnte die Jugendlichen nicht einschüchtern. Die Jugendlichen erklärten den Polizisten ihre Lage im Heim und daß sie von sich aus keine Gewalt anwenden würden. Die Polizei zog ab. sieben Sozialarbeiter blieben und führen seitdem das Haus zusammen mit den Jugendlichen weiter.

Mit Flugblättern und Informationsfesten berichteten die Jugendlichen über ihre Situation und ihre Forderungen. Der Kampf der Jugendlichen fand sofort große Unterstützung in anderen Heimen, unter Studenten und Schülern.

Die Pläne der Gegenseite wurden bekannt, als den Jugendlichen ein Papier von Polzer in die Hände fiel, in dem er eine minutiöse Strategie zur „Liquidierung" des Unruheherdes Zingelswiese entwickelt hatte. Hier Auszüge:

„Wiedereinstellung von Barth ist momentan unumgänglich, will man nicht mit stärkerem Polizeieinsatz arbeiten.
– Sozialstationen und Jugendämter weisen ab sofort keine Jugendlichen mehr in die Zingelswiese ein – ist bereits veranlaßt.
– Die Reinigung des Hauses wird ab sofort den Jugendlichen übertragen.
– Die Küche wird den Jugendlichen überlassen.
– Mitarbeiter werden auf ihre Verpflichtungen bezüglich Jugendschutzgesetz. Heimrichtlinien etc. aufmerksam gemacht.
– Tendenzielle Auflösung bzw. Übergabe der Wohnungen an die Jugendlichen.
– Herausnahme gefährdeter Jugendlicher durch die Jugendämter und Verlegung in entlegene Heime.
– Totale Investitionssperre, nur notwendigste Reparaturen werden durchgeführt."

Es folgen die Namen von drei Mitarbeitern. deren Verträge „mittelfristig" aufgelöst werden sollen.

Die sieben im Haus verbliebenen Sozialarbeiter wurden zur Geschäftsführung zitiert und bekamen eine Erklärung vorgelegt, in der sie sich zur vertrauensvollen Zusammenarbeit mit Polzer und zur Ablehnung kooperativer Leitung des Heimes verpflichten sollten. Das lehnen diese ab, erklärten sich jedoch zur Weiterarbeit bereit. Wie der Plan von Polzer zeigt, setzt das Jugendamt darauf, daß das Jugendheim Zingelswiese mitsamt seiner kooperativen Leitung im Chaos versinkt und sich aufreibt.

Diese Rechnung ist nicht aufgegangen. In der letzten Woche hat Polzer ein Versetzungsgesuch eingereicht. Der Sozialarbeiter Barth ist wieder eingestellt worden.
(Nach Ortsbeilage Frankfurt)

Schleswig-Holstein Landesweite Demonstration für das Recht der Jugend auf Ausbildung

Kiel. „Gegen die Bildungspolitik von Bundes- und Landesregierung! Für das Recht der Jugend auf Ausbildung!" Unter diesen zentralen Losungen demonstrierten am Sonnabend, dem 29.5., ca. 800 Menschen in Kiel. Sie folgten dem Aufruf von über 50 Vertretungskörperschaften, gewerkschaftlichen und anderen Gremien von Schülern, Lehrern und Studenten. Mit Bussen kamen Teilnehmer aus verschiedenen Städten in allen Teilen des Landes, wo vor allem von Schülervertretungen, Arbeitskreis junger Lehrer und Erzieher, in Jugendzentren und von den Ortsgruppen und Sympathisantengruppen des KBW mobilisiert worden war.

Verschiedene Versuche waren unternommen worden, die Mobilisierung zu der Demonstration zu behindern. So hatte die Landesregierung durch die Verbindungslehrer, die nach dem Schülervertretungserlaß die Post der Schülervertretungen kontrollieren, in vielen Fällen den Briefwechsel des Stabes zur Organisierung der Demonstration an die Schülervertretungen im Land abfangen lassen.

Die Sozialdemokraten waren fast überall, vor allem in den Gewerkschaften und an den Hochschulen, gegen die Demonstration aufgetreten. In mehreren Fällen wurde Gewerkschaftsgruppen von den übergeordneten Vorständen untersagt, weiterhin zu der Demonstration aufzurufen. Trotz dieser Versuche schloß sich eine Reihe gewerkschaftlicher Gremien dem Aufruf zur Demonstration an, u.a. die Jahreshauptversammlung der GEW, Kreis Kiel.

Im Anschluß an die Abschlußkundgebung der Demonstration fand eine Veranstaltung statt, um über die bisherigen Erfahrungen und die weiteren Kampfschritte zu diskutieren. Festgelegt wurde am Schluß der Veranstaltung, daß die an der Demonstration beteiligten Organe in ca. zwei Wochen eine erneute Beratungskonferenz durchführen sollen, um nächste Schritte zu beschließen und vorzubereiten. – (s.o., Kiel)

Bremen: Jugendzentrum Mainstraße – Spaltungsmanöver verfingen nicht – 500 demonstrieren für die Forderung nach Selbstverwaltung

Bremen. Wie wir in der letzten Nummer der KVZ berichteten, haben in dem Stadtteil Neustadt türkische, deutsche und Zigeunerjugendliche gemeinsam ein altes Schulgebäude als selbstverwaltetes Jugendzentrum besetzt. Die Besetzung hält, wie der „Weser Kurier" schrieb, „die verantwortlichen Stellen in Atem". Die SPD hat versucht, auf einer Sitzung des Stadtteilbeirats gegen die Besetzung zu mobilisieren. Das hat nichts eingebracht, weil außer einigen ihrer Parteigänger nur die Jugendlichen aus dem Haus gekommen sind. Dann hat sie mit einem Flugblatt ein Spaltungsmanöver versucht. Die Jugendlichen sollten in dem Haus „weitgehend selbstbestimmen". „Ein nur von Jugendlichen verwaltetes Jugendfreizeitheim lehnen wir ab." Die DKP ist direkt für Abbruch der Besetzung aufgetreten und ist damit sowohl auf der Universitätsvollversammlung als auch in der Neustadt abgeschifft. Die Jugendlichen haben, um ihre Forderungen zu bekräftigen, am Freitag eine kurzfristig angekündigte Demonstration durchgeführt, an der 500 teilgenommen haben. Inzwischen haben sich auch 5 Jugendvertrauensleute der Klöcknerhütte, die Vollversammlung der Krankenschwesternschülerinnen im Zentralkrankenhaus und die Ausbildungspersonalräte zwei er Krankenhäuser mit den Neustädter Jugendlichen solidarisiert. Ebenso mehrere Versammlungen an den Hochschulen.

12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Tagen!

Emmendingen. Wie von verschiedenen Seiten berichtet wurde, soll das baden-württembergische Kultusministerium das Oberschulamt angewiesen haben, an den Berufsschulen die Unterrichtszeit durch Pausenkürzungen unter 5 Stunden zu drücken, sodaß die Lehrlinge laut neuem Jugendarbeitsschutzgesetz anschließend wieder in den Betrieb müssen. Ein Erlaß in diese Richtung soll in Vorbereitung sein, der nach den Ferien in Kraft treten soll. Gleichzeitig werden die Lehrlinge von den Kapitalisten unter Druck gesetzt. Bei Klöckner in Malterdingen wurde gedroht, den innerbetrieblichen Unterricht wegfallen zu lassen, wenn die Lehrlinge nicht mehr nach dem Unterricht in den Betrieb kämen. Außerdem dürften sie ihr Berichtsheft nicht mehr im Betrieb führen. In einem Handwerksbetrieb wurde den Lehrlingen eine Verlängerung der Ausbildung um ein halbes Jahr angedroht.

Bei Klöckner sind die Lehrlinge trotz der Drohungen nach Hause gegangen und haben sich zeitweilig geweigert, die Schulkarten abzugeben, auf denen sie auf die Minute die Schulzeit bescheinigt kriegen. Die Schülervertretung der Emmendinger Berufsschule will in dieser Woche weitere Schritte beraten.

Gegen das reaktionäre Schulgesetz und den Maulkorberlaß

Freiburg. Jugendvertreter bei Herder und bei Reimann, Mitglieder der Zentrale der Landesfachschulkonferenz, Schulsprecher der Freiburger Gewerbeschulen und von zwei Gymnasien haben in einer gemeinsamen Erklärung zu einer Aktionseinheit aufgerufen unter den Forderungen: Weg mit den reaktionären Schulgesetzen! Weg mit dem Maulkorberlaß für Schülervertreter! Satzungs- und Finanzhoheit der Schülervertretung! Freie politische Betätigung an den Schulen! Rücknahme des Rausschmisses von Andreas Bimmler!

Zu einem Artikel der „Metall“ zum § 218

Die „Kompromißreform“ muß ersatzlos gestrichen werden!

Nachdem der neue Paragraf 218 vom Bundestag verabschiedet worden ist, hat die „Metall“, Zeitung der IG Metall, zu dem neuen Gesetz Stellung bezogen:

„Die Meinung der IG Metall ist klar: Wir halten die Strafrechtsreform zum § 218 für einen Fortschritt gegenüber dem alten Klassengesetz, das arbeitende Frauen besonders getroffen hat. Die Änderung kann aber nur eine Übergangslösung sein. Ziel gewerkschaftlicher Politik bleibt, die Fristenregelung durchzusetzen. Das hat der letzte DGB-Bundeskongreß wieder bekräftigt, das fordern auch die IGM Frauen erneut auf ihrer Konferenz am 10. und 11. Juni.“

In den Augen der IGM-Führung ist der neue § 218 also eine „Kompromißreform“. Worin dieser Kompromiß besteht und welche Möglichkeiten sich daraus ergeben sollen, versucht die „Metall“ dann auf einer ganzen Seite aufzuzeigen. Bei dieser „Analyse“ ist herausragend, daß der Gesetzestext durch die Verfasserin (Ursel Wille, Redakteurin der Metall) verschwiegen wird. Stattdessen findet man dann solche Verdrehungen wie:

„Was bedeuten diese Maßnahmen konkret für versicherte Frauen und Männer? Rat und Hilfe bei Familienplanung auf Krankenschein. Nämlich kostenlose ärztliche Beratung über Empfängnisregelung einschließlich Untersuchung und Verordnung von Mitteln (d.h. ohne Rezeptgebühr), außerdem kostenlos legale Sterilisation und legalen Schwangerschaftsabbruch einschließlich Beratung. Untersuchung, Behandlung, Medikamente und Pflege im Krankenhaus, sowie das Krankengeld bei Arbeitsunfähigkeit, die Lohnfortzahlung ist dabei gewährleistet.“

Gegenüber diesen Verdrehungen spricht der Gesetzestext denn auch eine ganz andere Sprache:

§ 218 Abbruch der Schwangerschaft
(1) Wer eine Schwangerschaft abbricht wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
(2) In besonders schweren Fällen ist die Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis fünf Jahren …
(3) Begeht die Schwangere die Tat, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe.

Diese „Kompromißreform“ hält also nach wie vor an der Strafbarkeit der Abtreibung fest. Und die folgenden Änderungen, die sich die Sozialdemokraten in Regierung und Gewerkschaft so hoch anrechnen, sind nichts weiter als Fußangeln, um das Abtreibungsverbot effektiver durchsetzen zu können.

Durch die sogenannte Straffreiheit der Frau wird erreicht, daß sie vor Gericht kein Aussageverweigerungsrecht mehr hat und damit jeder Arzt, der einen Abbruch durchführt, ohne dafür den „Segen“ einer Indikation erhalten zu haben, leicht verurteilt werden kann. Die Straffreiheit gilt nur dann, wenn sie sich hat vorher beraten lassen und damit den Behörden namentlich bekannt ist.

Man sieht schon, von welchem Kaliber dieser „Kompromiß“ ist und welche Möglichkeiten er eröffnet. Es ist ein reaktionäres Gesetzeswerk, das dem Staat die Möglichkeit zur Schikanierung, Bespitzelung und Unterdrükkung in die Hand gibt.

Die „Metall“ nennt dies alles Hilfen für die Schwangere. Nur so kann dieses reaktionäre Machwerk, wie man in Kreisen der „Metall“-Redakteure sagt, „verkauft“ werden:

„Die schwangere Frau muß sich beraten lassen,“ fährt U. Witte fort. „Die schwangere Frau muß sich beraten lassen. Und zwar über die zur Verfügung stehenden öffentlichen und privaten Hilfen für Schwangere, Mütter und Kinder (was in Konfliktfällen und für jede Frau, die ihr Kind zur Welt bringen will und kann, wertvolle, praktische Unterstützung sein soll), außerdem von einem Arzt über die „ärztlich bedeutsamen Gesichtspunkte“, d.h. über Auswirkungen, Methode und Nachbehandlung bei Schwangerschaftsabbruch – zwischen Beratung und Eingriff müssen, außer in zwingenden Fällen, drei Tage liegen –. Und den Eingriff muß ein anderer Arzt vornehmen als derjenige, der berät und/oder die Indikationen – schriftlich – feststellt.“

Für die Volksmassen birgt dieser Paragraf die Möglichkeit, sich Klarheit darüber zu verschaffen, wer ihr Freund und wer ihr Feind ist.

Wer bei diesem Gesetz von einer Kompromißreform spricht, kann mit dem hunderttausendfach geforderten Recht auf Abtreibung nichts gemein haben und will die Volksmassen über den wahren Charakter des neuen Paragrafen 218 hinwegtäuschen.

Dies wird natürlich ein schwieriges Geschäft werden, denn bereits heute, wo der neue Paragraf 218 noch nicht in Kraft ist, ist vielen klar, daß er durch und durch reaktionär ist.

Das hat sich z.B. in Beschlüssen verschiedener Gewerkschaftsebenen ausgedrückt. So der IGM-Delegiertenversammlung Köln und Darmstadt, der Bezirksdelegiertenkonferenz Nordrhein der IG Chemie und viele andere mehr.

Da die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ahnen, daß ihr Schwindel schnell auffliegen wird, haben sie sich eine Eselsbrücke gebaut. „Die Änderung kann aber nur eine Übergangslösung sein. Ziel gewerkschaftlicher Politik bleibt, die Fristenregelung durchzusetzen.“ Jedoch was bedeutet diese Fristenregelung? Wir haben gesehen, daß die Sozialdemokraten, wenn sie diesen neuen § 218 verteidigen, die Bespitzelung und Schikane der Volksmassen durch den bürgerlichen Staat verteidigen. Kann man von solchen Leuten nun anderes bei ihrem „Ziel gewerkschaftlicher Politik“ erwarten? Nein! Die Fristenregelung geht auch davon aus, daß Schwangerschaftsabbrüche generell verboten und unterbunden werden müssen.

Auch die Fristenregelung sah ein enges Netz der Sicherung durch Sozialpolizisten, Polizisten im Ärztekittel als Zwangsberater vor.

In ihrem Artikel hebt U. Witte darauf ab, daß alles von der Kasse bezahlt werden muß: „Kostenlose legale Sterilisation und legalen Schwangerschaftsabbruch.“ Großartig, was nützt es, wenn der Schwangerschaftsabbruch verboten ist, dann nützt der Krankenschein nichts. Deshalb bleibt nach wie vor die Forderung:

Weg mit dem § 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts! Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218! – (KHD-Zelle Köln)

Urteile im „Pro-Familia-Prozeß“

Ein Urteil nach Anweisung des BVG

Augsburg. Am Donnerstag, dem 3.6.76, wurden im sogenannten „Pro Familia“-Prozeß die Urteile verkündet: Die ehemalige Leiterin der „Pro Familia“ Beratungsstelle wurde zu 20 Tagessätzen à 30 DM und der Freund des Mädchens, das abgetrieben hatte, zu 10 Tagessätzen à 30 DM wegen Beihilfe zum versuchten Schwangerschaftsabbruch verurteilt.

Das Mädchen wurde freigesprochen, da nach ihrer Aussage die Leibesfrucht beim Abbruch bereits abgestorben gewesen sei. Versuchter Schwangerschaftsabbruch sei nicht strafbar.

Was war passiert? Das Mädchen hatte Ende 1974 in einer holländischen Klinik abgetrieben. Die Adresse dieser Klinik hatte ihr die Leiterin der „Pro Familia“-Beratungsstelle aus der Zeitschrift „Stern“ gegeben.

Der Fall wurde von einem Skandalblättchen aufgegriffen und die Staatsanwaltschaft erhob auf Hinweis durch den Augsburger Katholikenrat Anklage. Die erste Hauptverhandlung wurde ausgesetzt, um die holländischen Ärzte zu befragen, ob der Embryo zum Zeitpunkt der Abtreibung bereits tot gewesen sei. Dies wurde vor kurzem auf Betreiben der Staatsanwaltschaft durch das Landgericht untersagt, da, wie es in der Begründung heißt, ein holländischer Arzt, der bei deutschen Frauen Abtreibungen gemacht habe, befürchten müsse, vor einem deutschen Gericht angeklagt zu werden.

So wurde eine neue Hauptverhandlung angesetzt. Bei dem kurzfristig angesetzten Termin waren 30 Zuschauer erschienen. Schon vor Beginn des Prozesses hielt ein Mitglied des Komitees gegen den § 218 im Gerichtsaal eine Rede: Er stellte heraus, daß es die Verhältnisse sind, die zur Abtreibung zwingen und Prozesse aufgrund des § 218 grundsätzlich nicht stattfinden dürfen. Dies löste unter den Zuschauern und Rechtsanwälten heftige Debatten aus. Der Richter versuchte die Situation nur dadurch in den Griff bekommen, daß er dem Redner nach Feststellung der Personalien eine Anzeige wegen Landfriedensbruch androhte. Trotzdem gelang es ihm im weiteren Prozeßverlauf nicht, Zwischenrufe und Mißfallensäußerungen der Zuschauer zu unterbinden.

Der Antrag des Verteidigers der Psychologin, die Verhandlung bis nach dem Inkrafttreten des neuen § 218 auszusetzen, wurde vom Richter mit der Begründung abgelehnt, das **neue Gesetz** stelle **keine Milderung** für die Angeklagten dar. Des weiteren wurde ein Antrag auf Befangenheit des Richters abgewiesen, der u.a. gestellt worden war, weil sich bei den Akten bereits ein vorgefertigtes Urteil befunden hatte, bei dem nur noch das Strafmaß fehlte.

Im folgenden Verhör kam deutlich zum Ausdruck, daß es die Verhältnisse sind, die zur Abtreibung zwingen: Hätte das Mädchen – vor 4 Jahren aus Polen ausgesiedelt – das Kind ausgetragen, hätte es die Lehre, die kurz vor dem Abschluß stand, abbrechen müssen. Ihr Freund stand ebenfalls noch in Ausbildung. Das Mädchen sagte: „Meine Mutter arbeitet, mein Vater auch, ich habe noch 3 Geschwister; daß die das Kind nehmen, geht nicht. Ich bin jetzt immer noch überzeugt, daß die Sache legal ist, denn es war ein Notfall. Ich hatte keine andere Möglichkeit.“

Der Staatsanwalt – wie schon in der ersten Verhandlung – betonte: er sehe keine Notlage, es sei für jedes Mädchen tragisch, ein Kind zu bekommen. Dies sei die Normalsituation und damit laut Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht als Indikation zu bewerten. Zudem bedauerte er tief, daß die Sache, wie er es nannte, so aufgebauscht worden war.

Bei der Urteilsverkündung berief sich der Richter auf das Bundesverfassungsgericht: Zwar handele es sich hier um eine Notlage, aber diese Notlage sei doch nicht mit der Schwere der übrigen Indikationen (z.B. Lebensgefahr für die Mutter) vergleichbar und könne deshalb nicht anerkannt werden. Von einem schwerwiegenden Notfall könne nur gesprochen werden, wenn der gesamte weitere Lebensweg der Beklagten „vollständig gefährdet gewesen wäre“. Das Urteil zeigt, wie der § 218 in Zukunft angewendet werden soll.

Wie der Richter sagte: „Das Verschulden ist nicht hoch, aber eine gewisse Schuld muß festgestellt werden.“ Jetzt im Wahlkampf wird auf ein hartes Strafmaß noch verzichtet. Aber es wird ein unmißverständliches Zeichen gesetzt für die „Beihelfer“, besonders für die Beratungsstellen: Die Justiz will nichts durchgehen lassen, sie will für Anwendung des § 218 mit voller Schärfe sorgen! – (f., Augsburg)

„Ausführungsbestimmungen“ zum § 218:

Meldepflicht bei Beratungsstellen

Am 21. Juni 1976 tritt der neue Paragraf 218 in Kraft. Die Ausführungsbestimmungen sind den Ländern vorbehalten. Das bayrische Sozialministerium hat bereits einen Vorentwurf für ein „Gesetz über die Beratung werdender Mütter“ erarbeitet. Darin ist unter anderem die Einführung einer Meldepflicht über **jede** Schwangerenberatung vorgesehen, wobei dem zuständigen Gesundheitsamt Name, Alter und Anschrift der Ratsuchenden gemeldet werden muß. Man erinnert sich gleich an die Massenverhöre und Massenverhaftungen, die der bayrische Staat in den frühen fünfziger Jahren mittels des § 218 gestartet hatte. Damals bediente sich die Kriminalpolizei der Listen über Früh- und Fehlgeburten bei den staatlichen Gesundheitsämtern, verschaffte sich anhand der Ärztekarteien die Anschriften der Frauen und schleppte

Als der Vorentwurf bekannt wurde, versuchte das Ministerium den Vorentwurf als „Arbeitspapier“ herunterzuspielen, es stellte sich aber heraus, daß das Papier schon mit den Kirchen, Wohlfahrts- und Ärzteorganisationen abgesprochen war.

Die Staatsregierung hat nämlich vor, wie der Staatssekretär Vorndrann äußerte, „die Beratung so weit wie möglich von den freien Trägern durchführen zu lassen“. Die Bevorzugung kirchlicher Stellen werde das „Anerkennungsverfahren“ beschleunigen. Das Zusammenspiel von Kirche und bürgerlichem Staat wird gewiß „effektiv“ sein, wo doch erst jüngst der Kardinal Döpfner verlauten ließ, die Kirche werde jede Abtreibung als „verabscheuenswürdiges Verbrechen“ mit schwersten Kirchenstrafen ahnden. (Nach Korrespondenzen aus Nürnberg und Augsburg)

Der Gefängnisdirektor von Butzbach wurde erschossen

Ein Vollstrecker des „modernen Strafvollzugs“

Butzbach. Am letzten Mittwoch ist der Gefängnisdirektor von Butzbach Künkeler von dem zu lebenslänglicher Haftstrafe und zu Sicherheitsverwahrung verurteilten Günther Hanisch mit einer selbstgefertigten Waffe erschossen worden.

Zwei Tage später schoß sich der Oberaufseher des Gefängnisses Hermann König eine Kugel durch den Kopf und verletzte sich lebensgefährlich. Es wird vermutet, König habe befürchtet, daß der Häftling Hanisch vor dem eingesetzten Untersuchungsausschuß über Vorkommnisse in der Justizvollzugsanstalt Butzbach spricht und dies in die Öffentlichkeit dringt. Daß ihm dabei die Rückendeckung Künkelers fehle.

Der justizpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Edwin Zerbe, erklärte nach einem Bericht in der „Frankfurter Rundschau“ vom 3.6., der Tod des Gefängnisdirektors Künkeler sei „um so tragischer, als er einen engagierten und erfolgreichen Vertreter eines modernen Strafvollzugs getroffen habe“.

Wie die Methoden dieses „modernen Strafvollzugs“ ausgesehen haben, darüber ist in den letzten Jahren einiges über die Gefängnismauern hinausgedrungen. Im November 1974 trat der Gefangene Jürgen Klaus in einen Hungerstreik, um gegen seine Isolation und die der anderen politischen Gefangenen in der BRD zu protestieren.

Zur Durchführung der totalen Isolierung waren in Butzbach für viel Geld besondere Zellen eingerichtet worden: 2 m lang, 1,50 m breit, 2 m hoch, mit schalldichten Doppeltüren.

Am 5. Januar 1975 starb der Häftling Alfred Brunkhardt im Kasseler Stadtkrankenhaus an akutem Leberversagen. Der Gefängnisarzt Dr. Maykemper hatte den Häftling seit dem 27.12. mit Grippetabletten behandelt. Als Brunkhardt am 4.1. bewußtlos in der Zelle lag, ließ Maykemper ihn auf einer Matraze in einem vergitterten VW-Bus in das Haftkrankenhaus nach Kassel transportieren anstatt in die nächstgelegene Klinik. Erst im Mai leitet die Gießener Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen Verdacht der fahrlässigen Tötung ein, nachdem die Gießener Justizvollzugsanstalt und das Landgericht mit Parolen beschriftet worden war, in denen Maykemper als Mörder bezeichnet wurde (Frankfurter Rundschau vom 16.5.)

Am 25.4.75 starb in Bad Homburg Hans Lendle an Darmkrebs. Lendle, dessen schlechter Gesundheitszustand seit Januar 74 dem Dr. Maykemper bekannt war – er behandelte ihn mit Kohletabletten – wurde am 7.11.74 von einem Vertretungsarzt in die Gießener Universitätsklinik eingeliefert. Der Arzt der Klinik spricht sich für die sofortige Haftunterbrechung aus. Maykemper befürwortet jetzt auch die Haftunterbrechung, die aber erst am 24.12. durchgeführt wird.

Schon im August 1973 war der Gefangene Laubinger, wie er im Januar 75 im „Nachrichtendienst der Gefangenenräte“ berichtete, von 6 Beamten mit Sturzhelm und Gummiknüppel, darunter dem Oberaufseher König, aus seiner Zelle geknüppelt worden. „Auf den Gängen waren 40 Mann. … Sie schlugen mit ihren Gummiknüppeln auf mich ein. Ich wurde in die Sicherheitszelle verfrachtet und noch am selben Abend in die Beruhigungszelle.“ Ende 1974 wird Laubinger erneut von einem Schlägerkommando zusammengeschlagen.

Am 13. April 75 wird der Untersuchungsgefangene Manfred Mann wegen des Verlanges nach heißem Wasser von einem Beamten bewußtlos geschlagen. Die Marburger Rechtsanwältin G. Knolle erstattet Anzeige wegen Mißhandlung. Mann sei „aus dem vierten Stock über sechs Treppen …. in die Beruhigungszelle geschleift“ worden. Dabei sei „der Kopf des Häftlings nach Angaben der Zellennachbarn „auf jede Stufe“ aufgeschlagen. (Frankfurter Rundschau vom 16.5.75) Im Januar 75 schreiben Gefangene einen Offenen Brief, in dem sie Verbesserungen der Haftbedingungen fordern.

In einer späteren Resolution von Gefangenen wird die freie Arztwahl, die Entlassung des Dr. Maykemper und des Gefängnisdirektors und die Abschaffung der Isolations- und Einzelhaft gefordert.

Ende 1975 stellt die Staatsanwaltschaft Gießen das Ermittlungsverfahren gegen Maykemper und Künkeler wegen des Todes von Alfred Burkhardt ein, nachdem es monatelang verschleppt worden ist.

„Es sei nicht mit hinreichender Sicherheit beweisbar, daß andere frühzeitiger oder schneller einsetzende Maßnahmen … den Tod von Alfred Brunkhardt hätten abwenden können.“ (Aus: „Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten“, 2. Januar 1976) Das Justizministerium in Wiesbaden teilte mit: „Es konnte ein pflichtwidriges Verhalten der beiden Beamten nicht festgestellt werden!“ Den Tod von Häftlingen in Kauf zu nehmen, gehört für das Ministerium also zur „Pflichterfüllung“ seiner Unterdrückungswerkzeuge.

Am 3.5.76 sind, wie wir bereits in der KVZ Nr. 18 berichtet haben, 5 Häftlinge über eine Woche lange in den Hungerstreik getreten, um gegen die unerträglichen Haftbedingungen zu protestieren. Sie haben erklärt: „Wir treten in den Hungerstreik, weil wir nicht länger bereit sind, die willkürlichen Unterdrückungsmaßnahmen des Anstaltsleiters Künkeler und seiner Helfer widerstandslos hinzunehmen. Seit nunmehr 3 Jahren werden in dieser Anstalt mehrere 100 Quadratmeter zusätzlicher Gitter angebracht, Schließtüren gebaut und sogenannte Beruhigungszellen errichtet. Den Gitterbau „rechtfertigte“ man mit der angeblichen Absicht die Zellen zu öffnen. Nun ist jede Station in sich abgeschlossen, die Zellen sind aber nur an einem Nachmittag in der Woche – samstags oder sonntags – geöffnet. Während der restlichen Zeit sind die Zellen geschlossen. Ein arbeitsloser Gefangener – und das sind ca. 300 – sitzt also 23 Stunden täglich in der Zelle. Die Häftlinge fordern: „Die Öffnung der Zellen an allen Tagen zur Freizeit – für Arbeitslose auch tagsüber, Verlängerung des täglichen Hofgangs, sowie Sport für alle, wöchentliche Besuchsmöglichkeiten, Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten, Erhöhung der „Arbeitsbelohnung“.

Der Gefängnisdirektor reagierte auf den Hungerstreik gegen die Isolationsmaßnahmen mit verschärfter Isolation für die fünf am Hungerstreik beteiligten Gefangenen, mußte diese Maßnahmen aber wieder zurücknehmen. Soweit bekannt, ist bisher noch keine der Forderungen der Häftlinge erfüllt worden.

Mag die herrschende Klasse nach der Erschießung von Künkeler den Verlust eines Vollstreckers des „modernen Strafvollzugs“ beklagen.

Die Verwandlung des „Dogmatismus"-Forschers Ertel in einen verbeamteten Unterdrücker

Pseudowissenschaftlich, flach und heruntergekommen

Die „Wissenschaft als solche (ist) selbstverständlich frei" heißt es im KPD-Verbotsurteil, mit welchem die bürgerliche Klasse den Versuch gemacht hat, die soziale Revolution des Proletariats juristisch zu verbieten. Wie bei den sonstigen Rechten und Freiheiten, welche die Bourgeoisie kennt, folgen sodann die Einschränkungen und die Festlegungen, worin diese Freiheit besteht. „Die freiheitlich-demokratische Grundordnung lehnt die Auffassung ab, daß die geschichtliche Entwicklung durch ein wissenschaftlich erkanntes Endziel determiniert (bestimmt) sei", woraus folgt, daß, wer solches behauptet, nicht Wissenschaft betreibt. Und als weitere und entscheidende Einschränkung hält das KPD-Verbotsurteil fest, daß jede Wissenschaft, deren „Erkenntnis von einer politischen Partei ... in ihren Willen aufgenommen, zu Bestimmungen ihres politischen Handelns gemacht werden" ihre Grenzen überschreitet, und polizeilich verfolgt und unterdrückt werden kann.

So hat sich die bürgerliche Klasse mit dem KPD-Verbotsurteil das juristische Instrument auch für das Verbot des wissenschaftlichen Sozialismus geschaffen, welcher die Gesetzmäßigkeit der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft und die Notwendigkeit ihres Untergangs durch die soziale Revolution der Arbeiterklasse und des Volkes wissenschaftlich beweist. In allen einzelnen Kämpfen der Arbeiterklasse und des Volkes gegen den bürgerlichen Staat führt dieser seine Wissenschaftler ins Feld, um zu beweisen, daß die bürgerliche Ausbeuterordnung immer noch die beste aller möglichen Welten sei. Das ist an der Universität, dem Hort dieser bürgerlichen Wissenschaft, nicht anders, als wenn es um Lohnkämpfe, um den Kampf gegen den Strafparagrafen 218 oder um den Kampf gegen ein Kernkraftwerk geht. Jede wissenschaftliche Tätigkeit aber, welche in diesen Kämpfen die falschen Theorien der bürgerlichen Wissenschaftler zerreißt, und dagegen die wirklichen Bedingungen herausarbeitet, unter denen diese Auseinandersetzungen stattfinden, gilt für die Bourgeoisie dann nicht mehr als Wissenschaft. Das kann man verfolgen am Streik der Psychologiestudenten in Göttingen und dem damit zusammenhängenden Fall des akademischen Rats, Dr. Franz Dick.

Göttingen. In einem zäh geführten Streik wehren sich die Göttinger Psychologiestudenten gegen eine neue Regelung der Diplomprüfungsordnung, durch welche sie in noch größere Abhängigkeit von den Professoren und der Wissenschaft gebracht werden. In diesem Kampf haben die Studenten auch verstärkt Tätigkeiten organisiert, um sich Klarheit über den sozialen Zweck der Wissenschaft zu verschaffen, welche diese Professoren vertreten, und welche die Studenten unter der Drohung mit der Prüfungsordnung sich aneigenen sollen.

Auf einer öffentlichen Veranstaltung haben sie, unterstützt von Franz Dick (Akademischer Rat am Psychologischen Institut) die „Dogmatismus"-Forschung des Herrn Professor Ertel kritisiert.

Diese „Dogmatismus"-Forschung besteht darin, daß Ertel Theorien wie folgt produziert: Marxisten sind „dogmatischer" als bürgerlich-liberale, welche die bürgerliche Welt für die einzig mögliche halten.

Solche Theorien kann nur einer produzieren, der mit bestimmter Absicht an seinen Forschungsgegenstand herangeht. Ertel spricht vom „Dogmatismus" von Wissenschaftlern, aber er liest nicht die Texte der von ihm so eingeschätzten Wissenschaftler. Er prüft gar nicht, ob diese die Wirklichkeit untersuchen oder ihr dogmatisch ihre eigenen Gedanken überstülpen und an diesen Gedanken festhalten, auch wenn die Erfahrung ihnen vielfältig widerspricht. Er versteht etwas ganz anderes unter „Dogmatismus". Er zählt auf jeder x-ten Seite der wissenschaftlichen Texte, die er untersucht, wie oft bestimmte Wörter verwendet werden. Wer Wörter wie *immer, nie, allgemein, weil, sicher* sagt, ist besonders „dogmatisch". Wer häufig Wörter wie *manchmal, vielleicht, einige, auch* sagt, ist wenig „dogmatisch". „Dogmatisch ist also einer, der sagt: „Im Kapitalismus ist Lohnarbeit im Dienste des Profits *allgemein* Ausbeutung."

Aber Ertel begnügt sich nicht damit, jede Aussage über die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Ausbeuterordnung als „dogmatisch" und daher unwissenschaftlich zu verbieten, wie es das KPD-Verbotsurteil erfordert. Ertel geht hier noch ein Stück weiter, indem er solche Aussagen auf den „Dogmatismus" des Sprechers zurückführt, und „Dogmatismus" als einen seelischen Defekt, eine harmlosere Form des Wahns, diagnostiziert. Ertel betätigt sich als eine Art psychiatrischer Gutachter für die bürgerliche Klasse, wo es um die Entscheidung geht, ob eine Wissenschaft der freiheitlich-demokratischen Wissenschaftsverfassung entspricht.

> Ertel im Mai 74 im Fachbereichsrat zur Rechtfertigung und Begründung eines professoralen Entwurfs zu einer neuen Diplomprüfungsordnung:
>
> *„Die Personen und Gruppen am Institut, die unser Modell der neuen DPO ablehnen, wollen weniger experimentelle Methoden, sie wollen mehr Praxis-Ausbildung, sie wollen mehr Raum für Diskussion über die Funktion der Psychologie im Kapitalismus... All dies entspricht nicht unseren Vorstellungen."*

Was nimmt Ertel als Beweis der Richtigkeit seiner Dogmatismusforschung? Als Beweis nimmt Ertel, daß nach mühsamer Arbeit des Auszählens, die andere für ihn erledigen, eben das rauskommt, was Ertel erwartet und in die Untersuchung hineingesteckt hat, daß, wer oft Worte wie *immer* oder *nie* sagt, „dogmatisch" ist. Als Beweis für seine Gedanken nimmt Ertel so seine Gedanken selbst. Mit der Untersuchung der Wirklichkeit hat das nichts zu tun. Das ist **pseudowissenschaftlich, flach, heruntergekommen.** So wurde es auf der genannten Veranstaltung in dem Referat von Franz Dick entlarvt und bezeichnet.

Der Akademische Rat, Franz Dick, hat mit dieser Unterstützung der streikenden Studenten aber gegen ein Gesetz der bürgerlichen Wissenschaft verstoßen. Daß die Wissenschaft nicht dem Kampf der Massen gegen diese Ausbeuterordnung und ihrem Staat dienen darf, sondern fest an der Seite der Bourgeoisie stehen muß. Entsprechend aufgeschreckt reagierte der Professor Ertel.

Eine Woche später wendet er sich in einer „vertraulichen Mitteilung" an Franz Dick und „möchte Gelegenheit geben, in einer mindestens universitätsöffentlichen Publikation, die die Zuhörer Ihres Vortrages vom letzten Montag erreicht, ihre drei unsachlichen Attribuierungen (Benennungen: pseudowissenschaftlich, flach, heruntergekommen) ohne den Versuch einer Rechtfertigung zurückzunehmen". Es wird ein Ultimatum gesetzt und Ertel will diese schriftliche Zurücknahme zuerst sehen.

Als Franz Dick dieser Anordnung nicht nachkommt, wird die Polizistenseele in Wissenschaftler Ertel deutlicher.

In einem zweiten Brief, diesmal als dienstlich gekennzeichnet, läßt Ertel die Katze aus dem Sack. „Ich stelle fest, daß Sie den im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit gebotenen ... Bemühungen um Beilegung des rechtswidrigen Studentenstreiks vielfach entgegengewirkt haben. Dazu gehören einige in Ihrem öffentlichen Vortrag ... vorkommende Äußerungen, durch die Sie den Kampf der Streikstudenten gegen die Institutsleitung Ihrerseits unterstützt haben." Ertel spricht auch von einer „die Streikmotivation der Studenten unterstützenden Handlung". So drückt er in der verqueren Sprache der bürgerlichen Wissenschaft die Furcht aus, daß die Studenten über ihren Gegner, unterstützt durch die wissenschaftliche Kritik von Franz Dick, zunehmend Klarheit gewinnen.

Um dem entgegenzuwirken, geht Ertel soweit, daß er jede politische Unterstützung des Streiks der Studenten verbietet. Er wetzt schon die Waffe, die sich die Bourgeoisie geschaffen hat, um gegen ungetreue Wissenschaftler im Staatsapparat selbst vorzugehen, das besondere Dienstrecht. An Franz Dick schreibt er: „Ich stelle fest, daß Ihr Verhalten nicht nur eine gröbliche Verletzung der mit Ihrer beruflichen Rolle verbundenen Pflicht zur kollegialen Kooperation, sondern gleichzeitig eine bewußte Mißachtung der für Sie verbindlichen Dienstvorschriften darstellt."

Die Autorität der bürgerlichen Wissenschaft und ihrer Träger ist im Kampf der Studenten ins Wanken gekommen. Der Professor Ertel und seine Forschung sind in Göttingen schon recht bekannt. Das sind gute Bedingungen. Der Angriff auf die bürgerliche Ideologie und ihre Träger muß weiter geführt werden, indem der Angriff Ertels auf das Recht der an der Universität angestellten Wissenschaftler, die Studenten politisch zu unterstützen, zurückgeschlagen wird.

In einer Resolution haben die GEW-Fachgruppe Hochschule und die ÖTV-Abteilung Wissenschaft und Forschung sich gegen die Angriffe Ertels mittlerweile auch ausgesprochen. – (d., Göttingen)

Aufruf des VDS-Vorstandes zur Demonstration:

Von den Forderungen des Kampfes der Studentenbewegung keine Rede

Jusos und Revisionisten im VDS-Vorstand planen Einschwörung der Studentenbewegung auf die bürgerliche Verfassung

„31 Jahre ... seit dem Nationalsozialismus", „27 seit der Verabschiedung des Grundgesetzes", so heißt es im Aufruf des VDS-Vorstandes zur Demonstration der Studenten am 22.6. in Bonn, „setzten die reaktionären Kräfte alle ihre ideologischen, gesetzgeberischen und administrativen Mittel ein, um oppositionelle Strömungen schon im Ansatz zu ersticken, demokratische Prinzipien abzubauen, die auch im Grundgesetz verankerten demokratischen Grundrechte einzuschränken und die Organisationen zu nennen, zu diffamieren und zu disziplinieren, die für gesellschaftlichen Fortschritt und die Interessen der arbeitenden Bevölkerung eintreten". Am 22.6. sollen die Studenten beweisen, „daß sie die demokratischen Prinzipien und die Grundrechte uneingeschränkt verteidigen".

Dieser Aufruf wurde von den Jusos und den DKP-Studenten im VDS-Vorstand beschlossen. Am vergangenen Wochenende sind die linken Sozialdemokraten auf dem „Anti-Repressionskongreß" und der Demonstration des Sozialistischen Büros aufgetreten mit der Losung: „Schützen wir die Verfassung". Geradeso versuchen jetzt mit dem Aufruf des VDS-Vorstandes an die Studenten die Sozialdemokraten und Revisionisten, den Kampf gegen die politische Reaktion in einen Kampf für „Verteidigung des Grundgesetzes" zu verwandeln. Wir behaupten, daß es sich mit dem Kampf gegen die politische Reaktion und dem Grundgesetz wie Feuer und Wasser verhält. Entweder das Wasser löscht das Feuer aus, oder das Feuer verdunstet das Wasser, wenn man beides zusammenbringen will. Gerade so unvereinbar ist der Kampf gegen die politische Reaktion mit den Zeilen des Grundgesetzes.

Heute verschärft die herrschende Klasse mittels ihres Staatsapparates umfassend die politische Reaktion, um den Klassenkampf der Arbeiterklasse und der Volksmassen gegen diese Ausbeuterordnung zu unterdrücken und um ihre imperialistische Reaktion abzusichern. Besteht zwischen dieser Politik der westdeutschen Bourgeoisie und der Entwicklung vom Kriegsende zur BRD-Gründung ein Widerspruch, sodaß es zu verteidigende Errungenschaften des Klassenkampfes der Arbeiterklasse und der Volksmassen aus dieser Periode der westdeutschen Geschichte gäbe?

Das behaupten die Jusos und Revisionisten im VDS-Vorstand. Damit betreiben sie plumpe Geschichtsfälschung. Nach ihrer Niederlage im Zweiten Weltkrieg ist es den Kapitalisten in den drei Westzonen unter dem Schutz der Truppen der amerikanischen, britischen und französischen Imperialisten und mit Hilfe der Spaltung der Arbeiterbewegung durch die Sozialdemokratie gelungen, ihr Privateigentum an den Produktionsmitteln gegen die revolutionären Bestrebungen in der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten und die neuerliche Errichtung ihrer politischen Herrschaft im Gebiete der Westzonen vorzubereiten. Mit der Verabschiedung des Grundgesetzes 1949 wird das Privateigentum der Kapitalisten an den Produktionsmitteln gewährleistet und die Wiedererrichtung der politischen Herrschaft der Kapitalistenklasse über die Arbeiterklasse und die Volksmassen in Westdeutschland besiegelt.

Das erklärt, warum die herrschende Klasse heute ihr Programm der politischen Reaktion mit dem Schlachtruf der „streitbaren Demokratie" auf dem „Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung" rechtfertigt. Die Geschichtsfälschung der Jusos und Revisionisten im VDS-Vorstand nimmt ihren Fortgang in der Leugnung und Verschleierung dieses reaktionären Kerns des Grundgesetzes: Er besteht in der unbeschränkten Gewährleistung des Gewaltmonopols des bürgerlichen Staatsapparates gegenüber der Arbeiterklasse und den Volksmassen zum Zwecke der Verteidigung der kapitalistischen Ausbeuterordnung und in der Illegalisierung jeder revolutionären Bestrebung in der Arbeiterklasse und in den Volksmassen zum Sturze dieser Ausbeuterordnung. Diesem Kern des Grundgesetzes entspricht das Verbot der KPD von 1956 und der gegenwärtige Versuch der herrschenden Klasse, dieses Verbot gegen die demokratische aund revolutionäre Bewegung erneut durchzusetzen, beginnend wie Adenauer mit der politischen Entrechtung im öffentlichen Dienst, über das Gesetz „zum Schutz des Gemeinschaftsfriedens" bis zu den Verbotsvorbereitungen gegen die revolutionären und kommunistischen Organisationen. Es besteht also kein Gegensatz zwischen der Reaktion, die die herrschende Klasse heute gegen die demokratische und revolutionäre Bewegung vorantreibt, und den Zielen des Grundgesetzes, sondern Kontinuität: die Kontinuität des Aufstiegs der westdeutschen Bourgeoisie über die Wiedererrichtung ihrer politischen Herrschaft zur imperialistischen Macht. Auf seiten der Arbeiterklasse und der Volksmassen geht es im Kampf gegen die politische Reaktion um das Recht auf Revolution: d.h. die Beseitigung des KPD-Verbots und das Recht, durch unbeschränkte Freiheit der Organisation, der Presse und der Versammlung und durch Demonstration und Streik im Klassenkampf die eigenen Klasseninteressen gegenüber der herrschenden Klasse vertreten zu können, um sie schließlich durch den Sturz ihrer politischen Herrschaft und die Beseitigung ihrer Ausbeuterordnung durchzusetzen.

Diese revolutionären Interessen des Klassenkampfes vertreten die Jusos und Revisionisten nicht. Sie predigen Klassenversöhnung und betreiben die Abstumpfung der Klassengegensätze. Die Losung „Verteidigung des Grundgesetzes" hat nichts fortschrittliches, sondern bedeutet Unterwerfung unter die Klasseninteressen der Bourgeoisie.

Deshalb ist es auch nicht erstaunlich, daß die Forderungen des Kampfes der Studentenbewegung an den Hochschulen gegen die Reaktion des bürgerlichen Staatsapparates durch Unterdrückung der politischen Freiheiten, Studienverschärfungen und Verschlechterung der Studienbedingungen nicht Bestandteil des Aufrufs der Jusos und Revisionisten zur Demonstration der VDS sind. Die Sozialdemokraten und Revisionisten verschweigen diese Forderungen, weil sie den unversöhnlichen Gegensatz der Studentenbewegung zur Politik der herrschenden Klasse zum Ausdruck bringen und deshalb im Widerspruch stehen zur ihrer Propaganda von Versöhnung und Ausgleich mit dem bürgerlichen Staatsapparat. Statt für die Forderungen, unter denen im Kampf gegen politische Unterdrückung, Studienverschärfung und Verschlechterung der Studienbedingungen gegenwärtig der Zusammenschluß der Studentenbewegung einen gewaltigen Fortschritt an den Hochschulen nimmt, rufen die Sozialdemokraten und Revisionisten im VDS-Vorstand auf, für die „gleichberechtigte Vertretung von Lehrenden und Lernenden und Mitarbeitern in allen Hochschulgremien". Sie rufen damit dazu auf, für die Zusammenarbeit mit den Vertretern des bürgerlichen Staatsapparates an den Hochschulen zu demonstrieren.

„In bestimmtem Maße" schreiben die Jusos und Revisionisten im Auftrag des VDS-Vorstandes wachse an den Hochschulen die Möglichkeit und Bereitschaft, sich gegen die politische Unterdrückung und Entrechtung zur Wehr zu setzen. Der Aufruf zeigt, welches Maß die Reformisten und Revisionisten anlegen. Ihre Predigt der Klassenversöhnung und der Unterwerfung unter die Politik der Bourgeoisie kann nicht verhindern, daß die Studentenbewegung die Vorbereitung und Durchführung dieser zentralen Demonstration der VDS benutzt, um das Maß ihres revolutionären Zusammenschlusses gegen die Politik der herrschenden Klasse zu demonstrieren unter Losungen wie: Weg mit dem KPD-Verbot! Weg mit dem Radikalenerlaß und den Maulkorbgesetzen! Weg mit dem Ordnungsrecht und den Einschränkungen der wissenschaftlichen und politischen Betätigungsfreiheit an der Hochschule! Keinerlei Einschränkung des Rechts auf Organisation, Versammlung und Demonstration und zum Streik! Gesetzliche Anerkennung der Vertretungskörperschaften der Studenten mit uneingeschränktem politischem Mandat! Einspruchsrecht der Studentenvertreter gegenüber allen Änderungen der Studien- und Prüfungsbedingungen! Kostendeckende Ausbildungsförderung, Selbstverwaltung der Studentenwerke und staatliche Finanzierung! Arbeitslosengeld für alle Hochschulabgänger, die keine Arbeit finden! – (hj)

Baden-Württemberg. Streikurabstimmungen gegen die neue Studienordnung für die Studenten der Wirtschaftswissenschaften wurden bislang in Heidelberg, Tübingen und Karlsruhe durchgeführt. In allen drei Städten hatte sich die Mehrheit der Studenten, die an der Urabstimmung teilnahmen, für Streik ausgesprochen. In Karlsruhe und Tübingen wurde der Streik bereits durchgeführt. In Mannheim fand bereits am 19.5. ein eintägiger Warnstreik statt, in dessen Rahmen auch gegen die neue Studienordnung für Wirtschaftswissenschaften protestiert wurde.

München. Auf der Mitgliederversammlung des Ortsvereins München der IG Druck und Papier am 1.6.76 wurde eine Resolution gegen den Polizeieinsatz an der Münchener Universität beschlossen und die Zurücknahme aller Strafanzeigen, Vernichtung der erkennungsdienstlichen Unterlagen, die Aufhebung des Versammlungsverbots und freie politische und gewerkschaftliche Betätigung an der Universität gefordert.

Frankfurt. Aktionstage und einen Warnstreik am 3.6. führten die Frankfurter Psychologiestudenten gegen eine neue und erheblich verschärfte Prüfungsordnung durch.

Osnabrück. Am Donnerstag vergangener Woche wurde der AStA der Universität gewählt, nachdem die Jusos seit Beginn des Semesters versucht hatten, die AStA-Bildung zu verhindern, um eine Festlegung des AStA-Programms auf die bürgerliche Verfassung zu erreichen. Das ist ihnen nicht gelungen. Das Programm des jetzt gewählten AStA enthält die wichtigsten Forderungen des Kampfes der Studentenbewegung und in der Vorbemerkung die ausdrückliche Feststellung, daß der AStA **uneingeschränkt** für Durchsetzung, Verteidigung und die gesetzliche Anerkennung dieser Rechte eintreten wird. Der AStA ist paritätisch besetzt worden. Er besteht aus jeweils drei Mitgliedern der Fachbereichsgruppen und der Jusos.

Der französische Imperialismus ändert seine Militärstrategie

Verstärkte Aufrüstung im konventionellen Bereich, Aufrechterhaltung und Weiterführung der atomaren Rüstung, Wiedereinbeziehung der französischen Truppen in das NATO-Konzept der „Vorwärtsverteidigung" sowie Aufbau von Interventionseinheiten für den Mittelmeerbereich – das ist der Inhalt einer Stellungnahme des französischen Generalstabschefs Méry in der Juniausgabe der Zeitschrift „Nationale Verteidigung", dem Organ des französischen Generalstabs.

Méry antwortet mit dem Artikel auf Fragen von Offizieren, die derzeit an der französischen Militärakademie auf eine Karriere im Generalstab vorbereitet werden.

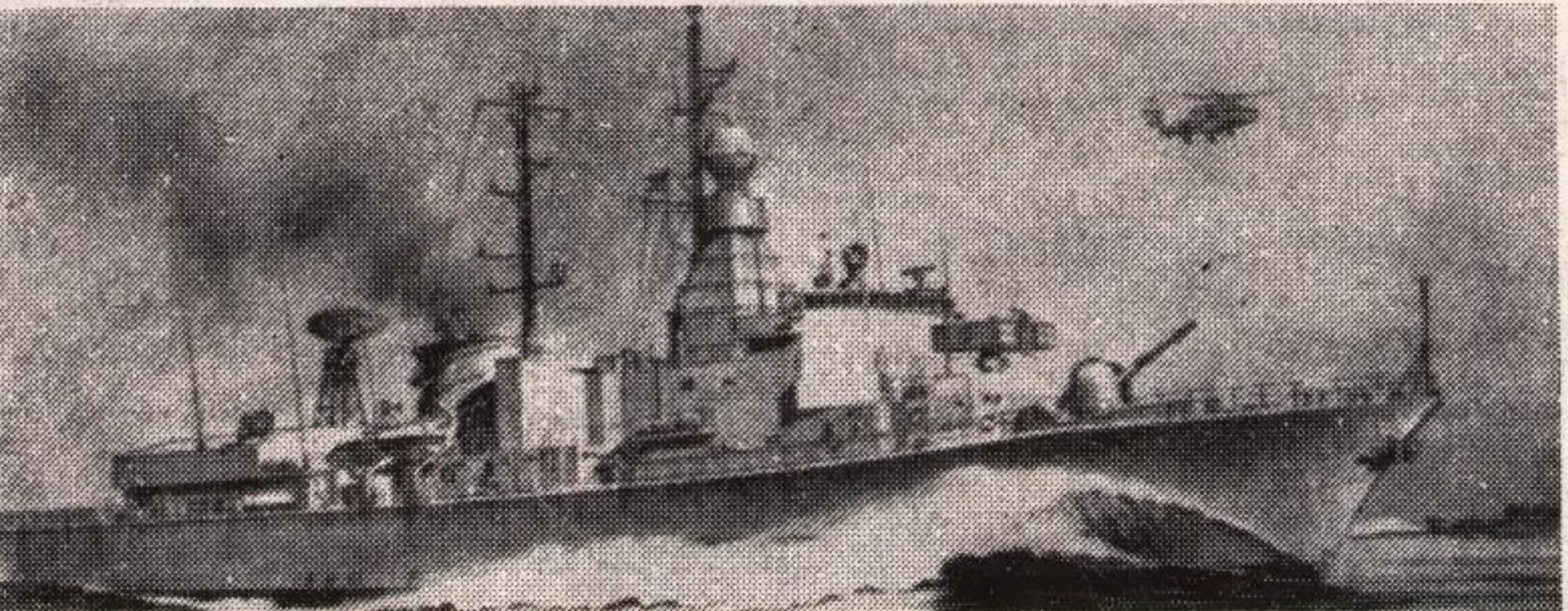
Die Stellungnahme des Generalstabschefs, die also der öffentlichen Ausrichtung des Offizierscorps dient, hat in der französischen Bourgeoisie eine breite Diskussion ausgelöst. Die westdeutsche Bourgeoisie verfolgt diese Diskussion mit großer Aufmerksamkeit.

Gegengewicht zur Bundeswehr

Durch diese Stellungnahme zur Militärstrategie des französischen Imperialismus ist der westdeutsche Imperialismus direkt berührt. Der General hat am Ende seines Artikels geschrieben: „Ich halte es für wichtig, daß starke konventionelle französische Truppen ein Gegengewicht bilden zu der mächtigen klassischen Armee, die Westdeutschland seit Jahren aufbaut. Denn eine feste Union ist nur möglich, wenn kein Ungleichgewicht, auch kein partielles, entsteht." Als Ziel für die an der Bundeswehr ausgerichtete Aufrüstung gibt der Generalstabschef an: „Schließlich fällt es mir schwer, von einer europäischen Verteidigung auszugehen, die völlig unabhängig von einem Bündnis mit den Vereinigten Staaten ist. In einem solchen neuen Bündnis würde jedoch ein vereinigtes Europa erlauben, ein besseres Gleichgewicht zu finden als in der NATO, in der zweifellos ein Übergewicht der USA herrscht." Über diesen Teil des Artikels zeigt sich der westdeutsche Imperialismus befriedigt. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" kommentiert am 3. Juni: „Daß diese Streitkräfte künftig auch mehr ‚Gleichgewicht' im konventionellen Teil der Abschreckung mit der Bundeswehr herstellen sollen, kann uns Deutschen nur recht sein, vor allem wegen der Abschreckung, aber auch wegen des gar nicht wünschenswerten relativen Übergewichts der Bundeswehr."

Der westdeutsche Imperialismus hat gegenüber dem französischen Imperialismus in den letzten Jahren einen relativen Vorsprung erkämpft. Das westdeutsche Finanzkapital ist dabei, Frankreich wirtschaftlich zu durchdringen und auch seine Vorrangstellung in Afrika zu bedrohen. Um diesen Vorsprung weiter auszubauen, zu sichern und eine Vorherrschaft daraus zu machen, ist er im Begriff, seinen Militärapparat entsprechend auszubauen und aufzurüsten. Der Bau der 12 Fregatten sichert, gestützt auf US-Basen in aller Welt, einen enormen Aktionsradius und Interventionsmöglichkeiten an jedem Ort der Erde. Das MRCA soll die Luftüberlegenheit in Europa herstellen und Unabhängigkeit schaffen von der amerikanischen Supermacht und ihrer Rüstungsindustrie.

Der westdeutsche Imperialismus hat seinen relativen Vorsprung gegenüber dem französischen Imperialismus aber nur erreichen können im engen Bündnis mit der Supermacht USA. Die zunehmende politische Schwäche des US-Imperialismus, der derzeit immer weniger offen in der Welt auftreten kann, hat er genutzt für die Stärkung der eigenen Stellung. Der westdeutsche Imperialismus hat sich deshalb in die Rolle des Juniorpartners der USA geschickt.



Mit der Anschaffung von 12 solcher Fregatten, die jeweils mit Hubschraubern ausgerüstet werden, schafft sich der westdeutsche Imperialismus ein Instrument, mit der er gestützt auf die Militärbasen des US-Imperialismus an jedem Ort der Welt intervenieren kann.

Der französische Imperialismus hat dagegen seit Ende der sechziger Jahre eine Politik der Unabhängigkeit von der amerikanischen Supermacht verfolgt. Unter Präsident de Gaulle unternahm er den Versuch, auch auf militärischem Gebiet selbständig aufzutreten. Die Konsequenz war, aus dem militärischen Bündnis der NATO auszutreten und die französischen Truppen ausschließlich dem nationalen Oberbefehl zu unterstellen. Die zweite Konsequenz war die Verstärkung der atomaren Rüstung. Dieses Konzept wurde von der damaligen militärischen Führung des französischen Imperialismus als „Verteidigung in alle Himmelsrichtungen" bezeichnet.

Dieses Konzept einer imperialistischen Weltmacht unabhängig vom US-Imperialismus und der NATO ist gescheitert. Méry bezeichnet Frankreich nun als eine „Mittelmacht". Der Anspruch auf Aggression zu jeder Zeit, an jedem Ort der Erde wird zurückgenommen, um sich auf das Vorfeld zu beschränken: Mitteleuropa und den Mittelmeerbereich, und um die Politik der Unabhängigkeit von der Supermacht USA auf dem Gebiet der Militärstrategie teilweise zu liquidieren.

Im Mittelmeer hat sich das bereits klar gezeigt: Mehrfach hat die politische und militärische Führung des französischen Imperialismus angeboten, eine Friedensstreitmacht in den Libanon zu entsenden zur Befriedung der Bürgerkriegsparteien. Die mögliche Intervention des französischen Imperialismus war und ist bis ins Detail vorbereitet und abgesprochen worden mit dem US-Imperialismus. Sie wurde unmittelbar nach einem Besuch des amerikanischen Außenministers Kissinger in Paris angekündigt. Vorbereitet wurde sie durch Entsendung eines Hubschrauberträgers, von Fregatten und U-Booten. Mit Aggressionen von seiten des US-Imperialismus haben die Völker ihre Erfahrungen gemacht. Im Libanon intervenierten amerikanische Truppen schon einmal im Jahr 1958. Deshalb wird der US-Imperialismus eine neuerliche Militärintervention nicht wagen.

In Mitteleuropa, hat der General erklärt, sollen die in Westdeutschland stationierten französischen Truppen – etwa 60 000 Mann – verstärkt werden und eng mit den NATO-Truppen zusammenarbeiten. Ein weiteres Vorverlegen der französischen Truppen im Mittelabschnitt, also in Richtung auf die Grenze der CSSR, sei nur für Friedenszeiten ausgeschlossen. „Aber ganz im Gegenteil ist es überhaupt nicht ausgeschlossen, daß wir uns beteiligen an dieser Vorwärtsschlacht. Ich denke, es wäre außerordentlich gefährlich für unser Land, sich freiwillig von dieser ersten Schlacht fernzuhalten, denn in ihrem Verlauf geht es tatsächlich bereits um unsere Sicherheit."

Solche Äußerungen haben der Generalstabschef und der derzeitigen französischen Präsidenten, der sie in einer Rede vor der Militärakademie bekräftigt hat, den Vorwurf des Verrats von seiten Messmers, dem letzten Premierminister unter de Gaulle, eingebracht. Mit der Wiederannäherung an die NATO sei ein Rückfall in die Militärstrategie um 10 Jahre erfolgt. Jedoch die Wiederannäherung an die NATO, das Ziel, zur Bundeswehr ein Gleichgewicht zu bilden in einem vereinigten Europa, stellen Zwecke und Notwendigkeiten der Politik des französischen Imperialismus dar: Die politische Schwäche des US-Imperialismus nutzen für die eigene Stärkung und zugleich Boden gewinnen gegenüber dem westdeutschen Imperialismus kann der französische Imperialismus in Zusammenarbeit mit ihnen und der NATO, nicht mehr länger in Unabhängigkeit vom US-Imperialismus und der NATO. Das verstärkte Auftreten des westdeutschen Imperialismus überall in der Welt beweist das Scheitern der politischen und militärischen Strategie unter de Gaulle. – (g.)

Spind- und Revierappell

Druck gegen einen Kompaniezug

Ingolstadt. Am Mittwoch wurde im Pionierzug Stubendurchgang gemacht. Kurz zuvor erklärte unser Feldwebel, daß derjenige, der seinen Spind und die Reviere der Stube nicht in Ordnung hat, nachmittags nochmals antreten muß, um seine Sachen in Ordnung zu bringen. Natürlich wußte er, daß der größte Teil der Kameraden ihren Zug nicht mehr bekommen würde. Die Züge fahren alle um 13.30 Uhr von Ingolstadt los (der nächste Zug zwischen 16.30 und 17.00). Antreten ist um 13.20 Uhr, d.h. daß keiner der Kameraden den Zug noch erwischen könnte. Das war natürlich ein ausgezeichnetes Druckmittel, das man gegen uns einsetzte. Die Reviere, Spinde und Stuben wurden also saubergemacht.

Um 11.30 Uhr rief der Stabsunteroffizier zum Stubendurchgang. Er ließ bei jedem den Trainingsanzug rausholen, um ihn anzuschauen, ob sich Dreck darauf befinde. Bei vielen fanden sich Grasflecken, die man natürlich mit normalem Waschen nicht herausbekommt. Als erstes zückte er sein Schreibzeug heraus und schrieb sieben Kameraden auf, die um 13.20 Uhr wieder antreten sollten. Als wir ihm klarmachen wollten, daß wir die Trainingsanzüge mit heimnehmen wollten, um sie auszuwaschen, meinte er: „Wenn die Trainingsanzüge zusammengelegt im Spindfach liegen, dann muß ich annehmen, daß ihr sie nicht mit heimnehmt und sie waschen laßt." Weiter schrieb er einen Kameraden auf, dem seine Schuhe im Spind staubig geworden sind. Als er dann Revierdurchgang machte, schrieb er drei weitere Kameraden auf, obwohl die Toilette sauber war, nur an den Fensterscheiben Farbbelag aufsaß, den man schlecht weg bekam. Das hatte nicht einmal unser Spieß beanstandet. Unter den Kameraden war nun große Empörung.

Ein Teil der Kameraden war spontan dafür, um 12 Uhr aus der Kaserne zu gehen; der andere Teil sprach sich dafür aus, den Appell mitzumachen und gleichzeitig eine Beschwerde zu schreiben, denn mit der die uns verloren gegangene Zeit zurückgefordert wird: Ein halber Tag Dienstausgleich sollte gefordert werden. Kurz vor 12 Uhr war für uns nochmals Antreten. Hier verlas der Feldwebel (Zugführer) nochmals die Kameraden, die nachreinigen sollten. Als ein Kamerad fragte, was dies soll, meinte der Feldwebel: „Wenn's Ihnen nicht paßt, können Sie gleich länger dableiben."

Nach dem Antreten umringten die Kameraden den Feldwebel und wollten ihm erklären, daß dies eine Schweinerei ist, wie man hier versucht, einen zu unterdrücken. Der Zugsprecher wandte sich gegen den Feldwebel und wollte ihn fragen, was für Schikanen das neuerdings sind. Der Feldwebel fiel ihm ins Wort und schrie ihn an, daß gleich der ganze Zug länger hierbleiben könne. Dann lief er fort. Hier sahen wir am deutlichsten, wie uns sogar noch die notwendigsten Rechte genommen werden. Der Zugsprecher als Vertrauensmann des Zuges hatte nichts anderes versucht, als sich für die Interessen der Kameraden einzusetzen und sie vor dem Zugführer zu vertreten. Gesehen haben die Kameraden, wie es um unsere Rechte steht, daß man uns einschüchtern will mittels Druck, um uns zum Schweigen zu bringen. – (G. 4. Panzeraufklärerbataillon 10, Ingolstadt)

Küchenmotto des Oberstleutnant Ammann

Münster. „Wenn ich schon keine Kartoffeln esse, warum solltet ihr dann welche kriegen?" Auf der Küchenausschußsitzung des Panzerartillerielehrbataillons 95 in der letzten Woche beschwerten sich einige Vertrauensleute darüber, daß es ständig den NATO-Kitt (Püree) und Nudeln gäbe, aber fast nie Kartoffeln. Reaktion von Ammann: Er hätte dieses Jahr auch keine Kartoffeln eingekellert. Vermutlich ißt er bei seinem Gehalt vorwiegend Fleisch und kann auf solche „Beilagen" verzichten. Der kleine Unterschied: Unser Essen besteht vorwiegend aus den „Beilagen". – (Aus: „Der Funke", Zeitung des Soldaten- und Reservistenkomitees Münster Nr. 10, 21.5.76)

Die Mannschaften eines Bataillons im Kampf für Dienstausgleich bei Sonderdiensten

Walldürn (Mosbach). Ein großer Teil der Mannschaften aller 5 Kompanien des Panzergrenadierbataillons 362 hat sich an einer Unterschriftenaktion für „vollen Dienstausgleich für alle Wochenend- und Sonderdienste" beteiligt. Das berichtet die Soldatenzeitung „Volksmiliz" der Initiativgruppe für ein Soldaten- und Reservistenkomitee Walldürn in ihrer Mai-Ausgabe.

Anlaß war die Ablehnung der Beschwerde aller 27 Soldaten des Mörserzuges der 5. Kompanie. Die Soldaten hatten auf einem Mannschaftsabend jeder für sich eine Beschwerde mit dem gleichen Text gegen die vielen Wochenenddienste ohne Dienstausgleich geschrieben. Diese Beschwerde wurde eine Woche später vom Kompaniechef abgelehnt mit gleichlautenden Schreiben an alle Soldaten: gemeinschaftliche Beschwerden seien unzulässig und bereits der gleiche Text der Beschwerden erfülle den Tatbestand der gemeinschaftlichen Beschwerde. Daraufhin lief die Unterschriftenaktion in allen Kompanien an. Wie erfolgreich diese Aktion verlaufen war bis zum Zeitpunkt ihrer Entdeckung durch die Bataillonsführung, zeigt der Bericht der „Volksmiliz":

1. Kompanie: Hauptmann Petri droht allen Unterzeichnern eine Diszi an. Einige Soldaten kriegen Schiß, die Liste mit ca. 50 Unterschriften wird verbrannt noch bevor überhaupt alle davon Kenntnis haben.

2. Kompanie: Major Petersen verhört den Vertrauensmann, zieht aber die Liste nicht ein. Auch hier wird aber jetzt die Aktion abgebrochen.

3. Kompanie: Durch massive Einschüchterung bringt der Hauptmann Schachner ein paar Leute dazu, ihre Unterschrift zurückzunehmen. Daraufhin ziehen auch noch andere ihre Unterschrift zurück. Insgesamt waren es ca. 30, da die Aktion erst angelaufen war und viele noch nichts davon wußten.

4. Kompanie: Hauptmann Engels läßt die Kompanie in den U-Raum einrücken und befiehlt dann alle, die die Liste unterschrieben hätten, sollten vor dem Geschäftszimmer antreten. Wie groß ist sein Erstaunen, als sich noch und nach praktisch die gesamte Kompanie erhebt und rausgeht, denn nur 2 Mann hatten nicht unterschrieben und ein paar waren nicht erreicht worden. Über 90 Unterschriften standen auf der Liste! Engels läßt wieder in den U-Raum einrücken und sagt noch ein paar warme Worte. Er müsse einen Ausbildungsnachweis für die Soldaten erbringen, dies sei jetzt schon nicht mehr möglich (!!), aber wenn es Dienstausgleich gäbe, dann wäre es erst recht nicht möglich. Auf die Frage eines Soldaten, wie es denn angesichts dieser Tatsachen möglich sei, daß 5 Soldaten eine Woche lang vom Dienst befreit werden, um Dekorationen für den Offiziersball an Fasching zu machen, bringt er nach einigem Zögern nur heraus, daß „von höherer dienstlicher Warte" aus diese Maßnahme gerechtfertigt werden könnte.

Danach verhört er in seinem Zimmer zuerst den Soldaten, der die Liste aufbewahrt hatte und danach den Vertrauensmann.

5. Kompanie: Auch hier unterschrieben ebenso wie in der 4. praktisch alle Soldaten. Sogar alle neuzuversetzten Soldaten unterschrieben, obwohl der Spieß sie vorher ausdrücklich warnte und sie damit einschüchterte, daß dies verboten sei. In einer spontan entstandenen Mannschaftsversammlung diskutierten abends die alten mit den neuversetzten Soldaten, worauf diese gemeinsam unterschrieben. Noch bevor die Liste abgegeben wurde, setzte der Kommandeur einen Rapport mit der gesamten Kompanie an, wo er versuchte, die Soldaten durch Strafandrohung einzuschüchtern. Ergebnis: Ganze 2 Soldaten nahmen ihre Unterschrift zurück.

So ist die augenblickliche Situation: Auf die berechtigten Forderungen der Mannschaften reagierten die Offiziere mit Einschüchterungsversuchen. Bestraft wurde bisher niemand.

Dieser KFZ-Schildersatz stammt aus der April-Ausgabe der Zeitschrift „Das Heer", die kostenlos in der Bundeswehr verteilt wird.

Man kann daran das zynische Verhältnis erkennen, das diese bezahlten Schreiberlinge gegenüber den Soldaten haben: Es ist eine schlichte Verhöhnung, denn Tatsache ist, daß laut Befehl des III. Korps jeder Dienstausgleich für Wachdienst gestrichen wurde und so immer mehr Zeit für den Dienst in der Armee geopfert werden muß. In einzelnen Einheiten gehen die Chefs daran, die Zeit für die Wache noch zusätzlich zu verlängern. In der 2. Kompanie des Beobachtungsbataillons 2 in Stadt Allendorf müssen die Soldaten zu Wochenendwachen nicht wie bisher um 15 Uhr, sondern schon um 14 Uhr erscheinen, zu einer Wache, die um 17 Uhr beginnt. Nach der Wache dürfen sie um 18.30 die Uniform abgeben. (Aus: „Militärzeitung Nr. 2/76, Zeitung der Initiative für ein Soldaten- und Reservistenkomitee Marburg)

Abkommen Island–Großbritannien

Der britische Imperialismus muß die 200-Meilen-Zone anerkennen

Nach sieben Monaten Kampf hat Island die Anerkennung der 200-Meilen-Wirtschaftszone durch den britischen Imperialismus erzwungen. Der westdeutsche Imperialismus mußte diese Zone bereits in Verhandlungen mit der isländischen Regierung Ende letzten Jahres anerkennen. Ein am 31. Mai geschlossenes Abkommen zwischen dem isländischen und dem britischen Außenminister beendet somit den sogenannten Fischereikrieg zwischen dem britischen Imperialismus und Island. Das Abkommen wurde in der norwegischen Hauptstadt Oslo ausgehandelt. Die Zeitungen schreiben, Norwegen habe eine „Vermittlerrolle" gespielt. Tatsache ist, daß das isländische Volk im Kampf für den Schutz seiner Fanggründe gegen die Ausplünderung durch die imperialistischen Fischereiflotten vom norwegischen Volk unterstützt wird. Die norwegischen Fischer haben am 21. Januar einen landesweiten Aktionstag durchgeführt unter der Parole „Solidarität mit Islands Kampf".



Obwohl die britischen Trawler unter Geleitschutz von Fregatten und anderen Hilfsschiffen standen, gelang es den kleinen isländischen Küstenwachbooten, sie wirksam am Fischen zu hindern.

In den skandinavischen Ländern wird die Fischerei hauptsächlich von kleinen Fischern betrieben. Es gibt dort im Gegensatz zu den imperialistischen Fischereikonzernen der EG-Länder zum Beispiel keine Fischereiflotten, die aus hochmodernen Fabrikschiffen bestehen und mit allen technischen Raffinessen für Fischfang und Verarbeitung auf großer Stufenleiter ausgerüstet sind. Die Konkurrenz dieser imperialistischen Fischereikonzerne droht die kleinen Fischer überall in den skandinavischen Ländern zu vernichten. Mit ihrer fabrikmäßigen Fischerei unterbieten sie jederzeit die kleinen Fischer im Preis und zerstören zugleich die Fanggründe. Denn zum Fang verwenden sie äußerst engmaschige Netze, bei denen sie bis zum Grund jeden Fisch einsacken. Die Folge ist Überfischung, Vernichtung des Fischbestandes überhaupt. Dagegen wehrt sich das isländische Volk bereits seit mehreren Jahren. 1973 hat es seine Hoheitsgewässer von 12 auf 50 Meilen ausgedehnt. Als sich herausstellte, daß wichtige Laichplätze außerhalb dieser Zone lagen und der Zerstörung von seiten der imperialistischen Fischereiflotten nach wie vor ausgesetzt waren und als verschiedene Länder der Dritten Welt zum Schutz ihrer Fischfanggründe vor den Raubzügen dieser Flotten die Forderung nach einer 200-Meilen-Wirtschaftszone stellten, hat Island im vergangenen Oktober seine Hoheitsgewässer auf 200 Meilen ausgedehnt. Sowohl die 12- wie die 50 und die 200-Meilen-Zone mußten im Kampf durchgesetzt werden.

Das Abkommen, zu dem der britische Imperialismus jetzt gezwungen werden konnte, zeigt, daß ein kleines Land ein großes imperialistisches Land besiegen kann, wenn es im Kampf für seine gerechte Sache auf seine eigene Kraft vertraut.

Die isländischen Massen haben hartnäckig am Kampf festgehalten und den Sieg errungen

Der britische Imperialismus hat keine Kosten und Anstrengungen gescheut, um Island in die Knie zu zwingen. Zur Finanzierung des Fischereikrieges sind von der britischen Regierung während der letzten sieben Monate allein 15 Millionen DM aufgewendet worden. Mit allen verfügbaren Fregatten hat der britische Imperialismus den Zustand aufrechtzuerhalten versucht, daß britische Trawler die isländischen Fischgründe mit den „modernsten" Methoden völlig leerfischen.

Island hat keine Marine. Es verfügt lediglich über einige Küstenwachboote. Mit den Fregatten wollen die britischen Imperialisten diese Schutzboote in Schach halten. Außerdem verstärkten sie die Zahl der Trawler und entsandten zahlreiche andere Hilfsschiffe. Aber trotz der großen Zahl der Trawler ist es den Schutzbooten immer häufiger gelungen, sie beim Fischen zu stören, und oft genug konnten sie die Fangleinen an den Netzen kappen. Auf Island hat es zahlreiche machtvolle Demonstrationen und Aktionen gegen den britischen Imperialismus und die NATO-Mitgliedschaft Islands gegeben. Mehrfach richteten sich die Aktionen der Massen gegen den amerikanischen Stützpunkt Keflavik, von wo aus der US-Imperialismus die Flottenbewegungen der anderen Supermacht im nördlichen Atlantik beobachtet und überwacht. Die isländische Regierung mußte schließlich die diplomatischen Beziehungen zu Großbritannien abbrechen und den USA mit einer Kündigung des Stützpunktvertrages drohen.

Das Abkommen sieht im einzelnen vor:

– Beschränkung der Zahl der Trawler, denen Island gestattet, in seinen Fischgründen zu fischen. Mit Inkrafttreten des Abkommens am 1. Juni dürfen höchstens 24 britische Trawler gleichzeitig vor Island Fischfang betreiben. Bis zum 1. Juni hielten sich ständig zwischen 50 und 60 Trawler der britischen Fischereikonzerne innerhalb der isländischen Gewässer auf.

– Beschränkung des Fanggebietes: Diese 24 Trawler dürfen innerhalb der 200-Meilen-Wirtschaftszone fischen, jedoch nicht näher als 20 Meilen von der isländischen Küste.

– Schutz von Laichgründen: Um den Fischbestand zu erhalten, hat Island das Recht, „Schutzzonen" innerhalb der 200-Meilen-Wirtschaftszone festzulegen.

– Kontrolle der Durchführung der im Abkommen festgelegten Bestimmungen: Die britische Regierung erkennt an, daß allein die isländischen Behörden die Durchführung des Abkommens überwachen und bei Verstößen dagegen das Recht zum Eingreifen haben.

– Gültigkeitsdauer: Das Abkommen ist bis zum 1. Dezember befristet. Bis dahin soll ein endgültiges Abkommen ausgehandelt sein. Vorgesehen ist, daß ein Abkommen zwischen allen EG-Ländern mit Island geschlossen wird.

Die Einhaltung dieser Bestimmungen führt dazu, daß von der britischen Fischereiflotte vor Island monatlich höchstens 5 000 Tonnen Fisch gefangen werden. Auf das ganze Jahr bedeutet das eine Beschränkung der Fangquote auf maximal 60 000 Tonnen Fisch. Bisher haben die britischen Trawler mehr als doppelt soviel aus den isländischen Fanggründen geholt.

Die britischen Fischereikonzerne fordern nun selber „Schutzzonen"

Diese Beschränkung auf 60 000 Tonnen hat der britischen Regierung von seiten des britischen Fischereiverbandes den Vorwurf des „Verrats" eingebracht. Der Fischereiverband hat das Abkommen abgelehnt und erklärt, diese Menge Fisch hätte man auch fangen können unter den Bedingungen, die bis zum 31. Mai bestanden, also unter Einsatz der Fregatten und anderer militärischer Hilfsschiffe.

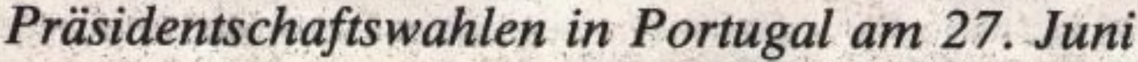
Der Fischereiverband kündigte außerdem an, es müßten 60 Trawler stillgelegt werden. Das hätte zur Folge, daß in den Zentren der britischen Fischindustrie, in den Städten Hull und Grisby, mindestens 9 000 Arbeiter arbeitslos würden. Aber es geht den Fischereikonzernen nicht um das Schicksal der Arbeiter. Der Zweck dieser Ankündigungen seitens der Fischereikapitalisten ist, für entgangenen Profit eine Entschädigungssumme in Höhe von 150 Millionen DM – „Anpassungshilfe" wird so etwas genannt – gegenüber der britischen Regierung und dem EG--Agrarfonds durchzusetzen und zugleich gegenüber der Konkurrenz aus den übrigen EG-Ländern eine eigene Fischereizone vor den britischen Küsten zu behaupten. Die EG-Kommission in Brüssel hatte bereits vorgeschlagen, für alle EG-Länder die jeweiligen Territorialgewässer auf eine 12-Meilen-Zone zu begrenzen und eine 200-Meilen-Zone für die EG insgesamt festzulegen. Innerhalb dieser 200-Meilen-Wirtschaftszone sollen alle Fischereiflotten der EG das Recht bekommen, beliebig zu fischen. Damit sind die britischen Fischereikapitalisten nicht einverstanden.

Mit der Forderung nach „Anpassungshilfe" und einer Schutzzone, in der sie das Exklusivrecht auf Fischfang haben, stellen sich die britischen Fischereikonzerne auf die neue Lage in der Nordsee und überhaupt auf den Meeren ein. In der Nordsee sieht die Lage so aus, daß Norwegen dem isländischen Beispiel folgen will und im Herbst selber die 200-Meilen-Wirtschaftszone festlegen wird. Norwegen habe diesen Schritt bereits den Regierungen der Länder mitgeteilt, aus denen Fischereiflotten vor Norwegen fischen. Besonders komplizierte Verhandlungen seien mit der Sowjetunion notwendig gewesen. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Juni) Die Sowjetunion verfügt über die größten und modernsten Fischfanganlagen. Von den 139 größten Fabrikschiffen der Welt besitzt die Sowjetunion allein 122. Die Sowjetunion ist der aggressivste Räuber auf den Meeren. Das zeigt ein Beispiel, das im Februar in der KVZ berichtet wurde: Die dänische Nordostatlantische Fischereikommission (NEAFC) hat mit der Sowjetunion vereinbart, daß ihre Fischereiflotte von Juli 1975 bis Dezember 1976 nicht mehr als 17 000 Tonnen Hering fangen darf. Die Sowjetunion ist zwar auf diese Fangquote eingegangen, hat aber zugleich jede Überwachung und Kontrolle ihrer Fangtätigkeit abgelehnt. Island hat nun die Überwachung der britischen Fischereiflotte innerhalb der 200-Meilen-Wirtschaftszone durchgesetzt. Island hat damit erreicht, daß seine Souveränität über diese Gewässer international anerkannt worden ist. Der Kampf des isländischen Volkes ist deshalb auch ein großes Beispiel für die Länder der Dritten Welt, die auf der Seerechtskonferenz die Anerkennung ihrer Souveränität über die 200-Meilen-Wirtschaftszone fordern.

Die imperialistischen Staaten haben diese Anerkennung bisher verweigert. (Informationen aus: Neue Zürcher Zeitung, 30. Mai bis 3. Juni) – (g.j.)

Portugal garantiert ausländische Kapitalinvestitionen

Durch das Gesetzesdekret Nr. 239/76 hat die portugiesische Regierung jetzt die Bedingungen festgelegt, unter denen die ausländischen Imperialisten ihr profitbringendes Kapital in Portugal anlegen können. Im wesentlichen läuft dies darauf hinaus, daß die portugiesische Arbeiterklasse der Ausbeutung durch ausländisches Kapital freigegeben wird. Schärfere Einschränkungen für ausländische Kapitalinvestitionen gibt es in den Industrien der nationalen Verteidigung, im Bereich des Transports, der Energieversorgung und der Massenmedien. Bereits bestehende ausländische Kapitalanlagen in diesen Bereichen werden durch dieses Gesetzesdekret nicht berührt. Grundsätzlich wird festgehalten: „Der Staat garantiert den Schutz und die Sicherheit des Eigentums und der Rechte, die sich aus ausländischen Direktinvestitionen ergeben." Diese Regelung der portugiesischen Regierung entspricht voll den Wünschen des westdeutschen Finanzkapitals, welches seinen Kapitalbestand in Portugal allein von 1970 bis 1975 von 82,7 auf 307,8 Millionen Mark erhöht hat. (Nach: Nachrichten für Außenhandel vom 4. Mai und Runderlasse Außenwirtschaft)



Präsidentschaftswahlen in Portugal am 27. Juni
Die Sozialisten unterstützen den Kandidaten der NATO
Am 27. Juni wird in Portugal der Präsident gewählt, der verfassungsmäßig weitreichende Kompetenzen hat, u.a. Ernennung des Ministerpräsidenten, er ist Vorsitzender des Revolutionsrates, Oberkommandierender der Streitkräfte, er verkündet den Ausnahmezustand.
mer ein Verfahren vor dem Militärgericht anstehe. Da man aber die Kandidatur nicht verhindern konnte, verbietet man heute Carvalho, an Wahlversammlungen teilzunehmen, vor den Lisnave-Arbeitern zu sprechen, deren Betriebsversammlung mit sehr großer Mehrheit seine Kandidatur begrüßte. Carvalho genießt keine Freizügigkeit.
fon- und Telegrafenbetrieb lahm. Im staatlichen Hotelgewerbe, das gerade mit 2 Millionen DM aus der Arbeitslosenversicherung aufgepäppelt wurde, kam es zum Streik, der empfindlich traf, weil der Touristenstrom begonnen hat. Durch den Streik des Krankenhauspersonals vom März, der sich bis in den April hineinzog, sind die katastro-
Obwohl die britischen Trawler unter Geleitschutz von Fregatten und anderen Hilfsschiffen standen, gelang es den kleinen isländischen Küstenwachbooten, sie wirksam am Fischen zu hindern.

Präsidentschaftswahlen in Portugal am 27. Juni

Die Sozialisten unterstützen den Kandidaten der NATO

Am 27. Juni wird in Portugal der Präsident gewählt, der verfassungsmäßig weitreichende Kompetenzen hat, u.a. Ernennung des Ministerpräsidenten, er ist Vorsitzender des Revolutionsrates, Oberkommandierender der Streitkräfte, er verkündet den Ausnahmezustand.

Die drei großen bürgerlichen Parteien, die noch vor vier Monaten verschiedene „Favoriten" hatten, haben sich auf einen Kandidaten geeinigt: PS, PPD und CDS unterstützen gemeinsam Ramalho Eanes. Dazu kam es, nachdem Eanes in NATO-Kreisen Gunst gewonnen hatte und man in den NATO-Hauptquartieren offen Eanes als Präsident in Portugal wünschte. Heute sagen selbst bürgerliche Parteien: Eanes ist der Kandidat der NATO. Eanes ist der Militärstratege des 25. November. Er ist heute Oberkommandierender des Heeres und in dieser Funktion hat er im vergangenen halben Jahr die revolutionäre Soldatenbewegung niedergeschlagen, Truppen gegen Landarbeitergenossenschaften eingesetzt, hat er fortschrittliche Offiziere entlassen, ein ausgeklügeltes Spitzelwesen im Heer eingeführt, die Reglementierung verschärft.

Weitere Kandidaten der Rechten sind Pinheiro de Azevedo (jetziger Ministerpräsident, dessen Kandidatur aber von keiner Partei unterstützt wird und daher keine Chancen hat) und Kaulza de Arriaga. Arriagas Kandidatur hat nur einen einzigen Zweck: Damit soll einer der übelsten faschistischen Oberhäuptlinge voll rehabilitiert werden. Denn de Arriaga war Oberbefehlshaber in Mozambique und für den Kolonialkrieg und die Massaker des portugiesischen Kolonialismus (Wiriamu) verantwortlich.

All diese drei Kandidaten sind Reaktionäre, oder wie es in Portugal heißt: Kandidaten des 25. November.

Ein Kandidat des 25. April

Ein einziger Kandidat vertritt dagen den 25. April: Otelo Saraiva de Carvalho war der militärische Organisator des Sturzes des faschistischen Regimes am 25.4.74, in der Folgezeit der Mann innerhalb des MFA, der sich von den bürgerlichen Parteien unabhängig zu halten versuchte und sich auf die Organe des Volkes stützte. Nach dem 25. November wurde de Carvalho degradiert und Anfang des Jahres verhaftet. Er steht heute noch unter Hausarrest. Er wurde als „Kandidat des 25. April" von den Organen des Volkswillens zum Kandidaten vorgeschlagen. In einem Betrieb von Lissabon mit etwas mehr als 2000 Beschäftigten wurden z.B. in weniger als zwei Tagen mehr als 1500 Unterschriften für seine Kandidatur gesammelt. Zunächst hieß es, seine Kandidatur sei nicht möglich, da gegen ihn noch immer ein Verfahren vor dem Militärgericht anstehe. Da man aber die Kandidatur nicht verhindern konnte, verbietet man heute Carvalho, an Wahlversammlungen teilzunehmen, vor den Lisnave-Arbeitern zu sprechen, deren Betriebsversammlung mit sehr großer Mehrheit seine Kandidatur begrüßte. Carvalho genießt keine Freizügigkeit.

Warum die revisionistische PCP plötzlich einen eigenen Kandidaten präsentiert

Die revisionistische PCP hatte zunächst erklärt, sie würde Azevedo oder Eanes unterstützen. Sie hatte vor, einen Kandidaten gemeinsam mit der PS zu unterstützen. Jetzt, nachdem die PS mit den Parteien der offenen bürgerlichen Reaktion gemeinsam Eanes unterstützt, nachdem Carvalho als Kandidat des Volkes durchgesetzt wurde, hat die PCP das Mitglied ihres ZK Otavio Pato aufgestellt, in deutlicher Absicht, zu spalten. Gegenüber den Kandidaten der Reaktion sagte Pato: „Nicht unterstützen bedeutet nicht, daß wir ihnen feindlich gegenüberstehen." Pato ist einer der führenden Revisionisten in der PCP. Er verkündete schon 1954 zusammen mit anderen die Theorie „des friedlichen Übergangs vom Faschismus zur Demokratie". Als am 7. Februar 1975 Tausende von Arbeitern in Lissabon gegen die Arbeitslosigkeit und die NATO demonstrierten, sagte Pato im Fernsehen: „Hinter diesen Demonstrationen stehen nicht nur Leute der nationalen Reaktion, sondern auch Agenten der internationalen Reaktion."

Otavio Pato führt seinen Wahlkampf vor allem gegen Carvalho. Seine Funktion besteht darin, unter den Volksmassen Verwirrung zu stiften, um den Kandidaten der bürgerlichen Reaktion, Eanes, zum Sieg zu verhelfen. Derart klar sind also die politischen Fronten in der Präsidentschaftswahl abgesteckt: Auf der einen Seite Eanes, unterstützt von den amerikanischen und europäischen Imperialisten, der NATO, den drei großen reaktionären Parteien sowie den beiden Sektierergruppen „PCP/ML" und „MRPP". Auf der anderen Seite Otelo de Carvalho als Kandidat der Arbeiter- und Einwohnerkommissionen, der fortschrittlichen Landarbeitergenossenschaften der Dorfversammlungen, unterstützt von der UDP und den fortschrittlichen Organisationen PRP, MES und FSP.

Zeit wachsender Unruhe

Die Präsidentschaftswahl fällt in eine Zeit wachsender Unruhe. Die Streikbewegung hat weiter um sich gegriffen. Die UDP schrieb am 25.5., daß „über 500000 Arbeiter im Kampf stehen". Ein Streik der Telefonarbeiter legte Ende Mai beinahe den gesamten Telefon- und Telegrafenbetrieb lahm. Im staatlichen Hotelgewerbe, das gerade mit 2 Millionen DM aus der Arbeitslosenversicherung aufgepäppelt wurde, kam es zum Streik, der empfindlich traf, weil der Touristenstrom begonnen hat. Durch den Streik des Krankenhauspersonals vom März, der sich bis in den April hineinzog, sind die katastrophalen Verhältnisse im Gesundheitswesen für das Volk ans Licht gekommen, sodaß heute jede bürgerliche Zeitung die traurigen Zustände anprangern muß.

Einiges deutet darauf hin, daß die Gegenüberstellung der beiden Militärangehörigen, des Reaktionärs Eanes und des fortschrittlichen Otelo de Carvalho, in der Präsidentschaftswahl die politische Debatte wieder in die Armee getragen hat. Jedenfalls erklärte Eanes kürzlich (laut Süddeutsche Zeitung vom 6.6.76), der militärische Spitzeldienst habe berichtet, „daß Offiziere, die sich am 25. November 75 ‚kompromittiert' hätten, Treffen abhielten und Unruhe stiften wollten" (Süddeutsche Zeitung). Eanes erklärt in diesem Zusammenhang: „Falls jemand versuchen sollte, eine neue Diktatur zu errichten …, würde ich nicht zögern, Panzer in die Straßen zu schicken oder ein Gewehr zu nehmen und zu schießen." Im selben Atemzug griff er die streikenden Arbeiter an, sie hätten politische Ziele mit ihren Streiks im Sinn.

Studenten kämpfen gegen die Wiedereinsetzung alter Faschisten in ihre Ämter

Die Unruhe, die um sich greift, ist Produkt der fortschreitenden Reaktion der herrschenden Klasse, die die Errungenschaften des Volkes zerschlagen will. Am deutlichsten ist dies in den Hochschulen, wo jetzt neue politische Unruhe eingezogen ist.

Die Studenten erheben sich gegen die Wiedereinsetzung altgedienter faschistischer Professoren. So wurde im Mai z.B. der berühmte Physiker Veiga Simao wieder als Professor in Coimbra eingesetzt. Dieser Mann war früher Rektor der Universität von Lourenço Marques in Mozambique und später Erziehungsminister unter Caetano, bis dieser am 25. April 74 gestürzt wurde. In der Rechtsfakultät Lissabons wurden wie an allen anderen Hochschulen und Schulen auch in den ersten drei Monaten 1975 allein 20 Professoren, die mit dem Faschismus kollaboriert hatten, von Studentenvollversammlungen abgesetzt. Unter ihnen befand sich der Vorsitzende der heutigen CDS, Professor Diogo Freitas do Amaral. Sie sollen jetzt wieder auf die Lehrstühle kommen.

Auch das drückt die Reaktion in Portugal aus. Es zeigt die Art, wie den Volksmassen Schritt für Schritt die Rechte wieder genommen werden sollen, die sie sich überall seit dem 25. April 74 erkämpft haben. – (kkw)

Die Einmischung des Sozialimperialismus in Angola wurde durch Legendenbildung vorbereitet

Gegenwärtig hat die sozialimperialistische Supermacht Besatzungstruppen in Angola stationiert, um sich das Land zu unterwerfen. Sie bestehen vor allem aus kubanischen Soldaten. Da die imperialistische Invasion im Namen des Fortschritts durchgeführt wurde, mußte den Feinden ihrer Spaltungspolitik und Einmischung der Stempel der Reaktion aufgedrückt werden. Die FNLA, Teil der angolanischen Befreiungsbewegung, wurde zur US-imperialistischen Marionettenbewegung, ihr Präsident zum CIA-Agenten erklärt, ihre Ideologie und Kampfziele als rassistisch und tribalistisch beschimpft. Über Jahre hinweg haben die sozialimperialistischen und revisionistischen Ideologen an einer Legende über die Geschichte des Befreiungskampfes des angolanischen Volkes und seiner nationalen Befreiungsbewegung gearbeitet, um so die Vorbereitung für die direkte Intervention zu treffen. Es ist deshalb von großer Nützlichkeit, wenn Angolaner selber, wie Ary Kemtiow Zirka, in seinem Buch „Angola libre“ die Geschichte ihres Volkes und seines Befreiungskampfes untersuchen.

Gegen den portugiesischen Kolonialismus, gegen dessen Helfershelfer, den Klerus, hielt das große Volk der Bakongo seine Geschichte und Tradition hoch. 1950 wurde die „Alliance des Bakongo“ (ABAKO) zur Pflege der Sprache und Kultur der Bakongo gegründet. Sie wurde seit 1955 unter ihrem Präsidenten Josef Kasavubu (später Staatspräsident des unabhängigen Kongo zusammen mit Patrice Lumumba als Ministerpräsident) zur politischen Partei. Ihr Programm forderte die Wiederherstellung des alten Königreiches Kongo, das Angola, Belgisch-Kongo (das heutige Zaire) und Französisch-Kongo (die heutige Volksrepublik Kongo) umfassen sollte. Auf den Vorschlag, den Kongo nach 330 Jahren in die Unabhängigkeit zu entlassen und ihn in der Zwischenzeit darauf „vorzubereiten“, reagierte die ABAKO sofort mit der Forderung nach sofortiger Unbhängigkeit. Sie erkannte sofort diesen Versuch, die wachsenden Befreiungsbewegungen abzustumpfen und zu betrügen.

Anfang der fünfziger Jahre wollte die portugiesische Kolonialmacht einen Häuptling, den die Bakongo gewählt hatten, nicht anerkennen und durch eine Marionette ersetzen. Das taten sie auch; die Afrikaner gründeten die UPNA (Union der Völker Nordangolas). Zu dieser Auseinandersetzung erklärte ein Mitglied der portugiesischen Regierung: „Es war legal, aber es war nicht recht, war der endgültige Bruch zwischen den Afrikanern und der Regierung. Ihre Tradition hatte man verachtet, man hatte einen Strohmann zu ihrem König gemacht, und der Weg zu politischem Fortschritt auf verfassungsmäßigem Weg war versperrt worden. Als wenige Monate später viele der führenden Persönlichkeiten San Salvadors verhaftet wurden, wuchs die Verstimmung; bei meiner Rückkehr nach Angola 1956 fand ich eine völlig veränderte Atmosphäre vor.“

Kampfziele wie die der ABAKO entstanden also in direkter Reaktion und im Kampf gegen die koloniale Unterjochung; in ihnen drückten die Völker Afrikas ihre Ablehnung der kolonialen Unterdrückung und ihre Würde aus. Dennoch
Unterdrückung und ihre Würde aus. Dennoch
waren diese Ziele rückwärtsgewandt und untauglich für die Führung des nationalen Befreiungskampfes: Es konnte nicht mehr um Rückkehr zur Monarchie, gegründet auf die Stammeswirtschaft, gehen, sondern um die nationale Befreiung gegen die Kolonialmacht, um den Zusammenschluß aller von ihr unterdrückten Stämme und Völker und die Bildung der Nation, um das Voranschreiten zu einer Gesellschaftsordnung, die die Produktivkräfte entwickeln kann und nicht auf zersplitterter, selbstgenügsamer Landwirtschaft beruht.

Die fortschrittlichen afrikanischen Führer erkannten dies auch. In den Reihen der angolanischen Befreiungsbewegung war in den fünfziger Jahren nur die UPNA unter den angolanischen Bauern und Zwangsarbeitern in Nordangola verankert ebenso wie bei den aufgrund des Terrors der Portugiesen nach Kongo geflüchteten Bauern. Ihr fortschrittlicher Flügel unter Holden Roberto machte sich im Zuge der erstarkenden Unabhängigkeitsbewegung daran, die Ziele der UPNA entsprechend festzulegen. Dabei hatte er die Unterstützung Lumumbas, des Führers der Volksmassen des Kongo gegen die belgische Kolonialmacht. 1958 wurde die UNPA umgewandelt in die UPA: die Union der angolanischen Völker. In ihrem Programm erklärte die UPA, daß sie eine „politische Organisation, gebildet für alle Afrikaner angolanischer Herkunft, ohne Mißachtung von Geschlecht, ethnischem Usprung oder Heimatort“ ist; als ihr Ziel wurde festgelegt, „eine demokratische Herrschaft für Arbeiter und Bauern innerhalb eines unabhängigen Angola“ zu errichten. Als wichtige Programmpunkte wurden „Erziehung, Landreform, ökonomischer Aufbau des Landes und Blockfreiheit“ bestimmt. Die UPA wie später die FNLA kämpfte in der Folgezeit gegen alle jene Kräfte innerhalb der Bakongo, die immer wieder versuchten, den Befreiungskampf zugunsten des Kampfes für die Herstellung des alten Königreiches zurückzuzerren. Die UPA machte sich daran, alle Völker Angolas in einer einheitlichen Front zusammenzuschließen, und brachte dies auch in ihrer Führung zum Ausdruck: Rosario Neto vom Volk der Mbundu wurde Vizepräsident, Alexander Taty als Vertreter Cabindas ebenfalls, und Anibal de Melo, Mulatte aus Luanda, wurde politischer Direktor. Gegenüber der PDA (Demokratische Partei Angolas), die sich auf die Bazombo, ebenfalls im Norden Angolas angesiedelt, stützte, wurde die Einigung vorangetrieben, so daß am 27. März 1962 die FNLA (Nationale Befreiungsfront Angolas) gegründet wurde. Am 3. April 1962 wurde die GRAE (Revolutionäre Regierung Angolas im Exil) gegründet; deren Außenminister wurde Jonas Savimbi, so daß in ihr auch das größte Volk Angolas, die Ovimbundu im Süden, vertreten waren. Mit der MPLA gelang die Einigung nicht. In diesem Zeitraum wurde in der MPLA gerade ein heftiger Streit zwischen deren Leitung in Angola und dem Auslandsflügel unter Neto ausgetragen. Von seiten der FNLA wurde der MPLA vorgehalten, daß sie im wesentlichen eine Organisation aus Intellektuellen ohne Verankerung unter den Bauernmassen sei und sich statt auf den bewaffneten Kampf wesentlich auf diplomatische Aktivitäten in Afrika und Europa konzentriere. Zirka schreibt: „In der Tat hat in diesem Zeitabschnitt die MPLA sich nicht am bewaffneten Kampf beteiligt.“

Nicht genug tun können sich die Revisionisten über die Erhebung des angolanischen Volkes am 15. März 1961 in Malange, Cuanza Nord und Uige. Sie behaupten, diese Erhebung sei ein schlecht vorbereiteter Versuch der UPA gewesen, das alte Königreich wiederherzustellen, sie sei rassistisch gewesen, und absichtlich seien auch Afrikaner getötet worden. Wir wollen gleich sagen, worum es sich handelt: Es war ein Bauernaufstand gegen die portugiesischen Unterdrücker und Blutsauger. Die Bauern hatten nichts weiter verlangt als eine Erhöhung des Preises der Baumwolle um 50 Prozent pro Kilo und waren nicht mehr bereit, die Früchte ihrer Arbeit den Kolonialisten zu Schleuderpreisen zu überlassen. Nehmen wir jedoch aufgrund der vielen Verdrehungen ein für die Revisionisten unverdächtiges, weil bürgerliches Zeugnis; jenes des Pastoren Malcolm McVeigh: „Die Erhebung von Baixa do Cassange war nicht so sehr ein gegen die Weißen gerichteter Angriff als eine Operation, die sich gegen die Mißstände richtete, die die Cotonang-Gesellschaft bei ihrem Baumwollprogramm unter dem Schutz der Regierung schuf. Es ist wahr, daß die Afrikaner Fenster einschlugen und die Läden europäischer Händler ausraubten; es ist wahr, daß sie eine katholische Missionsstation angriffen und die Residenz des offiziellen Vertreters der örtlichen Behörden. Unter den Weißen gab es wenig Tote.“ Der Aufstand der Bauern wurde von der UPA unterstützt. Es wurden dabei auch Afrikaner getötet; die revisionistischen Geschichtsschreiber machen daraus, daß neben den „Weißen“ auch extra die „Gebildeten und Mestizen“ von der UPA getötet wurden. Gegenüber all diesen Verleumdungen schreibt Zirka: „Wir stellen deshalb fest, daß die Bauern des Nordens nur Afrikaner getötet haben, die mit der Kolonialmacht kollaboriert haben.“

Die Kolonialmacht schlug blutig zurück. Die amtliche Nachrichtenagentur gab für 1961/62 627 Angolaner (8 Prozent der Bevölkerung) als tot oder vermißt an. Dieser Bauernaufstand war der Beginn des bewaffneten Befreiungskampfes in Angola; in ihm sind die Bauernmassen auf den Plan getreten im Kampf gegen die Kolonialmacht. Er war auch der Abschluß einer langjährigen Phase, in der sich das angolanische Volk, Vertreter seiner nationalen Befreiungsbewegung immer wieder erneut an die UNO mit Petitionen gewandt hatten, an den USA-Imperialismus, der damals im Namen der Demokratie und als Bezwinger des Hitlerfaschismus in der ganzen Welt auftrat, um die Völker und Nationen der Dritten Welt für sich einzunehmen und die imperialistischen Konkurrenten auszustechen.

Von all den Lügen und Verdrehungen revisionistischer Geschichtsschreibung bleibt also nichts zurück. Das kann nicht anders sein, denn sie dient nichts anderem als der Bemäntelung imperialistischer Politik. Wir verstehen allerdings besonders gut, weshalb die Revisionisten diesen Bauernaufstand verfälschen müssen. Zu Hause in der UdSSR lassen sie die Landwirtschaft verkommen und unterdrücken die Bauernmassen, in Afrika schröpfen sie rücksichtslos die Länder, deren Wirtschaft sich zu einem erheblichen Teil aus der Landwirtschaft, der Arbeit der Bauern, speist. Wir haben in der KVZ berichtet, daß sie bereits dabei sind, sich die Kaffee-Ernte Angolas, die vor allem im Norden produziert wird, unter den Nagel zu reißen. Von den Bauern wird der Kaffee zu um die 20 Prozent des Weltmarktpreises verkauft, an die MPLA-Regierung zahlt die Sowjetunion 38 Prozent des Weltmarktpreises. Kein Wunder, daß sie die Aufstände der Bauern verächtlich machen. Darin drückt sich ihre Furcht und ihr Haß ihnen gegenüber aus, denn im Kampf um nationale Befreiung sind die Bauernmassen unter einer revolutionären Führung eine gewaltige Macht. – (hjh)



Die Nationale Befreiungsfront Angolas (FNLA), deren Kämpfer das Bild zeigt, wurde am 27. Februar 1962 gegründet als ein Schritt zum Zusammenschluß aller Völker Angolas in einer einheitlichen Front.
einer einheitlichen Front.

auf ihren „Offenen Brief an die Mitglieder

Die Besatzungstruppen werden bekämpft

Ein militärischer Sieg der MPLA, errungen mit den kubanischen Söldnertruppen des Sozialimperialismus gegen die beiden anderen Befreiungsorganisationen, wird die Probleme Angolas nicht lösen können, sondern neue schaffen. „Die Widersprüche, die die Supermächte für ihre Einmischung nutzten, werden fort existieren und um so schwerer zu lösen sein.“ Dies haben wir Ende Januar in der KVZ geschrieben. Ein Volk, das gerade den portugiesischen Kolonialismus besiegt hat, wird sich nicht damit abfinden, daß eine neue imperialistische Macht an dessen Stelle tritt. Kein Wunder, daß in der MPLA Widersprüche auftraten und auf diese mit der Verhaftung einer Reihe von MPLA-Kämpfern reagiert wurde, wie „Voz Do Povo“, Organ der UDP, berichtet.

Die bürgerliche Presse gibt die Erklärungen der Befreiungsorganisationen nur verstümmelt wieder. Jedenfalls läßt sich der Berichterstattung entnehmen: „Sechzig Kilometer von Luanda entfernt haben kubanische Zivilisten begonnen, von Portugiesen verlassene Pflanzungen zu übernehmen und zu bearbeiten. Bei Columbo im Südosten und auf Zuckerplantagen bei Caxito im Nordosten sollen sich schon dreitausend Kubaner angesiedelt haben. Das berichten Guerilla-Kämpfer der von den Kommunisten im Bürgerkrieg geschlagenen FNLA, die bis in die Nähe der angolanischen Hauptstadt vorgedrungen sind. Der FNLA zufolge handelt es sich zum großen Teil um Familienangehörige der kubanischen Interventionstruppen“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.6.). Die Kubaner, die sich als neue Kolonisatoren des Landes betätigen, treffen sowohl auf die Ablehnung der Massen wie auch auf den Widerstand von UNITA und FNLA. „Gewechselt hat nur der Gegner. Wie vordem den Portugiesen schlägt jetzt den – nicht sehr erfolgreich und mit hohen Verlusten kämpfenden – Kubanern die Feindschaft der dörflichen Bevölkerung entgegen.“ (Die Zeit) Die UNITA erklärt, daß sie in den vergangenen fünf Wochen 280 kubanische Söldner im Buschkrieg getötet, 47 gefangengenommen und 60 ihrer Kämpfer verloren hat. Die FNLA berichtet, daß von ihr bei einer Reihe von Angriffen im Norden mehrere Hundert Mann der Truppen getötet wurden und zur Vergeltung die Regierungstruppen die Region bombardiert haben. Der Verteidigungsminister der MPLA-Regierung, Iko Carriera, hat selber in einer angolanischen Zeitung erklärt, daß der Krieg in Angola weitergehe.

Nach Berichten der Nachrichtenagenturen ddp und AP hat sich Agostino Neto in einem Schreiben an Jonas Savimbi, den Präsidenten der UNITA, gewandt und Gespräche über eine „Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Organisationen“ vorgeschlagen. Das kann eine Wende bedeuten. An die FNLA hat er sich allerdings nicht gewandt.

Die „Zeit“, der eine sozialimperialistische Herrschaft über Angola immer noch lieber ist, als ein vollkommen unabhängiger und antiimperialistischer Staat der Dritten Welt, schreibt beunruhigt: „Jetzt aber werden rassistische Töne laut, Parolen wie Afrika den Afrikanern!“ Das ist kein Rassismus, sondern das sind Parolen des Kampfes für die vollständige Befreiung Angolas, die nach der Niederlage der portugiesischen Kolonialmacht jetzt die Vertreibung der sozialimperialistischen Besatzungstruppen erfordert. – (hjh)

Opportunismus im Dienst der Sowjetunion

Im „Offenen Brief an die Mitglieder des KBW“ vom April 1976 bezeichnet die DKP die angolanischen Befreiungsorganisationen UNITA und FNLA als imperialistische Banden. „Der Grund dafür, daß diese angebliche Einheit (aller drei Befreiungsorganisationen) **nie** existiert hat, ist einfach zu erraten: zwischen den Kräften der nationalen Befreiung und den Kräften des Imperialismus kann es keine Einheit geben.“

Es ist erstaunlich, mit welcher Frechheit die DKP darauf setzt, daß ihre früheren Erklärungen einfach vergessen werden.

1971 wurde im DKP-Verlag „Marxistische Blätter“ das Buch „Die Staaten Afrikas und Asiens“ herausgegeben. Dort steht: „In Angola existiert neben der MPLA noch die Nationale Befreiungsfront Angolas, die unter der Leitung von Holden Roberto in Kinshasa eine ‚Provisorische Regierung Angolas im Exil‘ bildete. ... Die kolonialistischen und neokolonialistischen Kräfte sind bemüht, sich diese Spaltung zunutze zu machen und sie durch Einflußnahme auf potentiell proimperialistische Kräfte weiter zu vertiefen. Dabei verfolgen sie das Ziel, die verschiedenen Organisationen des Befreiungskampfes aufeinander zu hetzen, damit ihre Kräfte zu paralysieren und für den unvermeidlichen Fall der Unabhängigkeit ein neokolonialistisches Regime zu installieren.“

Im Februar 1975, nach dem gemeinsamen Abkommen aller drei Befreiungsorganisationen in Mombasa und dem Vertrag mit Portugal von Alvor, schrieb das der DKP nahestehende „Antiimperialistische Informationsbulletin“: „Bis zum Tage der Einigung von MPLA, FNLA und UNITA hatte die internationale Reaktion alle Hebel in Bewegung gesetzt, um eine Verständigung der drei Organisationen zu verhindern. Mit Enttäuschung und Wut reagierte man daher auf die gemeinsame Erklärung von Mombasa und auf die Verhandlungsergebnisse mit Portugal. ... Eines aber ist sicher: Die Chancen der Feinde Angolas werden umso geringer, je enger die Befreiungsbewegungen zusammenarbeiten und je strikter der angolanisch-portugiesische Vertrag in die Tat umgesetzt wird.“

Es ist aber auch erklärlich: sie sind jeweils für den Tag geschrieben, um die von jeher betriebene Spalterpolitik des Sozialimperialismus je nach Lage zu maskieren oder zu rechtfertigen, um in der Solidaritätsbewegung mit dem Kampf der Völker der portugiesischen Kolonien Fuß zu fassen, Teile davon an sich zu binden und spalten zu können. Das ist der DKP an verschiedenen Orten und bei etlichen Organisationen geglückt.

Nach fast einhundertjähriger kolonialer Barbarei geht für Zimbabwe die Sonne wieder auf

„Die Sonne ist gesunken, die Diener sind gegangen, das Kaminfeuer brennt. Durch die Wohnhalle wehen Geigentöne. Ein Barockschrank verbirgt die Hi-Fi-Stereo-Anlage." „Im Eßzimmer nebenan entzündet die Hausfrau die Kerzen in den englischen Silberkandelabern." Für den „Stern" (Nr. 24) ist dieser spießige Kitsch Symbol dafür, daß die weißen Kolonialisten Zivilisation und Kultur nach Zimbabwe gebracht haben. In „harter Arbeit" mit „eigenen Händen" hätten sie ihre Herrschaftshäuser, die Farmen und Plantagen, Bergwerke und Industrien aufgebaut in einem Land, wo vorher nur nackte Wilde in unzivilisierten Horden lebten. Jetzt lauern sie draußen als Terroristen. „Die MPi ist mein nächtliches Arbeitsgerät", läßt der „Stern" einen Farmer sagen. Ungerechterweise wollen die neidischen Wilden den Siedlern wegnehmen, was diese geschaffen haben, und droht Rhodesien in der Hand der Schwarzen wieder in Barbarei und Rückständigkeit zu versinken.

Nebenbei erfährt man, daß es „Ruinen einer alten Festungsstadt", die Ruinen von Zimbabwe gibt. „Mit der Existenz dieser mächtigen Steinbauten, die vermutlich um 1500 vom Shona-Stamm errichtet wurden, begründen die schwarzen Rhodesier heute ihren „historischen Machtanspruch. Die Freiheitskämpfer machten Zimbabwe zu ihrem Symbol." Tatsächlich sind diese Ruinen Symbol der nationalen Einheit und hohen kulturellen und zivilisatorischen Entwicklung, die die Völker Zimbabwes vor dem Einfall der Kolonialisten schon erlangt hatten und die fortzuführen sie entschlossen sind. Die Ruinen sind zugleich Ausdruck der Zerstörung, die für die afrikanischen Völker die „zivilisatorische Mission" der Weißen bedeutet hat.

ZANU-Spendenkonto:
Nr. 10 68 326
Volksbank Mannheim

Als die Weißen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kamen, war das Land zwischen den Flüssen Limpopo und Zambesi die Heimat zweier afrikanischer Völker, der Mashona oder Shona und der Matabele, ebenfalls von den Shona stammend und ursprünglich in Südafrika siedelnd. Lobenguela, König der Matabele, der über das ganze Land regierte, war der Sohn des Zulu-Generals Mzilikazi, der sein Volk aus Südafrika nach Zimbabwe geführt hatte, um es vor der Unterwerfung durch die vordringenden weißen Siedler zu bewahren und der die vorher regierende Mashona-Dynastie unterwarf. Die Shona-Könige hatten im 12. Jahrhundert ihre Herrschaft über das ganze Inlandplateau zwischen Limpopo und Sambesi, also weiter als das heutige Rhodesien ausgedehnt. Zimbabwe war seit dem 13. Jahrhundert Sitz der Shona-Könige und Mittelpunkt der Eisenverarbeitung. „Groß-Zimbabwe ist der architektonische Ausdruck des Höhepunktes einer entwickelten afrikanischen Eisenzeitkultur, die sich im 17. Jahrhundert erfolgreich gegen koloniale Eindringlinge – die Portugiesen – verteidigt hatte." (Nach: betrifft: Rhodesien, 1974) Archäologische Funde zeigen, daß der Hügel bereits 300 n. Chr. besiedelt war und die ältesten bisher gefundenen Grundmauern gehen aufs 11. Jahrhundert zurück.

Über die wirtschaftliche Entwicklung wird berichtet, daß 60000 bis 70000 Bergwerke im Mittelalter im südlichen Afrika existierten. Es gab bereits eine entwickelte Arbeitsteilung in Verhütter, Schmelzer, Schmiede. Quellen sprechen von Shonahäuptlingen, die um 1800 „über große und reiche Stämme" herrschten, die „wundervolles Vieh" und einen „Überfluß an Gemüse" besaßen. Als die Matabele ihre Oberherrschaft errichteten, „gab es im gesamten Reich etwa 200 bis 280000 Stück Vieh". Der Handel war nicht nur zwischen den einzelnen Stämmen bzw. Völkern entwickelt, sondern wurde zeitweise bis Europa und Asien betrieben, vor allem mit Eisenwaffen, Eisengeräten, Gold, Elfenbein, Matten. Der zügellosen Ausplünderung der Völker durch die herrschende Königsdynastie wirkte entgegen, daß die ihm beigeordneten Häuptlinge gewählt waren. 1891 war die Matabele-Armee etwa 15000 Mann stark, auf die sie ihre Herrschaft über die anderen Völkerschaften gründeten. Trotz dieses Widerspruchs zwischen den Matabele und den von ihnen unterworfenen Shona- und Lozwi-Völkern kämpften sie gemeinsam gegen die Kolonisierung, die sie als die Hauptbedrohung ihrer aller Existenz erkannt hatten.



Die „Burg von Zimbabwe": Symbol der nationalen Einheit und hohen kulturellen Entwicklung des Volkes von Zimbabwe und zugleich Ausdruck der Zerstörung, die für die afrikanischen Völker die „zivilisatorische Mission" der Weißen bedeutete.

Sie kam mit Cecil Rhodes, seit 1890 Premierminister der südafrikanischen britischen Kolonie, die ebenfalls erst nach langen blutigen Vernichtungskriegen gegen die afrikanischen Völker und Ausrottung mehrerer von ihnen, durch die Buren errichtet werden konnte. Rhodes war Präsident der De Beers-Diamanten-Bergbau-Gesellschaft und Teilhaber der größten Goldminengesellschaft, für die Bourgeoisie Selfemademan und Beweis, daß Männer die Geschichte machen. „Als Sohn aus einem puritanischen Pfarrhaus" war er „mittellos nach Rhodesien gekommen", galt als reichster Mann der Welt und hatte „sein dort erworbenes Riesenvermögen in den Dienst der Idee eines Südafrikanischen Reiches mit Bulawayo in Rhodesien als Hauptstadt" gestellt (nach einer südafrikanischen Propagandaschrift: Afrika Post 6/1975). Sein Reitpferd in diesem „Dienst" war die von ihm 1889 gegründete „British South Africa Company" (BSAC), mit deren Hilfe er britische Kolonien vom Kap bis Kairo schaffen wollte. Von der britischen Regierung ließ er der BSAC die Vollmacht übertragen, Verträge mit Afrikanern abzuschließen, das Land nördlich des Transvaals und westlich von Mozambique zu verwalten, Gesetze zu erlassen, eine Polizeitruppe aufzustellen, über das Land zu verfügen und das Monopol über Bergbau und Handel auszuüben. Der britische Gesandte hatte 2 Jahre davor König Obenguela hereingelegt, indem er ihn einen „Freundschaftsvertrag" unterschreiben ließ, über dessen Inhalt er erst viel später erfuhr und in dem steht, daß „unter der Rudd Konzession der König" Großbritannien „vollständige und ausschließliche Verfügung über alle Metalle und Mineralien in meinem Königreich" überträgt und autorisiert, „die genannten Begünstigten (gemeint ist Großbritannien, Red.) alle notwendigen und gesetzmäßigen Schritte zu übernehmen, aus meinem Königreich ... alle Personen auszuschließen" (Rhodesia, London 1969), die ebenfalls an das Eigentum der afrikanischen Völker gehen wollen, also die kolonialistische Konkurrenz. Diesen Vertrag hat die britische Regierung der BSAC verkauft. Raubend und sengend überfiel sie seit 1890 das Land, jedem Siedler, der sich ihren Trecks anschloß, versprach sie Schürfrechte für Gold und 12 Quadratkilometer Land.

Der Widerstandskrieg der Mashona und Matabele, die von 1896/97 an gemeinsam kämpften, wurde mit den überlegenen Waffen von den Siedlern blutig niedergeschlagen. Als die von Cecil Rhodes propagierten riesigen Goldvorkommen sich als gering erwiesen, wurden Siedler für die Ausbeutung der Landwirtschaft auf großen Farmbetrieben angeworben. Die Zwangsarbeit für die Afrikaner wurde eingeführt, um Arbeitskräfte in Bergbau und Landwirtschaft zu erhalten. Da freiwillig kein Afrikaner, der noch von der Landwirtschaft leben kann, zur Lohnarbeit bereit ist, mußte ihnen auch diese Grundlage entrissen werden. Ihr Vieh wurde geraubt und vernichtet, ihr Land wurde weggenommen und sie in Reservate auf dem schlechtesten Boden und insgesamt weniger als 20 % der Gesamtfläche (Bevölkerung 300000 Weiße, über 6 Millionen Afrikaner) gepfercht, die durch die Überausbeutung des Bodens zur Ernährung der großen Bevölkerung immer unfruchtbarer wurden. Eine Kopfsteuer half nach, alle zur Lohnarbeit für die weißen Kolonialisten für Hungerlöhne zu zwingen. Die koloniale, kapitalistische Ausplünderung schaffte es, in weniger als einem Jahrhundert aus den „reichen Stämmen" ein in Elend und Rückständigkeit gehaltenes Lohnsklavenheer zu machen, um einer kleinen Minderheit von Blutsaugern ein dekadentes Leben in Reichtum und Überfluß zu ermöglichen. Dem ist der Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe dabei, den Garaus zu machen. So ist die Reportage im „Stern" eine Erinnerung an die Vergangenheit der Ausbeuterherrschaft in Zimbabwe, der geschichtlichen Perspektivlosigkeit der bürgerlichen Klassenherrschaft. – (hl)

Indonesien kontrolliert nur Dili und Baucau

„Anschluß" Osttimors an Indonesien

Die demokratische Republik Osttimor widersetzt sich hartnäckig den indonesischen Aggressionstruppen. Indonesien hat am 7. Dezember letzten Jahres die Demokratische Republik Osttimor, eine frühere portugiesische Kolonie, überfallen und die Hauptstadt Dili erobert. In Dili wurde dann eine Marionettenregierung eingesetzt, die

von einer ganzen Reihe von Staaten der Dritten Welt anerkannt, und am 11. Dezember letzten Jahres erreichte die Demokratische Republik Osttimor einen Beschluß des Entkolonialisierungsausschusses der UNO nach sofortigem Abzug der indonesischen Truppen. Dieser Beschluß mußte kürzlich durch den Sicherheitsrat der UNO bekräftigt werden

Als die Weißen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kamen, war das Land zwischen den Flüssen Limpopo und Zambesi die Heimat zweier afrikanischer Völker, der Mashona oder Shona und der Matabele, ebenfalls von den Shona stammend und ursprünglich in Südafrika siedelnd. Lobenguela, König der Matabele, der über das ganze Land regierte, war der Sohn des Zulu-Generals Mzilikazi, der sein Volk aus Südafrika nach Zimbabwe geführt hatte, um es vor der Unterwerfung durch die vordringenden weißen Siedler zu bewahren und der die vorher regierende Mashona-Dynastie unterwarf. Die Shona-Könige hatten im



Die „Burg von Zimbabwe": Symbol der nationalen Einheit und hohen kulturellen Entwicklung des Volkes von Zimbabwe und zugleich Ausdruck der Zerstörung, die für die afrikanischen Völker die „zivilisatorische Mission" der Weißen bedeutete.

Indonesien kontrolliert nur Dili und Baucau

„Anschluß" Osttimors an Indonesien

Die demokratische Republik Osttimor widersetzt sich hartnäckig den indonesischen Aggressionstruppen. Indonesien hat am 7. Dezember letzten Jahres die Demokratische Republik Osttimor, eine frühere portugiesische Kolonie, überfallen und die Hauptstadt Dili erobert. In Dili wurde dann eine Marionettenregierung eingesetzt, die von Indonesien und den Imperialisten als die rechtmäßige Regierung Osttimors ausgegeben wurde. Zusammen mit den indonesischen Besatzern hat diese Regierung, die sich auf nichts weiter stützen kann als die Bajonette der indonesischen Armee, eine sogenannte „Volksversammlung Osttimors" gestiftet.

Diese sogenannte Volksversammlung ist nun dem Wunsch seiner Autraggeber nachgekommen und hat formell bei der indonesischen Regierung in Djakarta um Anschluß Osttimors an Indonesien nachgesucht. Osttimor wird damit offiziell die 27. Provinz Indonesiens. Ziel dieses von der indonesischen Regierung ausgeführten und den Imperialisten eingefädelten Betrugsmanövers war, sowohl die Bevölkerung Indonesiens wie die Weltöffentlichkeit über die wirklichen Zustände in Osttimor hinwegzutäuschen. Die Imperialisten tun alles, um den Eindruck zu erwecken, dieses Ziel sei erreicht. So frohlocken sie: von den Resten der großsprecherischen FRETILIN-Bewegung sei nichts zu hören und zu sehen gewesen. (Neue Zürcher Zeitung, 3.6.)

Weshalb sie das durch ihre Schreiberlinge, die sie extra nach Dili geschickt haben, um einen Augenzeugenbericht zu bekommen, feststellen lassen, hat folgende einfache Ursache: Die FRETILIN, die Revolutionäre Front für die Befreiung von Osttimor, ist unter den Volksmassen von Osttimor breit verankert. Die FRETILIN hat den Befreiungskampf gegen den portugiesischen Kolonialismus organisiert und unter der Führung der FRETILIN hat das Volk von Osttimor den Kampf fortgesetzt gegen die neuen Besatzer. Unter der Führung der FRETILIN hat das Volk von Osttimor am 28. November letzten Jahres seinen eigenen Staat, die Demokratische Republik Osttimor, gegründet. Die Demokratische Republik Osttimor ist heute von einer ganzen Reihe von Staaten der Dritten Welt anerkannt, und am 11. Dezember letzten Jahres erreichte die Demokratische Republik Osttimor einen Beschluß des Entkolonialisierungsausschusses der UNO nach sofortigem Abzug der indonesischen Truppen. Dieser Beschluß mußte kürzlich durch den Sicherheitsrat der UNO bekräftigt werden.

Obwohl die indonesischen Aggressionstruppen seit 9 Monaten versuchen, den nationalen Befreiungskampf des Volkes von Osttimor auszulöschen, obwohl sie bereits 60000 Menschen – das ist ein Zehntel der Einwohner von Osttimor – umgebracht haben, hält das Volk von Osttimor am Kampf fest und hat keinen Zentimeter seines Bodens gegenüber den indonesischen Aggressoren preisgegeben. So halten die indonesischen Aggressoren wohl die Hauptstadt Dili und die Küstenstadt Baucau besetzt, das Land einzunehmen aber ist ihnen trotz ihres völkermörderischen Kriegs nicht gelungen. Amule Alcatiri Maribim, Staatsminister der Demokratischen Republik Osttimor und Vertreter der FRETILIN, erklärte am 11. Mai gegenüber der algerischen Zeitung „El Moudjahid": „Die indonesische Regierung war sich sicher, den Kampf, der von der FRETILIN und dem Volk von Osttimor geführt wird, in drei Tagen auszulöschen. Aber der Krieg, den sie über unser Volk gebracht hat, dauert bereits 9 Monate. Und während der harten Kämpfe in diesen 9 Monaten besteht ihr einziger Erfolg darin, 15 % unseres Territoriums zu besetzen, der Rest ist unter Kontrolle der FRETILIN."

Diesen Zustand kann weder das Suharto-Regime, das in Indonesien herrscht, ertragen noch die internationale Finanzbourgeoisie. Das Suharto-Regime gründet seine Herrschaft auf die Ermordung von 500000 indonesischen Kommunisten, die es nach seiner Machtergreifung am 30. September 1965 umgebracht hat. Der Sieg des Volkes von Osttimor im nationalen Befreiungskampf ist eine Fackel für die Völker Indonesiens und entfacht ihren Widerstand gegen das äußerst reaktionäre Suharto-Regime, das völlig im Dienst des Imperialismus steht, aufs neue. (gj)

Die F.POLISARIO in Bou Craa

Phosphatproduktion lahmgelegt

Bou Crâa angegriffen

In der letzten Maiwoche haben die Befreiungsstreitkräfte der F.POLISARIO auf dem gesamten Territorium der von marokkanischen und mauretanischen Truppen besetzt gehaltenen Demokratischen Arabischen Republik Sahara ihre Angriffe gezielt verstärkt und neue große Siege errungen. So wurde am 21. Mai Bou Crâa, das Zentrum der Phosphatförderung, angegriffen. Dabei wurden 15 marokkanische Soldaten getötet, 6 verwundet und 2 Militär-LKWs verbrannt. Das Förderband, mit dem das Phosphatgestein über 100 km bis zu seiner Verladung im Hafen El Aiun transportiert wird, wurde bei diesem Angriff auf einer Länge von 500 Metern vollständig zerstört. Am 28.5. wurde Bou Crâa erneut angegriffen und mit Artillerie beschossen. Die Madrider Tageszeitung „Pueblo" schreibt, die marokkanische Armee habe teilweise die Kontrolle über die Region um Bou Crâa bereits verloren und damit auch die Kontrolle über das Phosphat. Es wird in der Zeitung gemeldet, die spanischen Techniker, die im Phosphatabbau nach wie vor eingesetzt sind, hätten ihre Evakuierung gefordert. Weiter heißt es in der Meldung, die marokkanischen Phosphatarbeiter seien in unbegrenzten Urlaub geschickt worden und die Saharauischen Arbeiter hätte man entlassen. Die spanische Zeitung „Ya" meldete am 30. Mai, inzwischen seien auch die spanischen Arbeiter entlassen worden. (Nach: El Moudjahid, algerische Tageszeitung vom 20. Mai)

Die marokkanischen Revisionisten stellen sich hinter die Invasion der Westsahara

Ali Jata, der Generalsekretär der marokkanischen „Partei für Fortschritt und Sozialismus", die früher verbotene KP, hat im Parteiorgan, der Tageszeitung „Al Bajane" klargestellt, die Sahara-Frage sei „positiv und endgültig geregelt". Es sei „Marokko gelungen, seine Sahara-Provinz total zu befreien. Dies geschah dem internationalen Gesetz entsprechend, der UNO-Charta, den Vorkehrungen der internationalen Sicherheit einerseits und den tiefen Bestrebungen unseres Volkes und seiner nationalen Truppen andererseits. Daher ist für uns der Fall erledigt." Ali Jata ließ diese Stellungnahme zuvor von dem Zentralkomitee seiner Partei in Casablanca billigen. Im weiteren Verlauf der Klarstellung bedankt er sich bei der Sowjetunion für die Unterstützung Marokkos gegenüber Algerien, das für die Unabhängigkeit und das Selbstbestimmungsrecht des saharauischen Volkes eintritt und es in seinem Befreiungskampf unterstützt. (Nach einer Meldung der Marokkanischen Presseagentur)

Der sowjetische Sozialimperialismus hat sich Anteile am marokkanischen Phosphat gesichert

„Marokko ist der Welt bedeutendster Phosphatexporteur", berichtete das westdeutsche Kapitalistenblatt „Blick durch die Wirtschaft" am 20. Mai. Marokko habe seine Position festigen können „durch Übernahme der Phosphatmine von Bou Crâa in der Westsahara". Mit der Einverleibung der Westsahara durch Marokko wollten die internationalen Phosphatmonopole, die die marokkanische Phosphatgesellschaft OCP kontrollieren, ihre Position stärken. Daraus aber ist bis jetzt nichts geworden.

Das Volk der Westsahara führt unter Führung der F.POLISARIO mit großem Erfolg den nationalen Befreiungskampf gegen den Versuch, das Land weiterhin für die imperialistische Ausplünderung offen zu halten. Die Erfolge der F.POLISARIO haben jetzt offenbar auch die sowjetischen Sozialimperialisten in Schrecken versetzt: Die Sozialimperialisten haben sich vertraglich als Partner der marokkanischen Phosphatgesellschaft OCP die Erschließung und Ausbeutung eines neuen Phosphatlagers bei Meskala in Marokko gesichert. Die geplante jährliche Fördermenge sollte 10 Millionen Tonnen betragen. Die gesamte Menge soll in die Sowjetunion abtransportiert werden. Das ist mehr als die Hälfte des derzeitigen marokkanischen Exports.

Zu dem Projekt gehört auch der Ausbau eines eigenen Verladehafens in Essaouira am Atlantik durch die Sozialimperialisten. „Blick durch die Wirtschaft" wußte nun jedoch zu melden, man sei übereingekommen, das Projekt vorläufig nicht in Angriff zu nehmen.

Reaktionäre Forderungen zum „Schutz der Frauen“

Die Zeitung „Arbeiterkampf“ ruft nach dem Staat

Die Zeitschrift „Arbeiterkampf“, deren Neigungen mehr auf dem Gebiet der Psychiatrie denn auf dem Felde der Politik liegen, hat in ihrer vorletzten Nummer folgende Diagnose getroffen: „Plümer bestätigt damit wieder einmal die schlimmsten Vermutungen über seinen Geisteszustand.“ Plümer ist der Sekretär der Ortsleitung Hamburg des KBW. Worum ging es? Was hat dem Genossen Plümer diese Diagnose eingebracht? Er hatte in der Ortsbeilage Hamburg der KVZ einen Artikel mit dem Titel „Der ‚Arbeiterkampf‘ ruft nach dem Staat“ veröffentlicht. In diesem Artikel hatte er gezeigt, wohin es mit der Zeitschrift „Arbeiterkampf“ gekommen ist: In der Auseinandersetzung zwischen Mann und Frau, die in dieser Zeitschrift den Klassenkampf überschattet, hatte der „Arbeiterkampf“ inzwischen nach dem Gendarmen gerufen, um die Frauen vor den Männern zu schützen.

Wie es zugeht zwischen Mann und Frau, darüber kann sich der interessierte Leser gegenwärtig Tag für Tag in der „Bild“-Zeitung informieren. Dort läuft eine Serie unter dem Titel: Mein Mann schlägt mich. Fotolaborantinnen, Verkäuferinnen, Deutschpolinnen, Fabrikanten- und Architektenfrauen berichten dort, wie sie alle unterschiedslos von ihren Männern verhauen werden. Die „Bild“-Zeitung stellt Fragen: „Haben Sie sich niemals gewehrt?“, „Was empfinden Sie noch für Ihren Mann?“, „Wann hat er damit angefangen?“, „Haben Sie sich öfters versöhnt?“ usw. Bisher hat die „Bild“-Zeitung noch nicht herausgelassen, in welcher Richtung sie die Lösung für die geschundenen Frauen sieht. Die Zeitschrift „Arbeiterkampf“ ist da allemal fortgeschrittener. Sie kämpft für das „Recht der Schwächeren, im Notfall Schutz auch vom bürgerlichen Staat zu fordern.“ „Solange die Massen nicht soweit mobilisiert und bewußt sind, um dieses Problem wirklich solidarisch ‚untereinander auszutragen‘ und gegebenenfalls **selbst** den Schutz der Geprügelten und Geschundenen zu übernehmen und zugleich rückständige Ehemänner oder Eltern zu erziehen, müssen wir für dieses Recht eintreten.“ Für das Recht der Schwächeren, sich vom bürgerlichen Staat schützen zu lassen, müssen wir also eintreten. Recht hat der Arbeiterkampf! Ist es nicht die Pflicht des bürgerlichen Staats, wenn er die Ehen standesamtlich schließt, dann auch mit Staatsgewalt und Polizei dafür zu sorgen, daß in den Ehen Ordnung herrscht?

Um es gleich zu sagen: Das ist ein rechter Fürsorgeamt**manns**einfall. Keine der Frauen, die bisher in der „Bild“-Zeitung zu Wort gekommen sind, nicht einmal die Fabrikantenfrauen, die ja einigen Grund hätten, in die Polizei und die Staatsanwälte Vertrauen zu hegen, hat bisher diesen Gedanken geäußert. In der Arbeiterklasse jedenfalls ist es eine alltägliche Erfahrung: Sobald die Polizei kommt und sich in Streitereien unter den Massen einmischt, geht es gemeinsam gegen die Polizei und ihre Einmischung. So ist es auch im allgemeinen in der Auseinandersetzung zwischen Mann und Frau. Zu klar ist den Massen im Bewußtsein, daß von seiten des bürgerlichen zwischen Mann und Frau. Zu klar ist den Massen im Bewußtsein, daß von seiten des bürgerlichen Staates nur Schikanen und Verfolgung zu erwarten sind, aber keine Lösung der Probleme, wegen denen es zum Streit gekommen ist. Diese Probleme entstehen aus der Gesellschaftsordnung, die die Polizei schützt. Die Zeitschrift „Arbeiterkampf“ wird einige Mühe haben, die Massen für ihren fortgeschrittenen Standpunkt zu gewinnen: „das Recht der Schwächeren, im Notfall Schutz auch vom bürgerlichen Staat zu fordern“.

In der neuesten Nummer hat der „Arbeiterkampf“ eine wirtschaftliche Forderung nachgeschoben, um die Frauen auf die Unterstützung durch den bürgerlichen Staatsapparat auszurichten. Er fordert jetzt die „Bezahlung der Hausarbeit durch den Staat“. Die Redaktion hat diese Forderung der „Arbeitsgruppe Frauen KB/Gruppe Hamburg“ mit einem Fragezeichen versehen, um notfalls von ihr wieder herunterzukommen. Bezahlung der Hausarbeit durch den Staat, das ist ungefähr genau so fortschrittlich wie das Recht des Schwächeren, sich notfalls durch den bürgerlichen Staat schützen zu lassen. Kein Wunder deshalb, daß die großen bürgerlichen Parteien bereits früher auf diesen Vorschlag gekommen sind als die Zeitung „Arbeiterkampf“ und mit der Forderung nach Hausfrauenlohn Frauenstimmen hausieren gingen. Das erwähnt auch der „Arbeiterkampf“, wirft den großen bürgerlichen Parteien jedoch vor, daß sie die Forderung nicht wirklich ernst meinen. Anders die Zeitschrift „Arbeiterkampf“. Was ist die Ausgangsthese bei der Begründung ihrer großartigen Forderung?

Die lautet: „Wirtschaftlich ist die Frau total abhängig von ihrem Mann: Die Hälfte der Frauen bekommt Wirtschaftsgeld zugeteilt. Ein Drittel erhält ein Taschengeld für den persönlichen Bedarf. Über eigenes Geld verfügen die Hausfrauen nicht. Die Hausfrau ist Putzfrau, Köchin, Waschfrau, Erzieherin und Hauslehrerin zugleich. Ihre Schwerarbeit wird nicht bezahlt.“ So vernünftig das einem bürgerlichen Ohr auch klingen mag, es ist vollkommener Unsinn. Zunächst mal: Bekommt denn der Schweißer, auf den sich der „Arbeiterkampf“ im Gegensatz zur Hausfrau bezieht, seine Schwerarbeit bezahlt? Offensichtlich muß man das denken, wenn man den „Arbeiterkampf“ liest. Es ist aber nicht so. Die Lohnform seiner Bezahlung erweckt zwar den Schein, als bekäme er seine Arbeit bezahlt. In Wirklichkeit bekommt er aber das bezahlt, was er dem Kapitalisten verkauft: seine Arbeitskraft. Wie alle Waren wird die Arbeitskraft im großen und ganzen über alle Schwankungen hinweg nach ihrem Wert bezahlt. Ihr Wert bestimmt sich nach ihren Reproduktionskosten: also nach dem Wert der Waren, die zu einem gegebenen historischen Zeitpunkt notwendig sind, um die Ware Arbeitskraft herzustellen und zu reproduzieren. Dabei bestimmt er sich nicht nach der Herstellung der einzelnen Ware Arbeitskraft, sondern nach den Reproduktionskosten der Arbeiterfamilie, die dafür sorgt, daß dem Kapitalisten nicht nur heute Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt angeboten wird, sondern auch morgen und eine Generation später. Die Schwerarbeit des Schweißers wird also keineswegs bezahlt. Der Kapitalist kauft seine Arbeitskraft vielmehr allein deshalb, weil sie die Fähigkeit hat, an einem Arbeitstag unverhältnismäßig viel mehr Werte zu produzieren, als zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendig sind. Diese Fähigkeit eignet sich der Kapitalist mit dem Kauf der Arbeitskraft an, und indem er die Arbeitskraft im Produktionsprozeß ausbeutet, vermehrt er sein Kapital. Das Ergebnis dieses sich innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft beständig erneuernden Prozesses ist, daß auf der einen Seite immer wieder die Arbeitskraft reproduziert wird, die auf den Markt gebracht und verkauft werden muß, während sich auf der anderen Seite die gesellschaftlichen Reichtümer in den Händen der Kapitalisten aufhäufen. Für die ganze Arbeiterklasse gilt, daß sie nie mehr erhält als sie zu ihrer Erhaltung als Arbeitskraft braucht. Das, was sie erhält, erhält sie in der Form des Lohns.

Also nicht nur für die Hausfrau ist es so: Ihre des Lohns.

Also nicht nur für die Hausfrau ist es so: Ihre Schwerarbeit wird nicht bezahlt. Auch bei ihrem Mann, zum Beispiel dem Schweißer, ist es nicht anders: Seine Schwerarbeit wird nicht bezahlt. Bezahlt wird nur der Teil seiner Arbeit, der den Wert seiner Arbeitskraft reproduziert. Das Produkt seiner unbezahlten Arbeit eignet sich der Kapitalist als Mehrwert an. Weshalb Marxisten sagen, daß die Kapitalisten die Arbeiter ausbeuten. Der Unterschied zu seiner Frau ist der: Der Schweißer verkauft seine Arbeitskraft an den Kapitalisten. Die Hausfrau verkauft ihre Arbeitskraft nicht an ihren Mann. Denn zwischen den beiden besteht weder ein Lohn- noch ein Ausbeutungsverhältnis. Die Arbeitsgruppe Frauen des KB/Gruppe Hamburg dagegen scheint davon auszugehen, daß die Männer die Frauen ausbeuten. Jedenfalls behauptet sie: „Wirtschaftlich ist die Frau total abhängig von ihrem Mann.“ Wiederum gilt: So vernünftig es dem bürgerlichen Ohr auch klingt, es ist perfekter Unsinn. Ist der Mann arbeitslos und kann seine Arbeitskraft nicht verkaufen, dann zeigt sich schnell: Die Frau ist wirtschaftlich nicht von ihrem Mann abhängig, sondern beide, Mann und Frau, wie auch ihre Kinder, sind davon abhängig, daß es dem Mann gelingt, seine Arbeitskraft zu verkaufen, und zwar zu einem Preis, der es erlaubt, die Familie zu ernähren. Das ist den meisten Frauen der arbeitenden Klassen vollständig klar, weshalb sich die Frauen der Lohnabhängigen auch immer mehr für den Lohnkampf interessieren. Daß die Frau nicht vom Mann wirtschaftlich abhängig ist, sondern vom Lohn und davon, daß er bezahlt wird, zeigt sich sofort, wenn der Lohn des Mannes nicht reicht, um die Familie zu ernähren. Dann muß die Frau mit heran zur Ernährung der Familie und ihre Arbeitskraft ebenfalls verkaufen. Weil es den Kapitalisten gelungen ist, die Löhne so tief zu drücken, daß sie in seltenen Fällen noch ausreichen, um eine Arbeiterfamilie zu ernähren, ist inzwischen die Regel, daß Mann und Frau der Arbeiterfamilie ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Das ist auch der gesellschaftliche und ökonomische Grund dafür, daß die Arbeiterfamilie immer mehr zerstört wird, worauf die Zeitschrift „Arbeiterkampf“ mit dem Ruf nach Polizei reagiert.

Daß die Frau wirtschaftlich nicht vom Mann abhängig ist, sondern vom Lohn, zeigt sich auch dann, wenn sich die Arbeiterfamilie trennt. Zwar muß der Arbeiter nach wie vor einen Teil seines Lohnes der Frau für ihren Unterhalt bezahlen, doch das reicht der Frau selten zum Leben. Die Frau muß dann ihre Arbeitskraft verkaufen, damit sie leben kann. Sowie man die Sache etwas genauer anschaut, sieht man also: Erstens, auch die Arbeit des Mannes wird nicht bezahlt, sondern nur zu dem Teil, der den Wert der Arbeitskraft reproduziert. Zweitens, die Frau ist auch dann, wenn sie nicht selber in einem Lohnverhältnis steht, wirtschaftlich nicht vom Mann abhängig, sondern vom Lohn, den der Mann für den Verkauf seiner Arbeitskraft erhält. Oder sie steht selber in einem Lohnverhältnis.

Jetzt können wir auch sagen, wie es sich mit der Hausarbeit der Frauen verhält. Richtig ist, daß diese Arbeit nicht bezahlt wird. Genauso richtig ist aber, daß der Lebensunterhalt der Frau wie der des Mannes und der Kinder durch den Arbeitslohn bezahlt wird, denn die Unterhaltskosten für die Frau und die Kinder sind im Lohn des Mannes enthalten. Oder sollten darin enthalten sein, und die Arbeiterklasse kämpft mit ihren Gewerkschaften dafür, daß das der Fall ist. Wenn es den Kapitalisten in den letzten Jahrzehnten immer mehr gelungen ist, den Lohn so zu drükken, daß er nicht mehr ausreicht, um eine Familie zu ernähren, und wenn immer mehr Frauen zusätzlich ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, dann ist das zwar ein Beweis für die Verschärfung der Ausbeutung durch den Kapitalismus, aber keineswegs ein Beweis für die verdrehten ökonomischen Gedanken des KB und seiner Arbeitsgruppe Frauen.

Statt nun die kapitalistische Produktionsweise anzugreifen, in der Männer und Frauen vom Lohn abhängig sind und nur leben können, wenn anzugreifen, in der Männer und Frauen vom Lohn abhängig sind und nur leben können, wenn es wenigstens dem Mann gelingt, seine Arbeitskraft an den Kapitalisten zu verkaufen, stellt der KB Nord die ökonomisch verrückte, weil kleinbürgerliche Forderung nach Bezahlung der Hausarbeit durch den Staat auf. Da die Hausfrau ihre Arbeitskraft nicht an den Staat verkauft, soll sie sich wohl selber an den Staat verkaufen, wobei dann die Ehe zum Verhältnis einer Staatssklavin zu einem Lohnsklaven würde.

Aber werden wir ernst, auch wenn es schwerfällt: Wir haben gesehen, daß die Arbeiterklasse den Kampf führen muß, damit sie ihre Arbeitskraft zu einem Preis verkauft, der die Reproduktion der Arbeitskraft, und das heißt der Arbeiterfamilie erlaubt. Die Arbeiterfamilie kann von nichts anderem leben als vom Lohn. Deshalb ist sie Arbeiterfamilie. Bei allen übrigen Lohnabhängigen verhält es sich gleich. Entweder reicht der Lohn des Mannes für die Familie. Oder die Frau muß ihre Arbeitskraft ebenfalls verkaufen. Leicht verständlich, welche Bedeutung der Lohnkampf nicht nur für den Mann, sondern für die ganze Arbeiterklasse hat: für Männer, Frauen und Kinder. Befreien kann sich die Arbeiterklasse nur durch die Beseitigung des Privateigentums und die Aufhebung des Lohnverhältnisses.

Worauf läuft aber der Vorschlag des „Arbeiterkampfes“ hinaus? Entsprechend seiner Ausgangsthese: „Wirtschaftlich ist die Frau total abhängig von ihrem Mann“ läuft der Vorschlag einfach darauf hinaus: Statt wie bisher den Lohn in der Familie so aufzuteilen, daß einigermaßen die notwendigsten Bedürfnisse der Familie befriedigt werden können, soll der Staat einen weiteren Teil der Lohngelder sich via Steuern aneignen und dann an die Frauen auszahlen, damit sie in Zukunft statt wie jetzt angeblich vom Mann nun wirklich vom Staat abhängig werden. An die Stelle der „ungerechten“ Aufteilung des Lohns in der Arbeiterfamilie soll die gerechte Aufteilung durch den bürgerlichen Staat treten. Hat es schon einmal einen perverseren Vorschlag gegeben als diesen, der unter dem Vorwand der Befreiung der Frau einen Raubzug gegen die Lohnabhängigen anpreist? Mit dessen Hilfe sollen angeblich die Frauen von ihren Männern befreit, in Wirklichkeit aber die Arbeiterfamilien direkt ökonomisch in die Abhängigkeit des bürgerlichen Staates gebracht werden. Nebenher hat der Vorschlag wie alles beim „Arbeiterkampf“ auch einen obszönen Zug: Er läuft auf die Einführung der Prostitution nach BAT als beim Staat einzuklagende Leistung hinaus.

Wir erinnern uns an den Anfang des Artikels: Der „Arbeiterkampf“ wollte die Frauen der Arbeiterklasse durch die Polizei vor ihren vertierten Männern retten. Jetzt will er dem Staat auch noch das Recht zusprechen, sich in einem gigantischen Raubzug Lohngelder anzueignen und sich mit Hilfe dieser Lohngelder in die Familien der Arbeiterklasse und der Lohnabhängigen einzukaufen. Muß man noch darauf hinweisen, daß sich die Arbeiterklasse so schnell wie möglich von solchen Ratgebern befreien muß, und zwar mit Hilfe eines Fußtritts ins bürgerliche Gesäß. Sei es nun weiblich oder, wie tatsächlich zu vermuten, männlich. Wer sonst als kleinbürgerliche Jünglinge könnte so von Fürsorglichkeit triefen? Nur noch kleinbürgerliche alte Jungfern. Wir tippen jedoch darauf, daß sich hinter der Arbeitsgruppe Frauen nicht letztere, sondern erstere verbergen.

Um zum Schluß zu kommen: In derselben Nummer, in der die glorreiche Idee des Hausfrauengehalts an die Frau gebracht werden soll, läßt sich der „Arbeiterkampf“ auch über die Bundestagswahlen aus. Er teilt mit, daß er diesmal im Gegensatz zu 1972 aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zur Wahl der SPD aufrufen werde. Mag sein. Seine Stellungnahme zum Regierungswechsel in Niedersachsen ließ anderes erwarten. Dort wurde frech behauptet, „eine CDU-Regierung wäre eine schwere Niederlage für alle demokratischen Kräfte“. Dann hörte man nichts mehr. Man mußte denken, daß sich der KB in den Bundestagswahlen an der CDU rächen würde, nachdem er schon folgende Drohung an die FDP Bundestagswahlen an der CDU rächen würde, nachdem er schon folgende Drohung an die FDP ausgesprochen hatte:

„Warnung an die Umfallerpartei: Jetzt eine Koalition mit der CDU – und bei der nächsten Wahl putzt ihr die Platte.“

Vorläufig putzt der KB selber die Platte und retuschiert an dem traurigen Bild herum, das er in den letzten Bundestagswahlen abgegeben hatte. Die SPD sollte als das kleinere Übel verkauft werden. Das will er diesmal nicht mehr machen. Der KB Nord droht uns an, an verschiedenen Orten für die Wahl des KBW einzutreten. Sei's drum. Wir haben schon Schlimmeres durchgemacht. Wir wollen nur vorsorglich festhalten: Egal ob der KB Nord empfiehlt, die SPD zu wählen oder für den KBW zu stimmen: er selbst bleibt ein reformistischer kleinbürgerlicher Verein. Wie bei allen Kleinbürgern kommt das besonders dann heraus, wenn er sich den Frauen zuwendet. Man kann die Frauen der arbeitenden Klasse vor diesen Annäherungsversuchen nur warnen. Sofern es noch nötig ist. – (gs)

Interview mit dem Genossen T. Bonga, ANC (African Nationalists)

Südafrika gehört den Afrikanern!

Eine Delegation des African National Congress (African Nationalists) mit den Genossen A.M. Makiwane und O.K. Setlhapelo wird auf Einladung des Zentralen Komitees des KBW vom 14. bis 18. Juni auf fünf Veranstaltungen in der Bundesrepublik sprechen. Die African Nationalists im ANC verfolgen das Ziel, den Befreiungskampf des Volkes von Azania, insbesondere die Entwicklung des bewaffneten Kampfes, voranzutreiben und mit den anderen Organisationen der nationalrevolutionären Bewegung, wie dem Pan Africanist Congress und der Black Consciousness Movement, die Einheit des Volkes von Azania im Befreiungskampf zu stärken. Das auf der Grundlage des Vertrauens in die eigene Kraft und gegen jede äußere Einmischung. Dabei stoßen sie auf die erbitterte Feindschaft der Revisionisten, insbesondere der revisionistischen Kommunistischen Partei Südafrikas (SACP). Diese versucht seit 1969 verstärkt die Kontrolle über die Führung des African National Congress auszuüben, wie das folgende Interview mit dem Genossen Bonga zeigt. Mit dem Vorwurf des „Rassismus" betrieb die SAPC im ANC den Ausschluß von acht African Nationalists aus der äußeren Führung des ANC, weil diese sich dagegen wehren, daß der ANC in eine Agentur des Sozialimperialismus verwandelt wird und die Revisionisten die Entwicklung des bewaffneten Befreiungskampfes des Volkes von Azania, gestützt auf die eigene Kraft, sabotieren.

Diese Rundreise wie auch die bereits mit der Southern African Student Movement (SASM) stattfindende Rundreise dienen der politischen und materiellen Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Azania und der Festigung der Solidarität zwischen den Völkern von Azania und Westdeutschlands im gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus.

Veranstaltungen finden statt:

Montag, 14. Juni:	Freiburg
Dienstag, 15. Juni:	Frankfurt
Mittwoch, 16. Juni:	Münster
Donnerstag, 17. Juni:	Bremen
Freitag, 18. Juni	Westberlin

Die weißen Kolonialisten behaupten, sie seien rechtmäßig in Südafrika, weil sie ein Land ohne Volk besiedelt hätten, und daß die schwarzen Afrikaner später aus dem Norden einwanderten. Sie begründen damit ihren Anspruch, über Südafrika zu herrschen, und die Behauptung, daß sie eine von verschiedenen Nationen in Südafrika seien.

Der African National Congress of South Africa (African Nationalists) (ANC/AN) vertritt den Standpunkt, daß Südafrika ein afrikanisches Land ist und daß das ganze Land dem afrikanischen Volk in diesem Land gehört, wie Namibia den Namibiern, Zimbabwe den Zimbabwern, Indien den Indern und Westdeutschland den Westdeutschen gehört. Kolonialismus als politisches System war nie rechtfertigbar. Die internationale Gemeinschaft (der Völker) hat vermittels der Vereinten Nationen beständig den Kolonialismus verurteilt und das Recht der unterdrückten Nationen auf Selbstbestimmung hochgehalten. Das Komitee für Entkolonialisierung der Vereinten Nationen hat während der vergangenen Jahrzehnte lobenswerte Arbeit verrichtet, indem es die Übel des Kolonialismus brandmarkte und indem es den nationalen Befreiungskampf der unterdrückten Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas unterstützte. Die weißen Rassisten in Südafrika kamen als Aggressoren gegen das afrikanische Volk in das Land. Sie kamen nicht auf Einladung des afrikanischen Volkes, vielmehr bewaffnet mit dem Gewehr in der einen und der Bibel in der anderen Hand bekämpften sie die afrikanischen Völkerschaften über 300 Jahre lang. Sie enteigneten sie von ihrem Land und Vieh. Die Behauptung, daß das Land unbesiedelt war, ist eine schamlose rassistische Lüge, die die Rassisten in ihren Universitätsinstituten selber widerlegen, wo archäologische Fakten demonstrieren, daß Afrikaner bereits vor Christus Bergbau und Eisengießerei betrieben haben.

Auf jeden Fall ist es ein überhebliches Argument, zu behaupten, weil der Dieb in das Haus durch die Hintertür eindringt, während die Eigentümer im Wohnzimmer sitzen, sei das Haus unbewohnt. Vollkommen klar ist, daß Afrikaner schwarz sind und daß es keine gibt, die nicht schwarz sind. Die Rassisten in Pretoria bezeichnen die unabhängigen afrikanischen Staaten als schwarze afrikanische Staaten, als ob es eine andere Art afrikanischer Länder gäbe. Dahinter steckt die schlecht verborgene Absicht, ihre illegale Besetzung unseres Landes zu rechtfertigen, indem sie sich als Afrikaner, „weiße Afrikaner" bezeichnen, während sie sich in der Praxis aber stets als Europäer bezeichnen. Sie behalten die europäische Kultur bei und haben nie versucht, sich mit der afrikanischen Kultur zu identifizieren.

Das Recht. Südafrika zu regieren. kann nur
ren.

Das Recht, Südafrika zu regieren, kann nur von allen Leuten Südafrikas auf der Grundlage des allgemeinen Erwachsenenwahlrechts kommen. Die Rassisten haben von den rechtmäßigen Eigentümern des Landes kein Mandat, Südafrika zu regieren, noch haben sie das Mandat, sich 87 Prozent unseres Landes anzueignen. Die African Nationalists sind gegen die Balkanisierung Südafrikas in die verhaßten und bitter armen Bantustans. Sie betonen, daß Südafrika nur ein Land ist mit einer einzigen integrierten Wirtschaft. Es sollte ein einziges Parlament haben, wo die Vertreter nach dem Prinzip „Ein Mann – eine Stimme" gewählt werden, unabhängig von Rasse, Hautfarbe, Geschlecht oder Überzeugung. Daraus folgt, daß es nur eine südafrikanische Nation geben kann. Die Weißen sind ein Teil der verschiedenen Völkerschaften, die diese Nation bilden.

Die weißen Rassisten sind keine eigene Nation, wie sie es der Welt außerhalb Südafrikas glauben machen wollen. Dabei handelt es sich stets um einen Versuch, ihre rassistische Politik zu rechtfertigen.

Was sind die Hauptphasen des Widerstands- und Befreiungskampfes des Volkes von Südafrika?

Es gibt drei Hauptphasen im Kampf gegen weißen Kolonialismus in Südafrika. Die erste Phase ist die des bewaffneten Widerstandes gegen die weißen Invasoren durch unsere Vorfahren vom 17. Jahrhundert bis Ende des letzten Jahrhunderts. Sie ist die Phase des bewaffneten Widerstandes. In diesem Kampf hatten die Weißen einen Vorteil in zweierlei Hinsicht. Einmal kämpften die Afrikaner nicht als eine vereinte Nation, sondern als unterschiedliche ethnische Gruppen wie die Sotho, Zulu, Xosa. Der weiße Feind war in der Lage, Bruder gegen Bruder auszuspielen und die verschiedenen afrikanischen Völker voneinander zu isolieren, bevor er gegen sie einen Angriff startete. Zum anderen kamen die weißen Invasoren von einer überlegenen Technologie, und deshalb hatten sie die bessere Bewaffnung, das bessere System der Kommunikation und Mobilität.

Die zweite Phase ist die des friedlichen Protestes und danach des massenhaften gewaltlosen Kampfes unter der Führung der nationalen Bewegung wie dem African National Congress. Die militärische Niederlage durch die Weißen lehrte die Afrikaner die wichtige Bedeutung des vereinten Kampfes gegen den gemeinsamen Feind. Auf dieser Grundlage wurde der ANC 1912 gebildet, um das afrikanische Volk zu vereinen und seinen politischen Forderungen Ausdruck zu verleihen und den weißen Herrschern in Südafrika und der britischen Regierung zu präsentieren. Erinnern wir uns daran, daß Großbritannien die dominierende Kolonialmacht war und verantwortlich ist für die „South Africa Act of Union" von 1909 (Gründungsbeschluß der Südafrikanischen Union), der die Macht in Südafrika der weißen Minderheit übergab. Petitionen und Protestdelegationen wurden von den weißen Herrschern mißachtet. Der Afrikanische National-Kongreß wandte sich dann dem zivilen Ungehorsam, Streiks und Massendemonstrationen zu im Versuch, das politische Bewußtsein des afrikanischen Volkes zu erhöhen wie auch die Aufmerksamkeit der Weißen auf die vom weißen Regime ausgeübten politischen Ungerechtigkeiten zu lenken.

Die Antwort des rassistischen Regimes war die Zurückweisung der politischen Forderungen der afrikanischen Völker und die gewaltsame Unterdrückung des Befreiungskampfes. Sharpville ist das meistbekannte Massaker des rassistischen Regimes am afrikanischen Volk. Aber die Afrikaner wurden vor und nach 1960 massakriert. Das Verbot von African National Congress und Pan African Nationalist Congress 1960 verbunden mit der Einführung einer ständig wachsenden Zahl von Sicherheitsgesetzen durch das rassistische Regime zwang den ANC, den bewaffneten Kampf als eine weitere Form des Widerstandes
sche Regime zwang den ANC, den bewaffneten Kampf als eine weitere Form des Widerstandes zu übernehmen.

Es war klar geworden, daß die Politik des gewaltlosen Widerstandes, die unsere Organisation fünf Jahrzehnte lang befolgt hatte, niemals Erfolg haben wird, im Land einen demokratischen Wandel herbeizuführen, und daß von der Führung des ANC nicht realistisch erwartet werden kann, daß sie weiterhin Gewaltlosigkeit predigt, wenn die weißen Rassisten ihre gewaltsame Unterdrückung der Forderungen des Volkes vorantreiben. Sabotage an Regierungseinrichtungen war die erste Stufe der Phase des bewaffneten Kampfes, und jetzt sind Vorbereitungen im Gange für einen Volkskrieg für nationale Befreiung. Das wird ein für allemal das rassistische Regime und seine schädliche Politik vom Antlitz Südafrikas vertilgen und eine neue Epoche vollkommen demokratischer Rechte für alle Menschen im Land bringen.

Wieweit und in welcher Weise hat die Führung der revisionistischen Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP) innerhalb des ANC die Entwicklung des Befreiungskampfes der afrikanischen Massen gefesselt, insbesondere die Entwicklung des bewaffneten Kampfes, und welche Rolle spielt sie heute?

Die Führung der SACP ist kleinbürgerlicher Herkunft, einige sind von Familien großer Grundbesitzer und Händler in Krugersdorp, während andere Fabrikbesitzer in Johannesburg sind. Als Führung und Partei sind sie keine Revolutionäre. Eine Basis in der Arbeiterklasse haben sie nicht. Die wirkliche Führung der SACP ist in einem rassistischen Land wie Südafrika in der Hand von Nichtafrikanern, von Kleinbourgeois und Intellektuellen, während streng genommen die Arbeiterklasse schwarz ist. Es existiert also eine Lage, wo die Parteiführung nicht das widerspiegelt, was ihre Massenbasis sein sollte, denn sie hat keinerlei revolutionäre Beziehungen zu den schwarzen Arbeitermassen. Afrikaner sind zur Partei bloß zugelassen als Aushängeschilder der nichtafrikanischen Führung, denn die Mitgliedschaft in der Partei ist nicht nur geheim, sondern wir erlangt oder verloren durch die Zustimmung oder Ablehnung der nichtafrikanischen Führung der Partei, die aus einer Handvoll Familien besteht, die sie seit Jahrzehnten wie ein Privatunternehmen betreiben. Unabhängig gesinnte Afrikaner haben deshalb in der SACP keinen Platz, und sobald sie in ihr irgendwelches unabhängiges Denken zeigen, werden sie summarisch aus der Partei ausgeschlossen und als „Antikommunisten" gebrandmarkt. Wegen ihrer fehlenden Massenbasis unter den afrikanischen Massen beschloß die SACP den ANC zu infiltrieren und als Rekrutierungsbasis von Mitgliedern und Frontorganisation zu gebrauchen. Um diese Strategie zu verwirklichen, zwang die SACP 1969 die Tambo-Führung des ANC, Nichtafrikaner, sogenannte „Revolutionäre" als Mitglieder des ANC anzuerkennen. Die Nichtafrikaner sollten entscheiden, wer von ihnen ein Revolutionär ist. In der Praxis bedeutete das, daß die gleiche Clique, die die SACP dominiert, jetzt im ANC in der Lage war zu entscheiden, wer unter den Nichtafrikanern ein Revolutionär war, wer nicht. Die Nichtafrikaner forderten in dieser Phase nicht ausgeschlossen zu werden von dem wichtigen Entscheidungsprozeß im ANC, inklusive über den bewaffneten Kampf.

Die schwache Führung von Tambo akzeptierte die Forderungen der angeblichen revolutionären Nichtafrikaner, und das Ergebnis war, daß die ANC-„Tambo"-Gruppe außerhalb Südafrikas aufhörte, eine afrikanische nationalistische Organisation zu sein. Sie hat keinen eigenen revolutionären Plan, und sie hält sich unterwürfig an die Befehle der SACP, die jetzt einen dominierenden Einfluß auf die Entscheidungen der Tambo-Gruppe ausübt. Man muß daran denken, daß die SACP keine eigene Armee hat und keine Basis unter den Volksmassen. Trotzdem will sie das Recht in Anspruch nehmen, die Guerillastrategie
unter den Volksmassen. Trotzdem will sie das Recht in Anspruch nehmen, die Guerillastrategie des ANC zu bestimmen. Der Grund, weshalb die sogenannten nichtafrikanischen Revolutionäre ihre Handlanger in der ANC-Führung anwiesen, die Führung des ANC (African Nationalists) aus dem ANC auszuschließen, war, daß wir die organisatorische Souveränität und Integrität des ANC verteidigten und darauf bestanden, daß damit Schluß sein müsse, daß die SACP ein parasitäres politisches Leben an der Politik des ANC führt. Dadurch hat sie eine schädliche Spaltung in unserer Organisation verursacht.

Der Hauptwiderspruch zwischen den Afrikanischen Nationalisten und der Tambo-Gruppe im ANC ist der, daß die Afrikanischen Nationalisten für die vollständige Unabhängigkeit des ANC von jeder Kontrolle durch irgendwelche Organisationen oder Länder eintreten. Wir anerkennen die Existenz anderer Befreiungsbewegungen in Südafrika wie dem Pan Africanist Congress, die Unity Movement und die Black Consciousness Movement, und wir sind bereit, mit ihnen zusammenzuarbeiten, „wie auch mit der SACP, sofern sie ihre eigene Organisation identifizieren kann" mit dem gemeinsamen Kampf für nationale Befreiung von Organisation zu Organisation auf der Grundlage der gegenseitigen Respektierung und vollständiger Unabhängigkeit von äußerer Kontrolle. Das ist eine Position, die die von der SACP dominierte Tambo-Führung zu akzeptieren unfähig ist, teilweise weil sie keinerlei revolutionären Ehrgeiz hat und teilweise wegen des überwältigenden Einflusses der SACP auf die Tambo-Führung durch die Kontrolle ihrer Geldmittel und der Geldkanäle aus Osteuropa.

Welche Aufgabe stellt sich der ANC (African Nationalists) in der Befreiung Südafrikas von Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus der beiden Supermächte? Welche Linie muß eurer Meinung nach dabei verfolgt werden und in der Vereinigung der Befreiungsbewegung und ihrer verschiedenen Organisationen in Südafrika? Inwiefern wird dazu die Konferenz des ANC beitragen, die ihr vorbereitet?

Der ANC (African Nationalists) hat die Aufgabe, die afrikanischen Massen hinter dem Banner des ANC zu mobilisieren für einen entscheidenden Kampf für nationale Befreiung und vollständige Ausrottung des Rassismus in Südafrika in allen seinen Manifestationen. Da dieser Kampf ein politischer Kampf ist, ist eine unserer Aufgaben, das politische Bewußtsein der Massen zu heben und mit ihnen ein klar bestimmtes politisches Programm auszuarbeiten, dem wir verpflichtet sind. Da wir uns klar darüber sind, daß das rassistische Regime nur durch Gewalt gestürzt werden kann, ist unsere Aufgabe in dieser Hinsicht, einen langdauernden Volkskrieg vorzubereiten, das Volk zu bewaffnen und die notwendige logistische Unterstützung zu organisieren. Um ein solches Programm durchzuführen, sind wir auf materielle Unterstützung von allen unseren Freunden im Ausland angewiesen und von allen Gegnern von Rassismus, Imperialismus und Kolonialismus. Das Rassistenregime erhält große politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung von einigen westlichen Ländern, die die Ausbeutung und nationale Unterdrückung der Afrikaner in Südafrika fördern soll. Gegner des Rassismus und Imperialismus und die Revolutionäre in der ganzen Welt haben eine internationalistische Pflicht, den Kampf des Volkes von Südafrika in jeder möglichen Weise zu unterstützen. Der ANC (African Nationalists) wird nur durch seine Mitglieder kontrolliert und lehnt jede Kontrolle und Manipulation von außen ab, sei sie von links oder rechts, von einer Supermacht oder anderen Mächten. Einheit mit anderen Befreiungsbewegungen kann erreicht werden, wenn sie auf einer prinzipiellen Grundlage des gegenseitigen Respekts und der gegenseitigen Souveränität jeder Organisation in einer offenen, ehrlichen und leidenschaftslosen Bewertung der gegenseitigen leidenschaftslosen Bewertung der gegenseitigen politischen Positionen, in guter Absicht in allen Beziehungen zwischen den Organisationen und auf der Grundlage der Ausarbeitung eines allgemein annehmbaren Minimalprogramms für den Kampf für nationale Befreiung erfolgt. Es muß hinzugefügt werden, daß in der Frage der nationalen Befreiung, die den unmittelbaren Vorrang hat im Kampf in Südafrika, es keinen Widerspruch gibt zwischen uns und den anderen Bewegungen. Die Aufgabe der ANC-Konferenz ist es, unseren Mitgliedern die Gelegenheit zu geben, ihre Führung zu wählen und den allgemeinen Präsidenten, weil Tambo für niemanden gehandelt hat seit 1957, als der letzte Präsident, Häuptling A. Luthuli, starb. Eine andere Aufgabe der Konferenz wird es sein, der Führung ein klares Mandat zu geben in der Frage der afrikanischen Einheit wie auch für den Kampf, der vom ANC geführt werden soll. Kurz, so eine Konferenz dient dazu und muß die Strukturen des demokratischen Entscheidungsprozesses anwenden, um die revolutionären Fähigkeiten unserer Organisation zu erhöhen.

Rundreise der SASM



In einer Reihe von Städten finden seit Anfang Juni bis zum 19. Juni Veranstaltungen statt mit der Delegation der SASM, den Genossen M. M'sawenkosi und Thamsanqa Fanekiso (Black Allied Workers Union), zur politischen und materiellen Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Azania. An allen Orten haben die KBW-Studentenorganisationen die örtlichen Studentenvertretungen und Hochschulorganisationen zur Unterstützung der Veranstaltungen aufgerufen. Obwohl sich die Revisionisten und in Hamburg die Hochschulorganisation des Kommunistischen Bundes (Nord) dagegenstellten, konnten in verschiedenen Städten Aktionseinheiten gebildet werden. So ruft in Stuttgart der Allgemeine Studentenausschuß der Universität Hohenheim, der Allgemeine Studentenausschuß der Fachschule für Bibliothekswesen und die Afrikanische Studentenvereinigung Hohenheim auf, in Köln wird die Veranstaltung vom Sprecherrat der Philosophischen Fakultät der Universität Köln durchgeführt. Thema der Veranstaltungen ist die Lage der afrikanischen Arbeiterklasse und des Volkes von Azania und die Entwicklung ihres Befreiungskampfes. Anschaulich berichteten die Genossen der SASM, mit welch brutalem faschistischem Terror das rassistische Siedlerregime die Arbeiterklasse und das Volk in Südafrika unterdrücken und ausbeuten. Sie zeigen, daß dagegen der Widerstand des Volkes nie nachgelassen hat und er gerade jetzt auch in Azania neue Fortschritte macht.

Bisher fanden Veranstaltungen statt in Hamburg, Berlin, Braunschweig und Bremen. Weitere Veranstaltungen sind am 10. Juni in Kiel, am 11. in Hannover, am 12. in Osnabrück, am 14. in Aachen, am 15. in Köln, am 16. in Bochum, am 17. in München, am 18. in Stuttgart und am 19. in Heidelberg.